Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Inflation

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin

von

Elsa Heymann

aus Magdeburg

Tag der Promotion: 3. Februar 1926

73

Referenten: Prof. Dr. H. Herkner
Prof. Dr. Jastrow.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gebrüder Hoffmann, Charlottenburg, Schillerstraße 44

Inhalt.

Seite

Einleitung: Künstliche Inflation als Hilfsmittel gegen die Wirtschaftskrise 1

I. Abschnitt: Einkommen und Preisniveau

1. Arbeitseinkommen und Lebenshaltungskosten

A) bis zur Revolution 4

B) unter der Republik 19

2. Arbeitsloses Einkommen und Preiswucher 46

II. Abschnitt: Steuerpolitik und Steuerungerechtigkeit

1. Preissteigernde Steuern 67

2. Einkommenssteuern und Vermögensabgabe 78

Schluß: Das Proletariat leidet während der Inflation, das Kapital fühlt jetzt erst ihre Folgen. 90

Literatur 95

Statistik

Seite

Tabelle: Beeinflussung der Wechselkurse durch verschiedene Friedesangebote 18

„ Zunahme des Notenumlaufes 1919 23

„ Notenumlauf und Golddeckung 1914—1919 28

„ Verhältnis von ordentlichem und außerordentlichem Etat und Etat der Verkehrsbetriebe 32

„ Zunahme des Notenumlaufes vom 31. 12. 21 bis 23. 10. 1922 38

„ Wechsel des Goldzollaufgeldes, 1920—1922 40

„ Valuta, Preis, Inflation 41

„ Reallohnschwankungen vom 6. 3. 23—8. 9. 23 45

„ Anteil der Lohnsteuer an der Gesamteinkommensteuer von April 1922—Nov. 1923 86

„ Deckung der Reichsausgaben durch Einnahmen, Oktober 1922—März 1923 88

„ Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen 89

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544323_0040

Einleitung.

Bei einer Eisenbahnfahrt durch Mitteldeutschland hatte ich vor kurzem Gelegenheit, ein interessantes Gespräch mit anzuhören, das sich um Handels- Valuta- und Währungsfragen drehte und sich zwischen drei Herren entspann, die drei verschiedenen Gesellschaftsklassen und Berufen angehörten, deren Einfluß sich ganz unleugbar in ihren Ansichten bemerkbar machte. Es war der eine Inhaber eines kleinen Fabrikbetriebes, der zweite Handelsberichterstatter einer der Großindustrie nahestehenden Zeitung, der dritte Angestellter und gleichzeitig Student der Nationalökonomie.. Das Gespräch drehte sich zuerst um allgemeine Wirtschaftsfragen, vor allem natürlich um private Auslandkredite, Absatzstockung, Geldknappheit, Frauenarbeit, die nach Ansicht des Unternehmers völlig unnötig sei, da ja dadurch nur den Männern das Geld genommen würde, Arbeitslohn und Gewinn, d. h. übersetzt: Preishöhe. Der Journalist und der Unternehmer waren sich darin völlig einig, daß der Lohnempfänger an und für sich ein ungleich angenehmeres Leben führe als sein Arbeitgeber, denn wenn er nur etwas Fleiß und Eifer aufwende und zufriedenstellend arbeite, erhalte er seinen bestimmten Lohn, wisse, womit er zu rechnen habe, könne sich sein Leben danach einrichten und wäre im Augenblick, in dem er den Fabrikraum oder das Büro verlasse, aller Sorgen ledig, während der Arbeitgeber nicht allein die Sorge für das tägliche Leben habe, sondern auch noch die Verantwortung für eine mehr oder weniger große Anzahl von Arbeitern und Angestellten trage, die er nicht nur bezahlen, sondern auch genügend und gewinnbringend beschäftigen müsse. Beides sei heute aber gleich schwer; denn entweder fehlen die Aufträge, dann kann man zwar die Anzahl der Arbeiter herabsetzen, aber eine Mindestzahl muß zur Aufrechterhaltung des Betriebes erhalten bleiben; es wird auf Vorrat produziert, d. h. das vorhandene Kapital wird festgelegt, und dann verursacht die Aufbringung der Lohnsumme am Wochenende Kopfzerbrechen; oder aber der Betrieb ist beschäftigt, man hat genügend Aufträge, aber auch die Auftraggeber leiden unter der allgemeinen Geldknappheit, es wird entweder erst nach langer Zeit in bar oder aber mit Dreimonatsakzepten reguliert; die Diskontierung von Wechseln macht jetzt

häufig auch genug Schwierigkeiten, und der Erfolg sei fast derselbe, als wenn man unter Auftragsmangel leide. Der Einwurf des Studenten, daß trotz dieser Absatzstockungen und Geldknappheit die teilweise recht hohen Preise, wie sonst wohl in Zeiten schlechten Geschäftsganges, nicht heruntergingen, sondern daß das Preisniveau eher die Tendenz habe, sich zu erhöhen, trotzdem in allen Ländern fast die gleichen Erscheinungen festzustellen seien und die Kaufkraft der großen Masse gegen den Frieden bedeutend nachgelassen habe, wurde von den beiden Herren mit Achselzucken abgetan. Als er dann noch zu bemerken wagte, daß seiner Ansicht nach eine Möglichkeit zur Preisherabsetzung wohl bestehen würde, wenn sich Industrie und Handel wie der zu dem alten Wahlspruch: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen", statt: „Kleiner Umsatz, großer Nutzen", den die Inflation gezeitigt habe, bekennen würden, entwickelte daran anschließend der Journalist seine etwas sonderbare Ansicht, wie der Großindustrie und dem Unternehmertum am besten zu helfen sei. Er behauptete, daß eine neue Inflation das einzige und beste Hilfsmittel sei, nur dürfe man sie natürlich nicht dem Zufall überlassen, sondern sie müsse planmäßig von Großindustrie und Großbanken gemeinsam insceniert werden. Er dachte sich den Vorgang ungefähr so, daß man zuerst auf allen Märkten unter der Hand Devisen sammeln müsse, so daß man reichlich Mittel zur Verfügung habe, um vom Ausland Rohstoffe zu beziehen, auch würde man alle Betriebe mit den neuesten technischen Errungenschaften ausstatten, um die Arbeit möglichst produktiv zu gestalten. Dann aber könne mit der neuen Inflation begonnen werden, denn wenn man dann bei technisch vollkommen organisierten Betrieben auch noch die infolge der Inflation relativ niedrigen Arbeitslöhne habe, könne man natürlich, da ja auch die notwendigen Rohstoffe durch den Devisenvorrat leicht zu beschaffen seien, das Ausland mit den Preisen unterbieten und den ganzen Weltmarkt beherrschen. Diesem Gedankengang konnte sich der Fabrikant nun aber nicht mehr anschließen, und er äußerte vorsichtig, daß er das immerhin für ein etwas gewagtes Mittel halte, bei dem vielleicht die ganz Großen gewinnen, aber die Mittleren und Kleinen über den Haufen gerannt würden. Der Student dagegen erklärte erregt, daß er schon den Gedanken, ein ganzes Volk abermals der Armut und der Verelendung einer Inflation preiszugeben, und zwar bewußt und planvoll, für ein Verbrechen halte, und daß aus einer Inflationswirtschaft niemals eine gesunde Wirtschaft entstehen könnte, sondern daß allenfalls dadurch die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der Uebrigen und des Staates erreicht werden könne. Die Durchführung dieses ungeheuerlichen Planes sei aber schon deshalb unmöglich, weil die Masse durch das soeben erst überwundene Elend scharfsichtiger geworden sei und einer neuen Inflation nicht mehr mit der

gleichen Ahnungslosigkeit gegenüberstehen würde, wie dies das erste Mal der Fall gewesen sei. Sie würde sich mit aller Macht dagegen zur Wehr setzen, und es sei ziemlich gewiß, daß sie dabei die Unterstützung der Regierung und des Zentralnoteninstitutes finden würde. — Ich hatte in diesem Augenblick das Ziel meiner Reise erreicht und konnte leider die Antwort des Journalisten nicht mehr abwarten. In Gedanken jedoch beschäftigte mich der Gegenstand dieses Gesprächs noch weiter. Vor allem war es eins, worüber ich mir Klarheit verschaffen wollte: Hat die große Masse der Arbeiter der Inflation gegenüber wirklich länger Unkenntnis bewiesen als die gebildeten Kreise? Eigentlich müßte man annehmen, daß das nicht der Fall gewesen ist, denn die Masse ist weder so blind noch so unempfindlich, wie man es sich auch heute noch so häufig vorstellt, vor allem hat sie die Schäden Inflation am stärksten und frühesten spüren müssen, denn sie hatte keine Reserven, zu denen sie Zuflucht nehmen konnte, und keine Möglichkeit, vor der Geldentwertung in Sachwerte zu flüchten. Die Stellungnahme der Massen zu den Folgen der Inflation zu untersuchen, halte ich nach dieser Ueberlegung für nicht überflüssig; da jedoch selbstverständlich auch in der Riesenschar der Arbeiter und Lohnempfänger die Stellungnahme verschieden sein muß je nach der politischen Richtung, der sie angehören, und da die Untersuchung für jede einzelne Parteirichtung wohl allzu umfangreich werden dürfte, habe ich eine der größten und politisch etwa die Mitte unter den Parteien haltende Richtung, nämlich die Sozialdemokratie, herausgegriffen. Ihre Einstellung zur versteckten und offenen Inflation mit all ihren Begleiterscheinungen, Nebenumständen und Folgen soll von 1914 an bis zu ihrer Beendigung durch das „Wunder der Rentenmark" den Gegenstand der nachstehenden Untersuchung bilden.

Erst nach der Annahme des Dawes-Gutachtens und durch Schaffung der „Reichsmark" erhielt Deutschland nach der Ueberwindung des Provisoriums der „Rentenmark" wieder eine Währung die sich als widerstandsfähig genug erwies, um sich trotz der der herrschenden Wirtschaftskrise stabil zu erhalten. Es ist der Bevölkerung wohl kaum zum Bewußtsein gekommen, wie groß noch im Jahre 1923/24 nach der Einführung der Rentenmark und Festsetzung des Verhältnisses der Papiermark zur Rentenmark: 1 Billion Ppm. = 1 RM. die Gefahr einer erneuten Inflation war, als es sich herausstellte, daß die Kredite der Rentenbank nicht zur Deckung des Reichsbedarfs genügten, und neben den Papiergeldmengen mehr Rentenmark in Umlauf waren, als durch Rentenpfandbriefe gedeckt waren. Doch gelang es mit Hilfe der Steuerreformen, die wertbeständige Steuern rasch einzuziehen ermög-

lichten und für Nichteinhaltung der Zahlungstermine hohe Strafen ansetzten, die Gefahr zu beseitigen und eine Rentenmarkinflation aufzuhalten. Geordnete Verhältnisse traten wieder ein und die Preis- und Lohnschwankungen hörten auf. Aber nun erst, als man durch die „Goldmarklöhne" erkannte, wie stark sich im Verhältnis zu den „Goldmarkpreisen" und den Friedenslöhnen der Reallohn gesenkt hatte, kam einem voll zum Bewußtsein, wie sehr die Zeit der Inflation nicht nur den Kapitalisten, Sozial- und Kapitalrentnern geschadet hatte, sondern wie stark auch die arbeitende Bevölkerung dadurch gelitten hat. Es konnte keine Rede davon sein, die Lebensweise von vor dem Kriege wieder aufzunehmen; selbst diejenigen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die nicht von Abbau und Arbeitslosigkeit betroffen wurden, konnten nur schwer den notwendigsten Bedarf decken trotz anfänglich sinkender Preise, bis die Wirtschaft sich allmählich zu erholen begann und Löhne und Gehälter bis zu einem gewissen Grade aufgebessert wurden. Aber noch heute liegt durchschnittlich der „Standard of Life" unter dem der Vorkriegszeit, nur langsam lassen sich die Nachwehen der Kriegs- und Inflationszeit beseitigen, viel langsamer, als sie über uns gekommen sind; wer wußte denn überhaupt im Volke vor dem Kriege etwas von dauernder Teuerung, Valuta, Devisen und Inflation? Alle diese Begriffe wurden den Massen erst in der Zeit von 1914—23 nach und nach vertraut, ob allerdings auch lieb, daran möchten wohl berechtigte Zweifel bestehen.

I. Abschnitt:
Einkommen und Preisniveau

1. Arbeitseinkommen und Lebenshaltungskosten.

A) bis zur Revolution.

Schon wenige Tage nach Kriegsausbruch hielten es die meisten Kommunen für erforderlich, Maßnahmen gegen die Kriegsnot zu ergreifen. Die Sozialdemokratie unterstützt sie darin und die sozialdemokratische Presse begrüßt mit Genugtuung die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Nahrungsmittel in Berlin,[1] denn die Kriegsfurcht ergreift zuerst die Hausfrauen; schon stehen sie in langen Reihen vor den Lebensmittelgeschäften, um Vorräte einzukaufen, und es macht sich infolge der gesteigerten Nachfrage bereits eine Preissteigerung bemerkbar, die durch Höchstpreise verhindert werden soll. Die Händler verteidigen

1. Verordnung vom 10. 8. 24.

ihre Preisforderung mit dem Hinweis auf die hohen Preise der Großhändler, die sogar aus dem Kriege Nutzen ziehen wollen, statt den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Denn schon bald macht sich in weiten Kreisen der Bevölkerung das Fehlen des Mannes, des Verdieners, bemerkbar, ebenso schnell aber auch die Fähigkeit der Händler, die Konjunktur auszunutzen. Der Kleinhändler schiebt die Schuld an der Brotteuerung dem Brotfabrikanten zu, dieser aber den Mehllieferanten. Selbst die Höchstpreise für Brot lassen den Bäckern und Händlern noch reichlich Gewinn; trotzdem glauben sie, für Einhaltung derselben noch einen Lohn beanspruchen zu können und verlangen dafür Aufhebung des Kinderschutzgesetzes und des Fortbildungsschulwesens[2], um billiger produzieren und dadurch ihren Gewinn steigern zu können.

Diese Forderung erklärte sich aus einem Mangel an Arbeitskräften, durch Einziehung zum Militär, während in anderen Gewerben trotz der Militärdienstpflicht infolge Rückgang der Beschäftigung ein Ueberangebot an Arbeitskräften herrscht, So greifen z. B. die Buchdrucker zum Zweischichtensystem bei halbem Lohn, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Trotzdem wächst in diesen ersten Kriegstagen die Arbeitslosigkeit und wird noch verstärkt durch „freiwillige" Hilfen, die für die Einberufenen einspringen und den Arbeitslosen das Brot nehmen. Einzelne Industriezweige liegen bald völlig still, es kommt zu willkürlichen Herabsetzungen der Löhne, z. B. im Baugewerbe, die Notlage der Arbeiter wird von den Arbeitgebern ausgenutzt bis zum äußersten. Dagegen gibt es in der Rüstungsindustrie Arbeit bis zur höchsten Anspannung aller Kräfte, selbst Sonntags wird von früh bis spät geschafft. Ein Abströmen der vorhandenen Arbeitskräfte in diese Industrie ist unverkennbar, aber es ist dort nicht für alle Platz, und „schafft Arbeit", ist die Hauptforderung der Arbeiter und Gewerkschaften in dieser Zeit. Langsam setzt nun auch die soziale Fürsorge ein, vor allem werden die Mietszahlungen für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern erleichtert[4], städtische Darlehnskassen[5] und Bürgerspeisehallen werden errichtet. Doch wird die von den Großstädten, besonders von Berlin, geleistete Arbeiterhilfe noch stark bemängelt, auch fehlt es nicht an Hinweisen auf Fälle, wo trotz des Mietengesetzes gegen Mieter wegen Nichtzahlung der Miete Exmissionsklagen erhoben werden. Der Man-

2. Vorwärts vom 10. 8. 14.
3. Vorwärts vom 16. 8. 14.
4. Verordnung vom 15. 8. 14.
5. Charlottenburg.

gel einer geregelten Arbeitslosenunterstützung, oder besser Arbeitslosenversicherung, einer seit langem durch die Sozialdemokratie geförderten Institution, macht sich geltend, und die Landbevölkerung wird wiederholt vor dem Zuzug in die Großstädte gewarnt, in denen ein Ueberangebot an Arbeitskräften herrscht. Die Auffassung Ricardos, daß die Arbeiter infolge des Heeresbedarfs Vorteil vom Kriege hätten, erscheint vorläufig ganz falsch, denn nicht dem Arbeiter, sondern nur den Unternehmern, besonders den Kriegslieferanten, fließt der Nutzen aus dem Kriegsbedarf zu. Aber sie sind damit noch nicht zufrieden, sondern treiben die Preise der Lebensmittel in die Höhe, ohne daß überhaupt ein Grund dazu vorhanden ist, und verteuern dem Volke das Brot. Sie werden dabei noch von den Landwirten unterstützt, und die Landwirtschaftskammern fordern die Landwirte direkt auf, mit dem Verkauf von Getreide und Vieh etwas zurückhaltend zu sein, denn: „Wahrscheinlich gibt es bald bessere Preise für Vieh und Getreide, wenn die ersten Heeresvorräte aufgezehrt sind!“[6] Auch die Kohlenpreise beginnen, trotz gleichbleibender Unkosten, schon zu steigen, da dem höheren Bedarf eine zurückgehende Förderung gegenübersteht.

Aber nicht allein die Lebensmittel- und Kohlenpreise steigen, sondern auch viele Fertigfabrikate machen die Preissteigerung trotz herabgesetzter Löhne mit. Selbst in den Militärschneidereien und Militäreffektenfabriken werden Hungerlöhne gezahlt, während die Unternehmer ungewöhnlich hohe Preise von der Heeresverwaltung fordern und erhalten. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten werden in ihren Forderungen soviel wie möglich gedrückt; erst die Drohung der Auftragsentziehung bei Gehaltskürzungen schafft Besserung, aber selbstverständlich nicht völlige Abhilfe. Ebenso wird die Kontrolle der Militärbehörden über die Preise nach Möglichkeit umgangen. Während die Preise weiter steigen und das Geld in kapitalistischen Kreisen so flüssig ist, daß die ersten Kriegsanleihen einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen haben, bezahlen selbst Institute wie die Deutsche Bank ihre Angestellten denkbar schlecht, und von einigen Unternehmern werden die „niedrigen Löhne“ als Reklame- und Anreizmittel für die Kundschaft benutzt. —

In dieser Zeit beginnt auch schon die Aufhebung des Banknotengesetzes in geringem Umfang zu wirken[8], die Reichsschuldenverwaltung erhält vom Bundesrat die Ermächtigung zur Emission einer größeren Menge von Ein- und Zweimarkscheinen zur

---

6. Vorwärts vom 24. 8. Artikel: Krieg und Kapitalismus a. a. S. 59,
7. Vorwärts vom 28. 8.
8. Aufhebung des Banknotengesetzes vom 4. 8. 14 [RGBl. I Nr. 53 S. 327

Beseitigung des Kleingeldmangels, aber es macht sich auch bereits der Einfluß des Krieges in der Verminderung der Steuereinnahmen geltend[9]. Denn die Zahl der zum Militär einberufenen Unternehmer wächst, und damit auch die Zahl der stillgelegten oder doch stark eingeschränkten Betriebe, die ihre Arbeiter und Angestellten nur noch bei herabgesetzten Löhnen und Gehälter halten können. Im Inland herrscht vorläufig eine fast allgemeine Absatzstockung und der Verkehr mit dem Ausland hat so gut wie ganz aufgehört. Das macht sich auch bei den Staatseinnahmen bemerkbar, die in Bezug auf Zölle stark zurückgegangen, und denen durch die Ausgaben für das Heer und die Unterstützungen große Belastungen erwachsen sind. Aehnlich geht es den Gemeinden, und so stehen sie der Arbeitslosigkeit ziemlich machtlos gegenüber und können Notstandsarbeiten nur in geringem Maße ausführen lassen. Dabei entläßt nun z. B. auch noch das A. O. K. Berlin einen Teil seiner Hilfskräfte, sodaß durch den herannahenden Winter und die ständig steigenden Preise sich das Elend schon vorbereitet.

Süddeutschland[10] beginnt zuerst mit Festsetzung von Höchstpreisen für die notwendigsten Lebensmittel, nämlich Kartoffeln, Zucker, Mehl, während Norddeutschland noch immer vergeblich darauf wartet. Die Not in den Städten wird noch erhöht durch den Zustrom von ostpreußischen Flüchtlingen, die die Arbeitslosigkeit vermehren.

Aber ganz unerwartet vollzieht sich, im Gegensatz zu normalen Zeiten, mit dem Fortschreiten des Winters ein Umschwung zum Besseren, die Zahl der Arbeitslosen beginnt zu sinken[11], und senkt sich weiter von Woche zu Woche[12]. Endlich erscheinen nun auch in Norddeutschland die Höchstpreise für Kartoffeln, und durch Bereitstellung von Mitteln für Familienunterstützung von Kriegsteilnehmern, Wöchnerinnenbeihilfe[13] und Mietsbeihilfen der Gemeinden wird eine Besserung der Lebenshaltung des Proletariats geschaffen. Auch die Wirtschaft beginnt sich zu heben, eine allgemeine Geschäftsbelebung tritt ein, die Reichsbank ist sogar in der Lage, den Diskont von 6 % auf 5 % herabzusetzen,

---

9. Oktober 1914.

10. Zuerst Gießen Ende Oktober 1914

11. Vorwärts vom 21. und 24. November RABl. Nr. 11/12 1914 13. Sonderheft.

12. Gesetz vom 1. u. 2. Dezember 1914, MB. S. 301. (Verfügung) 1916.

13. Bundesratsverordnung vom 3. Dez. 1914, RGBl. I. Nr. 106 S. 492—494.

der Geschäftsstand als sehr günstig bezeichnet werden kann[14], sodaß scheinbar Ende 1914 die Sachlage zufriedenstellend ist.

Die erste „Kriegsrechnung" ergibt jedoch bereits, daß die Ausgaben des Reiches seine Einnahmen überschreiten, und sie ergibt ferner eine allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Masse. Der Ruf nach Sparsamkeit in der Verwendung von Lebensmitteln wird immer und immer wiederholt, die ersten einschränkenden Bestimmungen für die Herstellung von Backwaren werden bekannt gemacht[15]. Und nun beginnen, da es nicht mehr möglich ist, mit den bisherigen Löhnen und Gehältern auszukommen, für die Gewerkschaften und Angestelitenverbände die Lohnkämpfe, um bis zur Stabilisierung der Mark, oder richtiger gesagt, bis zur jetzigen Zeit nicht aufzuhören, sondern sich zäh und mit gegenseitiger Erbitterung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Jahre und Jahre fortzusetzen. Den Reigen eröffnet das Aushilfspersonal der Berliner städtischen Straßenbahn mit einer Resolution[16], die als Schulbeispiel für alle nachfolgenden gelten kann: „Obwohl bereit, in dieser Zeit des Krieges Opfer zu bringen, zwingen die außerordentlich stark gestiegenen Preise aller Lebensmittel das Aushilfspersonal, nachfolgende Neuregelung zu empfehlen — — —!" (folgen Vorschläge über Mindestlohn, Bezahlung von freien Tagen, Ueberstunden etc.[17]. Einige Tage später[18] folgt bereits eine „Resolution" der Aushilfsbeamten der Hochbahn betreffs höherer Löhne, die aber nicht mehr Vorschläge, sondern bereits Forderungen betreffend Lohnerhöhungen enthält. Es zeigt sich jedoch, daß diese nicht nur für die Hilfsbeamten der Hochbahn, sondern als allgemein berechtigt anerkannt werden müssen; so setzt z. B. das Sächsische Kriegsministerium Mindestlöhne für Anfertigung von Geschoßkörben fest, was vom Vorwärts anerkennend erwähnt wird, und auch in einigen Betrieben, z. B. im Kohlengroßhandel, werden die ersten Teuerungszulagen gewährt.

Diese sind auch unbedingt notwendig, denn die Preise steigen weiter. Die Mahnung zur Sparsamkeit in Verbrauch von Fleisch sind für den Arbeiter unnötig geworden, da er sich dazu schon durch sein Einkommen gezwungen sieht[19], aber die Beschränkung des Brotverbrauchs trifft ihn besonders hart[20], noch dazu, da

---

14. Vorwärts vom 22. Dez. 1914.
15. Verordnung vom 14. Januar 1915.
16. 19. Januar 1915.
17. Ueber Beschäftigungsgrad s. a. Franz Eulenburg, Soziale Wirkungen der Währungsverhältnisse, Kap. V.
18. Vorwärts vom 19. 1. 15.
19. Vorwärts vom 21. 1. 15
20. 22. Februar 1915.

gleichzeitig eine Erhöhung des Brotpreises eintritt. Merkwürdig ist es, daß sich noch keine Bemerkung über den Wert des deutschen Geldes finden, trotzdem bereits festgestellt wird, daß der Goldvorrat der Reichsbank zwar zu-, die gesamte Notendeckung aber abgenommen hat, da der Notenumlauf in einer Woche um 174,9 Mill. Mark gesteigert worden ist.

Es ist angesichts des zunehmenden Elends im Volke verständlich, daß sich die Sozialdemokratie, die Abhilfe zu schaffen wünscht, deshalb an die Reichtagsfraktion wendet mit der Bitte um Erhöhung der Familienunterstützung und Herabsetzung bzw. Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Kartoffeln, Brot, Mehl und Fleisch, sowie daß sie eine bessere Verteilung der Kartoffelvorräte verlangt, da diese trotz oder vielleicht wegen der bereits bestehenden Höchstpreise nicht in genügender Menge zu haben sind, daß für die Gemeindearbeiter Teuerungszulagen gefordert werden, und daß sich zahlreiche Angestellte durch Prozesse gegen Gehaltsminderungen durch ihre Arbeitgeber zu schützen suchen. Daß diese Lohnkämpfe sich nicht nur in Deutschland abspielen, sondern z. B. auch in Frankreich und England, wo Streiks der Arbeiter die verlangten Lohnerhöhungen durchsetzten, zeigt wohl ihre Berechtigung[22]. Natürlich trägt auch der Umstand, daß in allen Industriezweigen reichliche Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, dazu bei, den Lohnforderungen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen, die, ebenso wie die Teuerungszulagen für Angestellte, von den einsichtigen Unternehmern angesichts der wachsenden Teuerung und der guten Verdienstmöglichkeiten nun auch ohne besondere Widerstände gewährt werden. Denn die anfänglich kritische Lage der meisten Betriebe hat sich so erheblich gebessert, daß in Berlin nicht nur keine Arbeitslosigkeit, sondern bereits Mangel an Arbeitskräften herrscht. Allerdings wird diese Einsicht noch nicht bei allen Unternehmern festgestellt, sondern ein erheblicher Teil von ihnen versucht noch immer, trotz guter Geschäftslage, und Teuerung, die Löhne möglichst niedrig zu halten, und Dr. G. Potthoff wird nicht ganz unrecht mit einem Artikel „gegen den Kriegswucher" mit den Worten zitiert[23]: „Nie war das deutsche Geschäftsleben so unsozial wie jetzt."

Die bessere Wirtschaftslage macht sich auch bei den Reichsbankausweisen geltend, der Notenumlauf zeigt eine rückgängige Tendenz, aber der Vorwärts weist bereits darauf hin, daß die Besserung wohl nur vorübergehend sein dürfte. Denn in allen

---

21. Franz Eulenburg, die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, Kap. V, S. 781.

22. Vorwärts vom 19. 3. 15.

23. Vorwärts vom 7. 4. 1915 aus „Die Tat", März 1915.

kriegsbeteiligten Ländern machen sich die finanziellen Folgen des Krieges durch verstärkten Notenumlauf bemerkbar, Gold zirkuliert nur noch in England, während es sonst bereits überall verschwunden ist[24]; und die Verschuldung der Staaten steigt.

Hand in Hand damit geht eine allgemeine Preissteigerung, besonders der Lebensmittel, die immer wieder in allen Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger Forderungen von Teuerungszulagen veranlassen. Es werden nun auch schon Reichszuschüsse für Kriegsinvalidenfürsorge angefordert, die bisher von den Ländern, in Preußen von den Provinzen getragen worden sind, ebenso soll der Staat die Witwen- und Waisenrenten übernehmen, und die Kriegsunterstützung erheblich erweitert werden, d. h. es tritt eine immer wachsende Belastung des Staates ein, die durch andauernde Forderungen immer noch verstärkt wird, ohne daß nach der Möglichkeit gefragt wird, wie man die neuen Ausgaben durch gleiche Einnahmen ausgleichen könnte. Ganz ähnlich ist die Lage in den Städten, an deren soziale Tätigkeit immer größere Anforderungen gestellt werden.

Dabei ist die Arbeitsmarktlage in dieser Zeit als sehr günstig zu bezeichnen, die Arbeitsmöglichkeiten sind so gut, daß einzelne Städte, z. B. Frankfurt a. M., sogar an eine Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung gehen können. Aber es wird noch immer über die niedrigen Löhne geklagt, die in keinem Verhältnis zur Preissteigerung stehen, und hieran wird vielfach die Schuld den Frauen zugeschoben, da ihre Erwerbstätigkeit dauernd wächst und dadurch die Löhne gedrückt werden. Das ist aber durchaus nicht nur in Deutschland der Fall, sondern alle Staaten leiden unter diesen Folgen des Krieges. Auch in Amerika ist eine Steigerung der Lebensmittelkosten und dabei eine hart erkämpfte, trotzdem nur geringe Lohnsteigerung festzustellen. Sogar die neutralen europäischen Länder werden in Mitleidenschaft gezogen, z. B. beginnt die Schweiz, in ihrer Wirtschaft die Folgen der Lahmlegung des fremden Handels bereits zu spüren.[25].

Daß nicht nur die sozialdemokratische Presse das Fortschreiten der Teurung mit wachsender Besorgnis konstatiert, ergibt ein Zitat, daß der Vorwärts[26] unter dem Titel: „Sorgenvolle Stimmen in der Zentrumspresse", anführt: „Eine Herabsetzung der Preise muß aber baldmöglichst erfolgen, wenn nicht gerade der Arbeiterstand an Leib und Leben Schaden nehmen soll! —" und es ist also nicht zu verwundern, wenn sich in der Arbeiter-

24. Vorwärts vom 28. April 1915.

25. Vorwärts vom 17. Juni 1915; Besprechung eines Artikels von R. Gelbke in: Die Neue Helvetische Gesellschaft.

26. 7. August 1915.

presse ganz allgemein Unruhe über die Preisentwicklung von Butter, Milch, Gemüse, Obst, Kohlen usf. kundgibt. Vor allen Dingen erbittert die Tatsache, daß die Preise der lebensnotwendigen Waren nicht nur an verschiedenen Orten, sondern sogar in Berlin selbst ganz erheblich differieren, und es wird natürlich darauf der Beweis gegründet, daß eine Berechtigung zur Preiserhöhung garnicht vorliegt. Ebenso wird die Notwendigkeit bestimmter Verordnungen nicht anerkannt, und zwar nicht so sehr derjenigen, die Einschränkungen im Gebrauch wichtiger Lebensmittel betreffen, als der, die sich auf kleine Annehmlichkeiten des Lebens beziehen, und dadurch stark verstimmend wirken, nämlich das Kuchenbacken-[27] und Schlagsahneverbot[28].

Während bisher an den Sparkassen ein Ueberwiegen der Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen festzustellen war, tritt im September 1915 zum ersten Mal das Gegenteil ein; zum Teil ist die Tatsache erklärbar durch die Abhebungen zwecks Einzahlung der gezeichneten Kriegsanleihebeträge, z. T., ist sie aber auch zurückzuführen auf die größeren Schwierigkeiten für die Arbeits- und Lohnempfänger, bei der Preissteigerung vom Lohn etwas zurückzulegen oder auch nur damit auskommen zu können. Dabei stellt der Vorwärts[29] fest, daß die Mark im Ausland sich stabil erhalten hat im Gegensatz zum englischen £, daß wohl infolge des U-Bootkrieges leicht im Wert abbröckelt. Ebenso wird ein Sinken der Kaufkraft des Dollar um ca. ¼ seines Wertes seit 1913 festgestellt. Da also anscheinend in Deutschland bei stabiler Mark kein Grund vorliegt zu einer weiteren Teuerung, fordert die sozialdemokratische Landesorganisation Hamburg wirksame Mittel seitens des Reiches zur Bekämpfung der Teuerung. Kurze Zeit darauf folgt der erste Versuch eines Einschreitens durch das Reich: Die Reichspreisprüfungsstelle beginnt am 11. 10. 1915 ihre Tätigkeit. Gleichzeitig erfolgt die Bestandaufnahme und Beschlagnahme von Metallen, die Einführung von Milch- und Fleischkarten, d. h. die Warenknappheit dehnt sich auf immer zahlreichere Artikel aus, und der Vorwärts trägt dem Rechnung, indem er seinen Lesern täglich in einem Artikel: „Das tägliche Brot" Mengen und Preise der rationierten Lebensmittel pro Kopf der Bevölkerung bekannt gibt. Zum ersten Mal gibt es in allen Stadtparlamenten Lebensmitteldebatten, in allen Städten Protestversammlungen gegen die Teuerung, die sich nicht nur auf Lebensmittel, sondern auch auf Brennmaterial, Gas, elektrischen Strom, Bekleidung erstreckt. Fast täglich bringt

27. RGBl. I. Nr. 44 S. 203.
28. 20. August 1915.
29. 3. September 1915.

der Vorwärts Nachrichten über Preiserhöhungen, Preistreibereien, Wucher irgendwelcher lebensnotwendige Waren. Daß dabei die Lohnbewegungen sich fortsetzen, ist verständlich; vor allem handelt es sich immer wieder um die Löhne der städtischen und Gemeindearbeiter, während auffallender Weise von den Beamtengehältern viel weniger die Rede ist.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß immer wieder Klagen über die Händler geführt werden, die rationierte Waren an Bemittelte gegen Höchstpreisüberschreitung abgeben, während die Minderbemittelten nicht einmal das ihnen Zustehende erhalten, und über die Käufer, die den Händlern die hohen Preise freiwillig zahlen. Die neue gerichtliche Entscheidung[30], die Strafen wegen Höchstpreisüberschreitung für Fordernde und Zahlende vorsieht, wird daher vom Vorwärts mit Befriedigung festgestellt und, mit dem notwendigen Kommentar versehen, anerkennend erwähnt.

Daß im übrigen die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, trotz der hohen Einzelgewinne von Industrie und Landwirtschaft, schon 1916 zurückgeht, erkennt auch der Vorwärts. Denn einerseits ist der Warenmangel so groß, daß schon von Einführung einer Kleiderkarte gesprochen wird[31], andererseits werden durch den Krieg ungeheure Werte auch für die einheimische Wirtschaft vernichtet, trotzdem der eigentliche Kampf das eigene Land verschont. Das zeigt sich auch in der Abnahme der Golddeckung für Banknoten, die in Deutschland seit 1914 sich um 19 % verringert hat, da die Reichsbank dauernd unter starker Anspanung steht und sich zur Emission großer Mengen neuer Banknoten und Dahrlehnskassenscheine gezwungen sieht. Allerdings steht Deutschland damit nicht allein, denn die Golddeckung der Banknoten ist auch in anderen kriegführenden Staaten im Sinken begriffen und zwar in England um 11 %, Italien 25 % Frankreich 30 %[32]. Es zeigen sich auch dort die gleichen Folgen der Teuerung und ewigen Lohnkämpfe; dabei werden trotz der bereits festzustellenden Finanznot des Reiches in Deutschland die Kriegslieferungen durch den Staat überbezahlt, was jetzt nicht nur noch der Vorwärts sondern auch die „Germania" und die „Frankfurter Zeitung" behaupten[33]. —

Doch die Sorgen richten sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch in die Zukunft. Vor allem taucht bereits das Gespenst der Wohnungsnot nach beendetem Kriege auf, und man überlegt die Möglichkeiten, ihr abzuhelfen. Vorläufig sind aber

---

30. Mai 1916.
31. Wird durch „Bezugsschein" verwirklicht.
32. Vorwärts vom 1. 6. 1916.
33. Vorwärts vom 24. 8. 1916.

noch andere Sorgen näher, und diesmal ists die Erhöhung der Verkehrstarife, deren Berechtigung absolut nicht anerkannt wird, und die man mit aller Schärfe bekämpft, natürlich ebenso vergeblich wie alle übrigen Preiserhöhungen.

In dieser ganzen ersten Zeit der Teuerungs- und Lohnkämpfe fällt eines immer wieder auf, was eigentlich der ganzen Tendenz der Sozialdemokratie widerspricht: Nämlich die große Beteiligung der kleinen Zeichner, zum großen Teil sozialdemokratisch orientierter Lohn- und Gehaltsempfänger, an den Kriegsanleihen, und die Befriedigung über ihre günstigen Ergebnisse, die doch, da sie die Möglichkeit der Kriegsführung verlängern, nach den Tendenzen der Sozialdemokratie eigentlich zu bekämpfen wären. Allerdings hat sich diese Ueberzeugung schon bei Kriegsausbruch als nicht unerschütterlich erwiesen, da die Sozialdemokraten sich weder gegen eine aktive Beteiligung am Kampf sträubten noch gegen die Bewilligung von Kriegskrediten im Reichstag stimmten, wenn ihre Zustimmung zu derartigen Anträgen auch vielleicht mit mehr Bedenken als die der übrigen Parteien erfolgte. Ein Unterschied ist allerdings insofern festzustellen, als sie die Kriegskreditvorschläge zwar einerseits unterstützten, aber andererseits vom Staate gleichzeitig immer erneute Erhöhung und Erweiterung der Sozialrenten und Arbeitslohnunterstützungen fordern, ohne in Betracht zu ziehen, daß die Leistungsfähigkeit auch des Staates begrenzt ist, und daß ein Ueberschreiten dieser Grenzen zu Gunsten eines Volksteils dem ganzen Volk verhängnisvoll werden kann. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht selbstverständlich vor allem, daß das Elend im Volk immer weiter wächst: die Preise steigen ja noch immer, und die „hohen Löhne", die angeblich die Produktionspreise verteuern sollen, bleiben in Wirklichkeit weit hinter der Preissteigerung zurück. Dazu kommen noch die immer schwierigeren Verkehrsverhältnisse, da infolge Kohlenmangels Verkehrseinschränkungen notwendig werden; auch die fast unerträgliche Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung mit dem stundenlangen „Anstellen" nach Butter, Fleisch usw. steigert die Verstimmung der Massen. Man wird jetzt auch aufmerksam auf das vorläufig noch langsame Absinken der Mark gegenüber den ausländischen Geldwerten, da der Reichsbankausweis vom 30. November nur noch eine Goldmarkdeckung des Notenumlaufs von 34 % aufweist[34]. Das Verbot der Veröffentlichung der Aktienkurse trägt noch dazu bei, das Mißtrauen zu erhöhen, und erreicht damit statt des beabsichtigten Erfolges das Gegenteil. Um etwas von diesen Dingen abzulenken, wird in der sozialdemokratischen Presse das Inter-

34. Vorwärts vom 6. 12. 1916.

esse des Lesers auf andere Dinge hingewendet. Man zieht zum Vergleich französische Aktienkurse heran, die durch die feindliche Invasion natürlich beeinflußt und erheblich gefallen sind, während sich die deutschen durchweg gut behaupten, stellt die Schwierigkeit der Unterbringung einer neuer Kriegsanleihe in England fest und konstatiert, daß zwar der Stand des Schweizer Franken gegenüber den Valuten der kriegführenden Länder erheblich günstiger sei, daß das aber für die Schweizer Wirtschaft eher einen Nachteil als einen Vorteil bedeute, da infolgedessen die Schweizer ihren Bedarf billiger im Ausland decken könnten und ihre eigene Produktion durch den hohen Valutastand und die damit verbundenen hohen Preise mit dem Ausland nicht konkurrieren könne[35]. Aber das alles kann nicht darüber hinweg täuschen, daß in Deutschland die Verhältnisse sich verschlechtern. Preiserhöhungen bleiben an der Tagesordnung, denen die Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht folgen trotz der bewilligten Teuerungszulagen, denn der Realwert z. B. der Beamtengehälter ist seit 1914 auf die Hälfte gesunken. Die Warenknappheit nimmt trotz abnehmender Kaufkraft der Bevölkerung zu, die Lebenshaltung der Massen verschlechtert sich weiter, dazu gesellt sich infolge Abwesenheit der Väter und der Abgehetztheit der Mütter bei dem „Stehen" nach Lebensmitteln eine deutliche Verwahrlosung der Jugend, im ganzen also ein Niedergang des Proletariats in jeder Beziehung, der sich nach längerer oder kürzerer Zeit irgendwie auswirken muß.

Zum ersten Male[36] wird jetzt die Sorge wach über die Größe der Staatsschulden im Falle eines eventuellen Friedensschlußes. Wenn nicht der Friedensschluß sofort nach Auflegung einer neuen Kriegsanleihe erfolgt, die eine Deckung des vorläufigen Bedarfs darstellt, würde das Reich mit großen Forderungen an den Geldmarkt herantreten müssen; das gleiche würde geschehen von Seiten der Industrie und des Handels, sowie von Staaten[37] (jetzt Ländern) Kreisen und Gemeinden. Es würde also unbedingt Kapitalknappheit und Verteuerung des Geldes eintreten. Um das nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. zu mildern, müßten die Kriegsanleihen so gestaltet werden, daß sie leicht in bares Geld umzusetzen seien. Vor allem aber verlangt die deutsche Währung vollste Aufmerksamkeit, denn sie steht schlecht und muß evtl. durch gewaltsame Mittel, z. B. Einfuhrverbot, Verbot des Erwerbs von Devisen u. a. geschützt werden, und zwar nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, des Staates und der Kapitalisten, sondern vor allem auch in dem des Arbeiters, denn: „nicht zu-

35. Vorwärts vom 11. 1. 1917.
36. Vorwärts vom 7. 2. 1917.
37. Gemeint sind die Bundesstaaten.

letzt ist er es, für den eine gute und stabile Währung die Grundlage jedes soliden Fortschrittes ist!" — Aus diesen Gründen sollten die Hinweise des Reichsbankpräsidenten auf den bargeldlosen Verkehr und die Abgabe von Geld zur Stärkung des Reichsbankschatzes unbedingt befolgt und evtl. zwangsweise durchgesetzt werden[38]. Vor allem aber muß dem „Attentat auf die deutsche Währung" durch Verkauf deutscher Hypotheken ans Ausland und ihre Verpfändung in der Schweiz mit aller Strenge begegnet[39] werden.

Die Preise haben aber noch lange nicht ihren höchstmöglichen Stand erreicht; noch stehen Mietssteigerungen, Brotpreiserhöhungen, neue Kohlenpreise bevor, eine neue Kreditvorlage von 16 Milliarden[40] als Nachtrag für 1917 wird dem Reichstag vorgelegt und auch bewilligt, aber die unbedingt notwendigen Erhöhungen der Renten für Kriegsbeschädigte werden nicht gewährt; statt dessen veranstaltet man Sammlungen, und gibt ihnen Almosen statt ausreichender Renten. — Die Mark sinkt inzwischen weiter und erreicht im Juli einen Tiefstand, den sie mit der österreichischen Krone teilt. Aber die Gegenmaßnahmen sind viel zu schwach und können dem Sinken der Mark nicht abhelfen, besonders da durch starke Goldausfuhr zur Einlösung der Scheck-, Wechsel- und Schatzanweisungsverbindlichkeiten die Golddekkung des Notenumlaufs bei der Reichsbank bereits auf 17 % gesunken ist[41]. Eine weitere Goldabgabe ist aber notwendig, wenn nicht zur Steigerung, so doch wenigstens zur Stützung der Mark. Zwar macht sich auch in England und Amerika eine Minderung der Währung fühlbar, aber doch nicht so stark wie in Deutschland. Eine Hilfe wäre vor allem Steigerung der Ausfuhr, die jedoch durch Kohlen- und Rohstoffmangel sich nur schwer erreichen läßt, und daneben intensiveres Betreiben der Goldsammlung, denn für den Einzelnen ist eine Goldmünze nicht viel wert, aber durch die Sammlung kann das Gold zum Schutze der ganzen Währung werden. Es müssen aber auch die neuen Erhöhungen der Eisen- und Kohlenpreise bekämpft werden, da sonst die neue 7. Kriegsanleihe nicht dem Reich, sondern nur den Großkapitalisten durch erhöhte Preise für ihre Lieferungen zu gute kommt[42]. Indessen ist natürlich die Preissteigerung nicht aufzuhalten, aber auch nicht festzustellen, in wessen Hände die 12½ Milliarden M. der 7. Kriegsanleihe geflossen sind[43]. Die neue An-

38. Vorwärts vom 2. 3. 1917.
39. Vorwärts vom 17. 3. 1917.
40. Ende Juni 1917.
41. Vorwärts vom 16. 8. 1917.
42. Vorwärts vom 26. 8. 1917.
43. Oktober 1917.

leihe vermehrt zwar wieder die Kriegsschulden des Reiches, und das ist fatal, aber andererseits sind die hohen Kriegsschulden doch immerhin" — . . eine starke Bürgschaft des künftigen Friedens[44] und haben daher auch ihre guten Seiten. Dagegen ist die Börsenspekulation absolut zu verwerfen, denn sie reizt nur die Spielleidenschaft und bringt immer mehr Menschen dazu, von arbeitslosem Einkommen, also auf Kosten der Arbeit anderer, zu leben. Sie sollte daher unbedingt bekämpft, mindestens durch Regierungsmaßnahmen nach Möglichkeit eingeschränkt werden[45]. Ein Rückschlag an der Börse ist jedenfalls allen Spekulanten zu gönnen, denn sie treiben nicht nur die Aktienkurse, sondern auch die übrigen Preise in die Höhe; das kann man z. B. in der Motorenindustrie gut beobachten, in der geradezu unerhörte Preisforderungen gestellt werden.

Daß aber die Preiserhöhungen immer weiter um sich greifen und doch wohl zum Teil nicht ungerechtfertigt sind, kann man daraus entnehmen, daß auch der Vorwärts sich gezwungen sieht, trotz seiner Feindschaft gegen die Preissteigerung seinen Bezugspreis vom Dezember an heraufzusetzen.

Während im Reichstag eine neue Kriegskreditvorlage eingebracht und wieder bewilligt, also die Schuld des Reiches wiederum vergrößert wird, während neue Fahrpreiserhöhungen auf allen Verkehrsmitteln neue Lohnforderungen rechtfertigen, die auch erfüllt werden, während in Oesterreich die Teuerung schon fast unerträglich ist bei starker Vermehrung des Notenumlaufs gegen den Frieden, gesteht Rußland jetzt den Staatsbankerott[46] zu und stellt seine Auslandszahlungen ein, gezwungen durch die dort getriebene Inflation, die eine Entwertung des Rubels von nie gekanntem Umfang hervorgerufen hat. Es fragt sich, ob es Nachahmer bekommen, und wer es nachahmen wird.

Vorläufig schließt Deutschland mit Rußland wirtschaftlich Frieden und dadurch sowie durch eine leichte Besserung der Mark ermutigt, stellen die Gewerkschaften Forderungen für die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit auf[47], die vor allem darin gipfeln, daß selbst bei einem Abbau der Preise an einen Lohnabbau nicht zu denken sei, da ja vorläufig die Löhne noch bei weitem nicht die Höhe der Preise erreicht haben. Es stellt sich jedoch heraus, daß diese Wünsche für die Friedenszeit noch reichlich verfrüht sind, denn vorläufig ist noch kein Ende des Krieges trotz allgemeiner Kriegsmüdigkeit abzusehen; man wendet sich

---

44. Anton Hofrichter im „Vorwärts" vom 4. 11. 1917 Artikel: „Anleihen".

45. Vorwärts vom 12. 11. 1917.

46. Dezember 1917

47. Vorwärts vom 18. und 23. 1. 1918.

also wieder den täglichen Fragen der Gegenwart zu. Die Aufstellung des neuen Reichsetats für 1918 zeigt die völlig verfehlte Finanzpolitik schon durch einige Zahlen; denn es werden veranschlagt: 2875 Mill. M. Kriegskosten, 5908 Mill. M. für Verzinsung der schwebenden Schuld, 7300 Mill. M. für die laufenden Ausgaben! Aber ob diese enormen Zahlen wirklich ausreichend sein werden, ist noch sehr fraglich, denn schon beginnen[48] die Personalausgaben wieder zu steigen, da die Beamtenpensionen dringend der Aufbesserung bedürfen, und die in Aussicht stehende 8. Kriegsanleihe neue Aufwendungen für Verzinsung erfordert. — In der Privatwirtschaft gibt es erneute Lohnbewegungen auf allen Gebieten, denn die Löhne sind und bleiben im Verhältnis zur allgemeinen Teuerung niedrig, und die Lebenshaltung des Proletariats zeigt eine andauernde Herabminderung. Natürlich werden die Lohnforerungen und -erhöhungen von den Unternehmern wieder als Grund zu Preissteigerungen benutzt, die aber teilweise derartig die Grenzen des Zulässigen überschreiten, daß sich sogar Differenzen zwischen der Heeresverwaltung und großen Industriebetrieben ergeben.[49] Es wird zwar in der bürgerlichen Presse behauptet, daß die Arbeiter ungleich besser dastünden als im Frieden, aber es sind nur sehr wenige und qualifizierte Arbeitskräfte, die tatsächlich ein reichliches Auskommen haben, während bei der Mehrzahl einer Lohnerhöhung von 80 bis 90 % gegen die Vorkriegszeit Preiserhöhungen der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel von ca 250 % gegenüberstehen[50]. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß in den Massen die Kriegsmüdigkeit wächst, denn sie versprechen sich baldige Besserung bei Friedensschluß, und so erschallt der Ruf nach Frieden immer lauter[52]. Es erscheint allerdings fraglich, ob die Sehnsucht nach Besserung erfüllt werden wird, denn bei einem vorübergehenden Stillstand der Preise wird schon der Versuch der Lohnherabsetzung in der Metallindustrie gemacht, und von den dadurch Betroffenen als große Ungerechtigkeit bezeichnet. Infolge ihrer „beschämend niedrigen Gehälter“[52] bleiben die Angestellten eben durch ihre geringe Besoldung von derartigen Versuchen verschont. — Daß der Stillstand der Preise nur vorübergehend sein und nicht zu einem Preisabbau führen kann, das geht ohne weiteres aus dem Reichsbankausweis hervor, der gegen 1917 eine Verringerung des Goldbestandes um 111 Mill. M. zeigt, während die Reichskassen-

---

48. März 1918.
49. z. B. mit den Daimlerwerken, Vorwärts 8. 3. 1918.
50. Metallarbeiterzeitung, 1918 Nr. 2.
51. Vorwärts vom 9. 4. 1918.
52. Vorwärts vom 4. 7. 1918.

scheine sich um 400 Millionen, die Reichsschatzanweisungen um 6 Milliarden, die umlaufenden Noten um „nur“ 4 Milliarden vermehrt haben, sodaß im Ausland schon Zweifel an der Solidität der deutschen Währung wegen zu geringer Gelddeckung auftauchen. Außerdem ist die schwebende Schuld des Reiches bereits so angewachsen[53], daß es trotz der glänzenden Ergebnisse der letzten Kriegsanleihe[54] unmöglich ist, sie in langfristige Schuldverschreibungen umzuwandeln, besonders da außer der Reichsbank auch noch bei anderen Banken und Sparkassen Reichswechsel umlaufen. Die Zukunft erscheint jedenfalls nicht sehr rosig; vom Vorwärts wird hier ein Ausspruch des früheren Reichskanzlers Michaelis zitiert, der sich leider später als sehr begründet erwies; er sagt nämlich mit Bezug auf die Reichsschuld in einem Artikel in „Die neue Heimat“: „Kein Zweifel, wir kommen in große Friedensnot“ — —, trotzdem weder er noch sonst jemand von der Absicht der Wirkung des Vertrags von Versailles in jener Zeit etwas wußte oder ahnte. Es ist dagegen in dieser Zeit wiederholt schon von Friedensangeboten der Mittelmächte die Rede, die angeblich[57] ungünstig auf die Währung gewirkt haben. Der Vorwärts versucht den Beweis zu erbringen, daß die These der Beeinflussung der Währung durch Friedensangebote im ungünstigen Sinne ein Irrtum ist, und zwar durch die nachstehende Tabelle:[56]

	Schweizer Wechselkurse beim deutschen Angebot 1916		Oest.-Ung. Angeb. 1918	
	12. Dez.	13. Dez.	14. Sept.	16. Sept.
Deutschland	79,50	85,—	63,50	72,—
Oesterreich	49,—	54,—	37,40	42,—
Frankreich	83,75	86,50	80,75	83,50
England	23,20	23,90	21,10	21,70

Dieser Beweis wird noch verstärkt durch die Angabe, daß infolge des Sieges des Skeptizismus über den Optimismus, der an einen baldigen Frieden glaubt, der Wert von 100 Mark sich im September 18 erneut auf 69 Frs. gesenkt habe. In Oesterreich wirkt dieses Moment so stark, daß die Krone weiter sinkt und sich die Regierung gezwungen sieht, einen Goldzollaufschlag einzuführen, d. h. sachlich, die Regierung greift zu dieser waren-

53. Auf 35 Milliarden.

54. 8. Kriegsanleihe ergab 15 Milliarden M.!

55. Vorwärts vom 26. 7.

56. 19. September 18.

57. Angeblich (wie vom Vorwärts angegeben) durch einen Prof Klotz aufgestellt.

verteuernder Maßregel, weil sie selbst die Minderwertigkeit der Banknoten zugeben muß; in diesem Augenblick bricht sie praktisch mit dem Grundsatz, daß Krone = Krone ist! Aber auch in Deutschland steht es mit der Währung nicht gut trotz vorübergehender Steigerung der Mark und dadurch hervorgerufenem Kurssturz der Effekten. Die Mark hebt sich in Zürich auf 80—83 am 15. Oktober, auch die österreichische Krone schließt sich ihr an. Aber der Reichsbankausweis[59] gibt keine Veranlassung zu einer Hoffnung, daß diese Besserungen dauernd sein könnten, denn vom Juli bis September 18 hat der Banknotenumlauf sich um 4 Milliarden gesteigert, und dieser Neudruck von Noten reicht noch nicht zur Deckung aller Ansprüche aus, sondern es besteht bereits wieder ein Bedarf von $1^1/_4$ Milliarden, da das Geld nicht zur Reichsbank zurückfließt, sondern zu Zwecken der Steuerhinterziehung gehamstert und so seiner Bestimmung als Umlaufsmittel entzogen wird. Trotz der Vermehrung der Banknoten herrscht Geldknappheit, sodaß die Stadt München, was an sich nicht statthaft ist, 10 Millionen städtisches Papiergeld emittiert[60].

Damit ist der Auftakt gegeben zu dem Währungswirrwar, der in den nächsten Jahren Deutschland erschüttert, denn die Revolution brachte zwar den Frieden und eine neue Regierungsform, aber sie hat nicht die Kraft, sofort mit der Finanzpolitik des alten Regimes zu brechen, sondern schreitet auf dem einmal eingeschlagenen Wege der Bedarfsdeckung durch Notendruck weiter, weil sie sich vorläufig eben einfach nicht anders zu helfen weiß.

I. Hauptteil, 1. B.: Unter der Republik.

Schon der November bringt eine wichtige Aenderung insofern, als das Kurszettelverbot für die Börse aufgehoben wird und wieder regelmäßig die Veröffentlichung der Effekten- und Devisenkurse erfolgt. Auch der Vorwärts bringt jetzt regelmäßig erst kurze, dann immer ausführlichere Börsenberichte, da ja die Kurse im engsten Zusammenhang mit den Preisen stehen und diese infolgedessen fast täglich sich ändern. Die an das Reich und die Reichsbank gestellten Anforderungen müssen durch Einsetzen der republikanischen Staatsform zuerst wachsen, denn die lange geforderte staatliche Erwerbslosenfürsorge wird als eine der ersten Maßnahmen der Regierung durchgeführt. Trotz Steigerung des Notenumlaufs um ca. 2095 Millionen vom 24. 10. bis zum 23. 11. gelingt es der Reichsbank allein nicht, den Bedarf voll zu decken,

58. 24. 9. 1918.
59. Vorwärts vom 23. Oktober 1918.
60. Vorwärts vom 19. Oktober 1918.

die vorhandenen Lücken werden durch das Notgeld der Kommunen gestopft, sodaß insgesamt in einem Monat der Notenumlauf sich um 5 Milliarden vermehrt. Das kann natürlich nicht dauernd so weiter gehen und es liegt beim Volk, diesen Zuständen zu steuern: „— — — Es ist hohe Zeit, daß unsere Bevölkerung zur Besonnenheit zurückkehrt; denn die deutsche Wirtschaft kann nur leben, wenn sie arbeitet. Dazu braucht sie Geld. Wer es ihr entzieht, lähmt die Arbeit und frevelt am Vaterlande." — — —[61] Aber das „zur Besonnenheit zurückkehren" ist nicht so leicht für die aus dem Felde Heimkehrenden, denn die Arbeitsmöglichkeit ist gering und Werkzeug und Arbeitskleidung teuer. Werkzeuge sind gegen 1914 um 230 %, die Kleidung um 650 % im Preise gestiegen[62]. Eisen, Stahl, Blech, Maschinen zeigen enorme Preissteigerungen, aber die Löhne sind knapp, und dabei sind die Arbeiter gezwungen, teure Lebensmittel zu kaufen, denn die rationierte Lebensmittelmenge reicht nicht aus, um bei schwerer Arbeit die Arbeitskraft zu erhalten. Und auch die Kleidung muß teuer bezahlt werden, denn die billigen Sachen sind nicht mehr zu haben, und der Verschleiß bei der Fabrikarbeit ist groß[63].

Aber es muß gearbeitet werden, wenn Deutschland und seine Bevölkerung sich überhaupt lebend erhalten sollen: „— Fordert Herabsetzung, der durch den Schleichhandel hinaufgetriebenen Preise, aber leistet Arbeit, sonst verhungert Ihr mit Euern Kindern!" — —, heißt es in einem Aufruf des Freiburger Arbeiter- und Soldatenrates[64]. Es kommt aber nicht nur darauf an, daß, sondern was gearbeitet wird: „Wir müssen uns zunächst darauf beschränken, das für den Konsum Notwendige zu produzieren, denn es stehen uns nur geringe Mittel zur Verfügung. Höchst möglichste Anspannung des Arbeitsvermögens, Anpassung der Produktion an die inländischen Bedürfnisse, ebenso der Bedürfnisse an die Produktion ist notwendig!"[65] — — Das ist unbedingt richtig, aber vorläufig besteht leider für einen großen Teil der Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu beweisen, denn durch das Zurückströmen der Armee nach Deutschland besteht ein Ueberangebot an Arbeitskräften, und die Arbeitslosigkeit wächst ständig. Das trägt natürlich dazu bei, die Löhne niedrig zu halten, und so ist es möglich, daß die Werftarbeiter an der Unterweser eine Lohnerhöhung von im ganzen 25 % aufweisen können, während die notwendigsten Lebensmittel eine Preissteigerung von 157,8 % zeigen. Das bedeutet, daß sie nicht im-

61. Vorwärts vom 3. 12. 18.
62. Korrespondenzblatt vom 21. 9. 18, Nr. 38.
63. Metallarbeiterzeitung Nr. 22/1918.
64. Veröffentlicht in der Metallarbeiterzeitung 7/1919.
65. Max Grunewald in Nr. 18/31. 1. 1919 „Die neue Zeit".

stande sind, auch nur die rationierten Lebensmittelmengen für sich und ihre Familien zu kaufen[66]. Den Staats- und Gemeindearbeitern sowie den Arbeitern in der Rüstungsindustrie ist es zwar gelungen, eine genügende Aufbesserung ihrer Löhne zu erreichen, aber in anderen Industriezweigen ist jede Mühe vergeblich, denn die Arbeitgeber berufen sich auf die Unkündbarkeit geschlossener Verträge, oder aber sie suchen Unterstützung gegen die Lohnbewegung bei den Kriegsamtsstellen. Dabei ist nachzuweisen, daß die Löhne im Ausland während des ganzen Krieges höher waren als in Deutschland, und es wahrscheinlich trotz der in Deutschland inzwischen erfolgten Lohnerhöhungen auch jetzt noch sind. In Dortmund sind die Schichtlöhne von 1914 bis 1918 um 50 Pfg. erhöht worden, aber die Lebensmittelpreise sind in der gleichen Zeit auf das Doppelte ihres früheren Preises gestiegen, sodaß also trotz erhöhter Löhne eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten ist[68]. Es herrscht also schon unter den Arbeitenden Elend, doch viel schlimmer sind die Arbeitslosen daran, und es erscheint ausgeschlossen, „daß eine kapitalistische Wirtschaft für die sämtlichen Arbeitslosen Arbeit zu schaffen im Stande ist“[69]. Nur eine sozialisierte Wirtschaft kann da helfen. Selbstverständlich ist eine Sozialisierung nicht von heute auf morgen durchzusetzen, aber bis zu ihrer Ermöglichung sollte wenigstens eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge durchgeführt werden. Die Regierung fürchtet aber, die Verelendung des Volkes noch durch zu zahlreich gezahlte Arbeitslosenunterstützungen zu vermehren, und beschränkt sie daher nach Möglichkeit. Diese Vorsicht ist aber nicht nur unnötig, sondern sogar schädlich, denn sie beschwört noch viel schlimmeres Elend herauf, und auf einige Milliarden Mark Schulden des Reiches mehr oder weniger kommt es jetzt auch nicht mehr an![70] Treten doch die „verderblichen Folgen des unglückseligen Krieges“[71] immer stärker hervor, die Golddeckung der Noten beträgt nur noch 10 %, mehr als 22 Milliarden Noten sind in Umlauf. Der ungeheuren Papiergeldmenge steht eine ebenso große Warenknappheit gegenüber, und „Sparen“ mit Sachgütern ist das Gebot der Stunde. Die Forderung der Landwirte auf Erhöhung der Preise ist in einer Zeit, wo Sozialrentner und Arbeitslose nur ihren allernotwendigsten Bedarf decken können, ganz ungerechtfertigt und würde auf die Allgemeinheit um so befremdender wirken, als es bekannt ist, daß

66. Korrespondenzblatt Nr. 11 vom 16. 3. 1919.
67. Korrespondenzblatt Nr. 36 vom 7. 9. 1919.
68. Molkenbuhr, Nationalversammlung 4. 3. 1919.
69. Molkenbuhr, Nationalversammlung 4. 3. 1919.
70. Metallarbeiterzeitung Nr. 8/1919.
71. Vorwärts vom 18. 1. 1919.

Bauern und Gutsbesitzer im Besitze großer Kriegsgewinne nicht nur ihre Schulden getilgt haben, sondern teilweise jetzt im Begriff sind, ihre Besitzungen durch Ankauf von Land zu enormen Preisen zu vergrößern. Diese Preiserhöhungen würden außerdem der Bevölkerung doppelt zur Last fallen, denn einmal müßte sie die hohen Preise zahlen, zweitens wäre aber auch eine Erhöhung der Renten und Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln notwendig, die der Staat wieder auf irgend eine Art herauswirtschaften muß. Ebenso schädlich wäre eine Aufhebung der Zwangswirtschaft in einer Wirtschaftsphase, in der die Nachfrage das Angebot weit übersteigt[72]. Auf diese Art ist also auf keinen Fall eine Besserung zu erzielen, besonders, da die Mark seit dem Kriegsende fast ununterbrochen im Sinken begriffen ist. Die einsetzenden Streiks für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitherabsetzung tragen noch zur weiteren Stockung bei, denn die Effekten- und Devisenbörse reagiert prompt auf jede Streikbewegung, die das Wirtschaftsleben hemmend beeinflußt. Aber die Streiks sind nicht unberechtigt, vor allem sollte den Hungergehältern und -löhnen durch Einführung von Mindestlöhnen und -gehältern abgeholfen werden. Das bedeutet für die Wirtschaft keine zu große Belastung und ist auch bei der Ausfuhr kein Hindernis, denn infolge der niedrigen Valuta ist es für das Ausland trotz erhöhter Preise durchweg vorteilhafter, Waren aus Deutschland zu beziehen, als sie selber herzustellen. Es ergibt sich daraus als einziger Vorteil für Deutschland eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage; im übrigen ist die Ausfuhr auf Grund niedriger Valuta verhängnisvoll, denn sie bringt auf der Grundlage der niedrigen Preise die Gefahr des völligen Ausverkaufs mit sich[73]. Aber die Valuta ist durch höhere Löhne und Preise nicht zu heben, denn sie ist ja nicht nur eine abhängige Größe der hohen Einfuhr und geringen Ausfuhr, sondern auch von der tatsächlichen Entwertung durch die abnehmende Golddeckung beeinflußt. Erhöhte Ausfuhrpreise werden wettgemacht durch dreifache höhere Einfuhrpreise, denn für sie ist der Kurs der ausländischen Zahlungsmittel maßgebend, verdoppelte Löhne würden nicht nur Verdoppelung, sondern noch weit stärkere Erhöhung der Preise veranlassen, weil der vermehrten Kaufkraft keine vermehrten Warenmengen gegenüberstehen. Wie stark sich in kurzer Zeit das Verhältnis zwischen zusätzlicher Kaufkraft und unvermehrter Warenmenge geändert haben muß, zeigt die Tabelle über die Zunahme des Notenumlaufes im Jahre 1919[74].

---

72. Sollmann, Nationalversammlung vom 10. 3. 1919.
73. A. Ellinger in Nr. 11 der „Neuen Zeit“ vom 12. 12. 19.
74. „Die Neue Zeit“ Nr. 25/19. 3. 1920.

Januar	22 976 Mill. M	Juli	29 507 Mill. M
Februar	23 814 Mill. M	August	28 509 Mill. M
März	24 648 Mill. M	September	28 805 Mill. M
April	26 217 Mill. M	Oktober	30 250 Mill. M
Mai	27 303 Mill. M	November	31 356 Mill. M
Juni	28 392 Mill. M	Dezember	33 790 Mill. M

Die Kaufkraft hat also innerhalb eines Jahres einen Zusatz um die Hälfte der vorhandenen Noten erfahren, der keine Vermehrung von Waren gegenübersteht. D. h., die Nachfrage hat sich um die Hälfte erhöht, und da ihr nicht durch eine entsprechende Veränderung der Warenmenge abgeholfen werden kann, müssen sich die Preise steigern, bzw. das Geld im Werte sinken, da man weniger als vorher dafür kaufen kann[75]. Die Arbeiter versuchen daher vergeblich, durch Lohnerhöhungen eine Besserung durchzusetzen, denn die erreichten Zulagen werden durch die erhöhten Preise wieder verschlungen. Wo sie sich nicht gütlich mit ihren Arbeitgebern zu einigen vermögen, suchen sie ihr Heil in Streiks, zu denen ihnen von der sozialdemokratischen Presse auch ein Recht nicht abgesprochen wird. Aber es bricht sich doch schon die Erkenntnis Bahn, daß diese Streiks von Nachteil auf die allgemeine Lage sind. Das wird zwar noch nicht klar ausgesprochen, geht aber aus dem Wortlaut der Börsenberichte des Vorwärts hervor, wenn angegeben wird, daß: „die Börse trotz aller Streikbewegungen in fester Haltung verkehrt."[76] D. h. also, daß man einen Einfluß der Streiks auf Effekten- und Devisenkurse eigentlich erwartet hätte und vom Gegenteil etwas überrascht ist, denn ähnliche Bemerkungen wiederholen sich in den Berichten der folgenden Wochen. — Auch die hohen Ziffern für die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge erschrecken, und der Kampf um die „Produktive Erwerbslosenfürsorge" beginnt sowohl im Reichstag als auch in der sozialdemokratischen Presse. Denn die Erkenntnis, daß Produktion das Einzige ist, was der deutschen Wirtschaft helfen kann, ist bereits vorhanden und verbreitet sich immer mehr. Dazu gehört aber vor allem Arbeitsfreudigkeit, und die ist nur in ganz geringem Maße vorhanden, denn infolge der schlechten Ernährung sind die Arbeiter nicht im Stande, fleißig und freudig zu arbeiten[77]. Und wo die Freude bei der Rückkehr aus dem Felde noch vorhanden war, ist sie ge-

75. Dr. M. Sachs „Teuerung und Geldentwertung" Kap. 1.

76. Vorwärts vom 28. 6. 1919.

77. Abgeordneter Wurm bei der Ernährungsdebatte 14. 4. 1919; 37. Sitzung.

tötet worden durch die aufreibenden Kämpfe um geringe Lohnerhöhungen und um jede ViertelstundeArbeitszeit. Die Arbeiter sind müde geworden. und haben eingesehen, daß die höheren Löhne höhere Preise, die erhöhten Preise neue Lohnerhöhungen bedingen, sie verlangen das Eingreifen der Generalkommissionen, um von der Regierung Höchstpreise zu erlangen, da die Schraube ohne Ende die Katastrophe bringen muß. Die Regierung ist der gleichen Ansicht,, aber sie steht der Einführung neuer Höchstpreise skeptisch gegenüber, da sich das Publikum selbst schädigt, indem es die Höchstpreise überschreitet, anstatt sich an der Bekämpfung des Wuchers zu beteiligen[78]. Das Reich stellt stattdessen eine größere Summe zur Verfügung[79], um die notwendigsten Lebensmittelpreise zu senken, aber das kann natürlich nur wieder eine vorübergehende Maßnahme sein, da auf die Dauer ungeheure Mittel bereit gestellt werden müßten, die durch erhöhte Einnahmen hereinzubringen wären, sodaß man auf der einen Seite geben, auf der anderen nehmen müßte. Allerdings ist anzuerkennen, daß die Regierung für bessere Ernährung sorgen will, aber auch das ist gefährlich, denn zu diesem Zweck muß sie Lebensmittel aus dem Ausland einführen, dadurch wächst das Angebot von Mark im Ausland, und die deutsche Valuta sinkt wieder. Dazu kommt noch die verbotene Einfuhr durch das „Loch im Westen",[80] Deutschland kauft sich tot an ausländischen Luxuswaren, und durch das Sinken des Außenwertes der Mark steigen die Preise im Inland, und wieder setzen überall Lohnbewegungen ein.

Aber den Arbeitern geht es noch verhältnismäßig gut im Vergleich zu den Sozialrentnern und Arbeitslosen. Eine Erhöhung ihrer Bezüge ist einfach ein Gebot der Menschlichkeit. So tönt es im Reichstag und in der Presse. Aber die Finanzlage des Reiches ist trostlos, denn „der Krieg ist der Verwüster der Finanzen"[81], und ein Staatsbankerott muß unter allen Umständen vermieden werden. Darum ist äußerste Sparsamkeit notwendig, und so hart es auch ist, so muß doch die Arbeitslosenunterstützung nach Möglichkeit abgebaut werden, denn der Staat verträgt eine derartige Belastung auf die Dauer nicht, und auch ohne diese besteht in der Zukunft ein Riesenbedarf an Geld. Diesen Vorstellungen wird entgegengehalten, daß eine gesunde Bevölkerung der Hauptreichtum eines Staates ist, und daß darum dem Elend der Zivil- und Militärrentner, die dem Verhungern nahe sind, abgeholfen werden muß. „Hier darf nicht gespart

78. Korrespondenzblatt vom 14. 6. 1919 / Nr. 24.
79. 550 Milliarden August 1919.
80. Vorwärts vom 20. 10. 1919.
81. Erzberger in der Steuerdebatte; 43. Sitzung; 1. 7. 1919.

werden“[82]. — Von einer Erhöhung der Zölle in Form eines Goldzollaufgeldes, wie es in Oesterreich bereits besteht, und die neben umfassenden Steuerreformvorschlägen Erzbergers in den Sitzungen der Nationalversammlung zur Beratung steht, verspricht sich die Sozialdemokratie keine Hilfe für eine Besserung in der Preisentwicklung, sondern sie fürchtet im Gegenteil eine dadurch veranlaßte neue Valutaverschlechterung und Preissteigerung, denn: „Gold vom Ausland hereinbekommen, heißt die Nachfrage nach Gold im Ausland gegen Papiermark steigern, also die Valuta verschlechtern“[83]. Einen besseren Schutz für die einheimische Industrie und die Valuta als Zollerhöhung erblickt die Sozialdemokratie in produktiver Arbeit und Maßnahmen sozialer Gesetzgebung. Geordnete Produktionsverhältnisse und Herabdrückung der Preise sind eine unbedingte Notwendigkeit. Dazu ist aber erforderlich, daß der Handel mit lebensnotwendigen Waren nicht freigegeben, sondern die Zwangswirtschaft beibehalten wird. Denn wenn Deutschland heute trotz der im Ausland stark rückgängigen Mark noch immer das billigste Land der Welt ist, so ist das zum großen Teil der Zwangswirtschaft zu danken. Die Schwierigkeit, Kredit vom Ausland zu bekommen, ist nicht nur eine Folge der falschen Finanzpolitik, sondern auch darin begründet, daß ganz Europa in einer Geldrevolution steht, wie sie seit Entstehung des Geldes noch nie vorgekommen ist;[84] sie ist auch in neutralen Staaten (Skandinavien, Spanien, Schweiz) vorhanden, wo trotz günstigem Stand der Wechselkurse eine Abnahme der Inlandskaufkraft und eine weitergehende Teurung als in Deutschland festzustellen ist. Die Notlage ist eine Welterscheinung„ von der nur Japan und Amerika verschont geblieben sind. Die Inflation des Papiergeldes ist gewiß schlimm in Deutschland, aber in Frankreich sieht es nicht viel besser aus! - Die Erklärung für das Vorhandensein der Inflation ist nicht schwer zu finden: Seit 5 Jahren produziert Deutschland weniger, als es gebraucht, es muß also viel Ware einführen und benötigt dazu viel Geld. Geld ist Anweisung auf Ware; tritt nun aber ein Ueberangebot an Geld am Markte auf, so kann der Anweisung nicht voll entsprochen werden, es tritt eine Ueberflutung des Marktes mit Wertzeichen ein, die ihr Sinken zur Folge hat. Um das zu verhindern, müssen wir die Einfuhr beschränken und unsern Bedarf möglichst selbst produzieren. Dabei müßte jede Störung im Wirtschaftsleben durch Streiks vermieden werden; sie sind zwar bei zehnfachen Preisen und nur zwei- bis dreifachen Löhnen

82. Abgeordnneter Wurm vom 9. 7. 1919; 52. Sitzung.
83. Abgeordneter Wurm; 61. Sitzung vom 19. 7. 1919.
84. Abgeordn. Braun, 88. Sitzung am 1. 10. 19.

zu verstehen, aber die innerpolitischen Ereignisse sind von größtem Einfluß auf die Stimmung des Auslands gegen Deutschland, das langfristige Auslandskredite braucht, um seine Wirtschaft und seine Währung wieder zu heben.[85] Es kommt alles darauf an, das Vertrauen des Auslandes zu gewinnen, um die deutsche Valuta zu stabilisieren; wie das geschehen kann, muß überdacht werden bei jeder wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahme. Es ist jedenfalls klar, daß sich das mangelnde Vertrauen in die deutsche Wirtschaft nicht ersetzen läßt durch andauernde Tätigkeit der Notenpresse, wie sie bisher geübt wurde[86], denn vorläufig ist noch nichts geschehen, um mit der verfehlten Finanzwirtschaft des alten Regimes während des Krieges zu brechen — Stellt man die Bilanz dieses ersten Jahres der Republik auf, so erscheint überhaupt noch nichts gebessert gegen die Zeit vor 1918, aber man darf nicht übersehen, daß die Republik als Erbin des alten Regimes noch alle Lasten zu schleppen hat, die es ihm in der Form von verlorener Arbeitslust, enormen Schulden, nicht genügend ausgebauten Steuern und fortschreitender Geldentwertung hinterlassen hat, aber es ist zu hoffen, daß das kommende Jahr bereits eine, wenn auch nur langsam fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands bringen wird. — Daß diese Hoffnung leider trügerisch war, ist auch der Sozialdemokratie in den nächstfolgenden Jahren zum Bewußtsein gekommen. Die Tatsache des wachsenden Elends bleibt auf jeden Fall bestehen, ganz gleich, wem man die Schuld daran zuschiebt. „Wir waren früher reicher, als man zugab und sind nicht so arm, wie man uns hinstellt — — —!", behauptet Rudolf Goldscheid zwar noch im Jahre 1919[87], aber diesen Optimismus teilten wohl nicht einmal seine Gesinnungsgenossen mit ihm, denn die Verschlechterung der Lebenshaltung und die Verarmung der Masse schreitet mit der sinkenden Mark und der steigenden Papiergeldmenge immer schneller vorwärts.

Der Reichsbankausweis zeigt zwar am Jahresschluß 1919 ein ungeheures Anschwellen der Konten, die aber kein günstiges Moment darstellen, sondern im Verhältnis zum Notenumlauf einen Rückgang gegen die Vorjahre aufweisen, denn sie haben der Anschwellung des Notenumlaufes auf annähernd 36 Milliarden nicht folgen können. Daß in dieser Aufblähung des Notenumlaufes vorläufig kein Stillstand zu erwarten ist, zeigt schon der erste Wochenausweis der Reichsbank für 1920, der bereits ein erneutes, starkes Anschwellen der Papiergeldflut feststellt. Mit einem erneuten Sinken der Kaufkraft der Mark zusammentreffend, setzt

85. Abgeordn. Wurm 89. Sitzung am 2. 10. 19.

86. Abgeordn. Duwel, 110. Sitzung vom 28. 10. 19.

87. Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott Kap. 18.

es sich in immer rascherem Tempo fort. Um ihm zu entgehen, investieren die Kapitalisten ihr Vermögen in Aktien und Sachwerten, die „Flucht aus der Mark" beginnt und zeitigt, mit verhältnismäßig geringen und wenig zahlreichen Rückschlägen, eine dauernde Börsenhausse, die erst nach vollendeter Stabilisierung ihr Ende findet. Diese „Flucht aus der Papiermark", veranlaßt unter anderem ein starkes Steigen der Silberpreise, sodaß die Regierung, nachdem das Gold schon längst verschwunden ist, nun auch die Silbermünzen außer Kurs setzt. Das Sinken der Mark um $^1/_3$ ihres Wertes innerhalb 14 Tagen (8.—22. Januar 1920) steigert die Nervosität der Kapitalisten bis zur Panik, trotzdem die Kaufkraft der Mark im Innland bedeutend höher ist, als im Ausland. Es muß irgend etwas geschehen, um die Katastrophe aufzuhalten und zwar verlangt man eine „Organisation der Wirtschaft"[88], doch fehlt vorläufig noch jede nähere Erklärung über Form und Art einer solchen Organisation. Nur das Mißverhältnis zwischen Preis- und Lohnsteigerungen wird immer wieder aufgezeigt und auf das „Gefahr anzeigende Spiel der Preise"[89] hingewiesen. Ein Markt besteht nicht mehr, denn der Nachfrage steht ein Angebot nicht mehr gegenüber. Die Landbevölkerung kann für Lebensmittel verlangen, was sie will, und die Städter sind gezwungen, die verlangten Preise zu bezahlen, denn Deutschland produziert selbst nicht genügend Lebensmittel, und infolge der sinkenden Valuta ist an eine ausreichende Einfuhr nicht zu denken. Die Preis- und Lohnsteigerungen bilden eine Schraube, der man kein Ende machen kann[90], es ist nicht möglich dem Warenmangel abzuhelfen, denn er beruht darauf, daß infolge des Krieges jahrelang die unproduktive Produktion, die nur zur Vernichtung bestimmte Güter hervorbringt, die Produktion, deren Erzeugnisse zum Konsum in den wirtschaftlichen Kreislauf übergehen, überwog. Der Hauptgrund aber für den schlechten Valutastand liegt im Verhältnis der Golddeckung zur Notenemission[92], das sich wie folgt darstellt:

88. Vorwärts vom 23. 1. 20.

89. Vorwärts vom 16. 2. 20.

90. Abgeordn. Seger (U. S.) 139. Sitzung vom 17. 1. 20,

91. Stillich: Die wahren Ursachen der Wirtschafts- u. Finanznot, Kap. II.

92. Schippel: „Vor der Valutakatastrophe" Sg. Monatshefte vom 23. 2. 20.

Zeitpunkt	Notenumlauf in Millionen M	Golddeckung in %
31. 12. 14	5,046	41,5
31. 12. 15	6,918	53,3
31. 12. 16	8,055	31,5
31. 12. 17	11,468	21,—
31. 12. 18	22,188	10,2
31. 3. 19	25,490	7,5
30. 6. 19	29,968	3,7
30. 9. 19	29,784	3,7
31. 12. 19	35,698	3,—

Schippel gibt zwar zu, daß Stabilität einer Papierwährung an und für sich möglich ist (z. B. Oesterreich vor dem Kriege), aber dabei spielt die Zahlungsbilanz eine große Rolle, denn jedes Abströmen von Gold ins Ausland muß sich durch Valutaschwankungen bemerkbar machen, d. h. man muß, um die Stabilität aufrecht zu erhalten, die Handelsbilanz durch Beschränkung der Einfuhr und Förderung einer gesunden Ausfuhr zu beeinflussen versuchen. Statt dessen hat man sich weder gegen die unsinnige Einfuhr von Luxuswaren noch gegen den Schleuderexport gewehrt und dadurch erreicht, daß die Waren im Inland noch mehr verknappt wurden, und sich infolgedessen immer neue Preissteigerungen einerseits und Marksenkungen andererseits ergaben, die trotz aller Erhöhungen das Arbeitseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger immer unzureichender werden lassen. Denn die Notenpresse läuft schnell und schneller, und jede Vergrößerung der stündlich erzeugten Zusatzkaufkraft führt zu Preissteigerungen, Lohnerhöhungen und fortschreitender Geldentwertung[93]. Auch die innerpolitischen Kämpfe tragen natürlich zur weiteren Zerrütteng der Währung bei; so reagieren die Börsen auf den Kapp-Putsch prompt mit einer weiteren Heraufsetzung der Auslandsdevisenkurse gegenüber der Mark, Selbstverständlich folgen die Preise ebenso rasch, denn sie richten sich absolut nicht mehr nach Angebot und Nachfrage, sondern passen sich vollkommen der Währung an und den Weltmarktpreisen, das heißt, die Unternehmer wälzen die Entwertung der Mark auf die Konsumenten ab. Selbst eine vorübergehende Besserung der Mark bringt keinen Abbau der Preise, denn die Unternehmer zweifeln an ihrem Bestand und vermeiden einen Preisabbau dadurch, daß sie durch verminderte Produktion das Angebot einschränken, das heißt, sobald die Mark sich bessert, tritt Arbeitslosigkeit ein, wie es bereits in den valutastarken Ländern z. B. Schweiz und England, der Fall ist; der Export hört auf und das

93. Vorwärts vom 6. 3. 20.

Elend in Deutschland wird noch schlimmer als bei sinkender Mark, wo wenigstens ausreichende Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist. Zwar ist es noch möglich zu exportieren, aber durch die wachsende Inflation steigen die Preise, und sobald der Weltmarktpreis erreicht ist, hört die Exportmöglichkeit auf; der Notendruck muß also aufhören, damit nicht eine Unterbindung des Exports enitritt. Es ist jedenfalls unverkennbar, daß bereits eine Absatzstockung eingetreten ist, die sich jedoch nicht auf Deutschland beschränkt, sondern sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausgebildet hat und sich überall durch Arbeitslosigkeit zu erkennen gibt; nur macht sie sich eben in Deutschland infolge der völligen Ausfuhrstockung durch die Markbesserung noch besonders bemerkbar:: „Inflation ist überall das Schlagwort, mit dem man diese Kriese zu erklären sucht." — Trotzdem die Preise nicht gesunken sind, wird von den Unternehmern versucht, die Notlage der Arbeiter zu einer Herabsetzung der Löhne auszunutzen: „Das ist geradezu ein Verbrechen[94], denn nicht die Löhne, sondern der hohe Preis der Rohstoffe und vor allem der wahnsinnige Profit der Unternehmer verursacht die Preissteigerungen." Der Industrie allein fällt die Schuld an der Höhe der Lebensmittelpreise zu, denn „hätte sie auf die Scheinblüte der hohen Konjunkturgewinne verzichtet, so hätte sie auf Abbau der Lebensmittelpreise dringen können!" — — — Tatsache ist, daß die Absatzstockung in Deutschland nicht auf Ueberproduktion, sondern auf Unterkonsumption zurückzuführen ist; denn die große Masse hat zwar starken Bedarf, aber keine Kaufkraft; es scheint zuzutreffen, daß es keine Form der Lohnbemessung gibt, die mit den notwendigsten Ausgaben Schritt zu halten vermag[95]. Dabei wächst die Ausbeutung der Arbeiter infolge der Arbeitslosigkeit, sodaß viele nicht einmal die Mittel haben, für sich und ihre Familien die rationierten Lebensmittel zu kaufen."[96]

Daran wird auch durch die „gleitende Lohnskala" nichts geändert, im Gegenteil verhindert sie eher eine Besserung in der Lebenslage des Arbeiters als sie sie fördert, denn es ist klar, daß sich die Lebenshaltung des Arbeiters nicht bessern kann, wenn sein Lohn immer nur im gleichen Verhältnis steigt wie die Lebensmittelpreise. Selbst ein Abbau der Lebensmittelpreise und ausreichende Beschaffung von Auslandslebensmitteln können dem Lohnempfänger nicht helfen, denn er ist infolge seines geringen Lohnes oder von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht fähig, sich mehr oder bessere Lebensmittel zu kaufen, als er unbedingt nötig hat,

———

94. Metallarbeiterzeitung Nr. 23 vom 5. 6. 20.
95. M. Hilferding: „Ernährungskosten" im „Kampf" Nr.1 - 3 1920
96. E. Strauß in Nr. 9 vom „Kampf" 1920.

um nicht zu verhungern[97]. Der einzige Ausweg wäre der, daß der Staat für genügende Lebensmittel und für ihre richtige Verteilung sorgt: „Der Staat soll der Treuhänder der Darbenden sein" und durch Vorschüsse den Minderbemittelten den Ankauf von Lebensmitteln ermöglichen. Zuerst aber muß er seinen eigenen Beamten und Arbeitern die Möglichkeit geben, wenigstens den Mindestbedarf an Lebensmitteln und anderen Waren zu decken, d. h. eine Besoldungsreform der Staatsbeamten und Arbeiter ist durchzuführen. „Die Misere der Finanzen ist kein Grund für die schlechte Besoldung der Beamten, sie wird nicht beseitigt werden können, solange die jetzige Eigentumsordnung besteht."[98] Man darf durch Aufhebung der Zwangswirtschaft auf keinen Fall der Preissteigerung einen Vorschub leisten, denn jede Preiserhöhung bedeutet nicht nur für die Beamten, sondern für den gesamten Mittelstand eine Steigerung der Not, und das Mittel, durch höhere Preise höhere Produktion zu erzielen, hat bisher vollkommen versagt. Letzten Endes bedeuten sie nur einen höheren Gewinn für die Produzenten, während die Arbeiter absolut keinen Vorteil davon haben, sondern im Gegenteil noch die erhöhten Preise bezahlen müssen. Z. B. hat die Frühdruschprämie, die den Staat große Summen gekostet hat, nur dazu geführt, die Getreidepreise dem Weltmarktpreis anzunähern.[99] — Wird es schon dem Arbeiter schwer, den notwendigsten Bedarf zu decken, so ist es für die Sozialrentner einfach eine Unmöglichkeit; auch hier muß der Staat durch Erhöhung der Renten helfend eingreifen. Einerseits müssen die Krankengelder, Invaliden- und Altersrenten erhöht werden, was durch eine Erhöhung der Beiträge zu erreichen ist, andererseits muß der Staat eine Erhöhung der Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- usw. Renten selbst tragen, auch wenn das bereits vorhandene Defizit im Staatshaushalt dadurch noch erhöht wird. Die Zerrüttung der Finanzen ist sowieso schon so weit fortgeschritten, daß der desamte außerordentliche Etat für das Haushaltsjahr 1920 in Höhe von 55,7 Milliarden M durch die Notenpresse gedeckt werden muß, ein neues Anwachsen der schwebenden Schuld, des Papiergeldumlaufes und der Geldentwertung ist die Folge. Aber noch stärker wirken bei der Geldentwertung die Kursschwankungen, denen die Mark dauernd ausgesetzt ist, und die eine Kalkulation und eine geregelte Preisbildung überhaupt unmöglich machen.[100]

---

97. F. Schröder: Unternehmer u. Preisabbau (Betriebsrätezeitung vom 1. 10. 1920 Nr. 12.

98. Abgeordnete Zietz vom 28. 4. 1920; 174. Sitzung der Nationalvs.

99. Abgeordneter Hertz vom 5. 7. 1920; 8. Sitzung der 1. Wahlperiode des Reichstages.

100. Nr. 40 der Metallarbeiterzeitung vom 10. 1920.

Diese Unmöglichkeit wird dadurch bewiesen, daß in dieser Zeit die ersten Versuche der Goldmarkrechnung auftauchen, die einen Ausweg bilden soll aus der Unsicherheit der Preisberechnung nach Papiermark. Die Privatwirtschaft wehrt sich nun doch gegen die Katastrophe, sie will nicht mit hineingerissen werden in die Finanznot des Reiches und glaubt, ihr auf diese Weise entgehen zu können, denn die Finanzlage des Reiches war schon 1919 trostlos, und wenn man der Finanznot im Jahre 1920 nicht Herr wird, so „wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich, und die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken!“[101] — Man sucht immer wieder nach neuen Gründen für das Sinken der Mark und schiebt die Schuld davon der Spekulation, der Außenpolitik, den Unternehmern, den Landwirten zu, aber das alles bringt keine Hilfe, und nach evtl. kurzer Besserung fällt der Wert der Mark stärker als je. Zugleich hört die Absatzstockung auf und die Arbeitslosigkeit beginnt abzunehmen. Natürlich setzen sich auch die Preissteigerungen fort, es folgen in ununterbrochener Reihe Lohn- und Preiserhöhungen, ohne daß jemals die schlimmen Wirkungen der Teuerung gemildert werden, denn eine allgemeine Erhöhung der Reallöhne ohne gleichzeitige Steigerung des Arbeitsertrages ist eben nicht möglich[102]. Auch die Zuschüsse des Staates zur Verbilligung der Lebensmittel sind kein Aushilfmittel von großem Wert; sie haben zwar vielleicht eine Reihe von Streiks verhindert die die Wirtschaft hätten schädigen können, aber die schwebende Schuld des Reiches ist durch sie wieder vermehrt worden, und das Loch im Staatssäckel wird wiederum durch die erhöhte Tätigkeit der Notenpresse gestopft. So wird das Aufhöhren der Zuschüsse sogar von der sozialdemokratischen Presse gebilligt, denn: „es geht nicht an, dauernd aus dem Staatssäckel zu schöpfen, in dem an sich nicht mehr viel drin ist!“[103] Dafür spricht der Reichsbankausweis der letzten Septemberwoche eine recht deutliche Sprache, denn er zeigt eine Notenzunahme von 3 Milliarden! Es ist also höchste Zeit, nach Möglichkeit zu sparen, um die Mark in ihrem Sturze aufzuhalten. Denn Sparsamkeit ist die einzige Hilfe! Nur soll man damit nicht bei den Löhnen anfangen, sondern vielmehr die Lohnschraube dadurch festlegen, daß man gewissermaßen zu den Naturallöhnen zurückkehrt, d. h., daß man für eine bestimmte Zeit die Löhne und die Preise der wichtigsten Waren festsetzt und den Arbeitern gleichsam eine Art Reallohn garantiert wird. Dadurch würde auch eine Kriese vermieden, zu

101. Vorwärts vom 31. 7. 1920.
102. Dr. Sachs, Teuerung und Geldentwertung, Kapitel 3.
103. Korrespondenzblatt vom 12. 1. 1920; Nr. 2.

der es bei der bisherigen Art der Lohnfestsetzung kommen muß, denn die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer verträgt keine weiteren Lohnerhöhungen, während die Kaufkraft der Lohnempfänger statt zu steigen sinkt.[104] — Ob diese Form der Lohnfestsetzung tatsächlich zu einer Hilfe hätte werden können, ist schwer zu sagen, praktisch ist sie jedenfalls nicht ausprobiert worden. —

Der Vorschlag zur Sparsamkeit erstreckt sich vor allem auf einen Abbau der viel zu zahlreich gewordenen Ministerien[105] und Reichsstellen, die große Summen verschlingen. Die Katastrophe der Reichsfinanzen wird immer drohender durch den enorm hohen, außerordentlichen Etat sowie die ungewöhnlich hohen Fehlbeträge der Reichsbetriebe. Das Verhältnis des ordentlichen Etats zu diesen beiden ist ein durchaus ungesundes, denn es stellt sich folgendermaßen dar:

ordentlicher Etat	10 Milliarden Mark
außerordentlicher Etat	50 Milliarden Mark
Etat der Verkehrsbetriebe	18 Milliarden Mark
insgesamt also	78 Milliarden Mark

von denen der ordentliche Etat nur ca. $^{1}/_{8}$ beträgt. Da vorläufig keine Aussicht besteht, das Defizit zu decken, bleibt nichts anderes übrig, als die Ausgaben auf das Notwendigste zu beschränken. Die Notenpresse kann zur Ausfüllung des Loches im Staatssäckel nicht mehr genügen, denn dadurch würde eine erneute Belastung des Reiches und abermalige Geldentwertung entstehen. Neben der Sparsamkeit gibt es noch etwas, was helfen kann: „Arbeit". — Durch Produktionssteigerung können mehr Güter erzeugt, dadurch mehr ausgeführt und Guthaben im Ausland geschaffen werden, was alles zur Hebung der Valuta beiträgt. Dagegen muß die Einfuhr nach Möglichkeit unterbunden werden, um die Passivität der Zahlungsbillanz zu mildern. Um aber die Arbeitsfreudigkeit zu heben, müssen ausreichende Gehälter bewilligt werden, und zwar nicht nur den Angestellten der Privatwirtschaft, sondern auch den Beamten, denn sie werden nicht einsehen, warum gerade sie zugunsten des Reiches Not leiden sollen.[106] Zwar gibt es Volkskreise, denen es ungleich schlechter geht als den Beamten, aber das ist leider nicht zu ändern, denn „in einem Staat mit so schlechter Wirtschaftslage wie Deutschland kann nicht jedem das Existenzminimum bewilligt werden!"[107] Dieser Ausspruch eines

104. Dr. H. Potthoff in Nr. 52 des Korespondenzblatt vom 25. 12. 20.

105. Ueber „Beamteninflation" s. a. Franz Eulenburg, Soziale Wirkungen der Währungsverhältnisse, Kap. IV³ S. 775.

106. Abgeordneter Steinkopf, 44. Reichstagssitzung vom 9. 12. 1920.

107. Abgeorneter Bauer, 44. Reichstagssitzung vom 9. 12. 1920.

Sozialdemokraten, in dem sogar von der Forderung des Existenzminimums für das Proletariat noch abgegangen wird, zeigt am besten, mit welcher Hoffnungslosigkeit man bereits die Lage des Reiches und des Proletariats betrachtete und welche geringen Erwartungen man dem neuen Jahr 1921 entgegenbrachte.

Daß dieser Pessimismus durchaus berechtigt ist, zeigt schon der erste Reichsbankausweis im Januar, der eine neue starke Zunahme des Notenumlaufes auf 80,8 Milld. zeigt. Das Reich gerät immer tiefer in Schulden, es erleidet durch die Kohlenlieferungen nach dem Spaa-Abkommen[108] ungeheure finanzielle Verluste, die die Notenpresse zu immer wachsender Tätigkeit anspornen. Aber auch die Lage der Privatwirtschaft ist trostlos, denn das Mißverhältnis zwischen den Warenpreisen und der Kaufkraft der Bevölkerung verschärft sich, und wiederum tritt eine Absatzstockung auf fast allen Gebieten ein. Dazu kommt eine weitere Verschlechterung des Markkurses infolge der Pariser Beschlüsse[109] betreffend die deutschen Reparationszahlungen, durch die der letzte Rest von Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft schwindet. Es kann nur wiedergewonnen werden, wenn Deutschland zeigt, daß es den Willen zu einer Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat. Dazu gehört vor allem Stillegung der Notenpresse und Hebung der Produktivität bei starker Förderung des Exportes, auf den jetzt die 12-prozentige Ausfuhrabgabe auch noch hindernd wirkt. Aber es scheint nicht, als würde dieser Weg schon eingeschlagen, und so: „bleibt die Ungewißheit über die künftige Wirtschafts- und Valutagestaltung noch für unabsehbare Zeit — — —!“[110] Wenn sich auch in den nächsten Wochen infolge inaussichtstehender Milderung der Ententeforderungen eine leichte Markbesserung einstellt, so ist mit einer dauernden Stabilität doch nicht zu rechnen, denn das Defizit im Reichshaushalt ist nicht gedeckt, und die Einnahmen lassen sich nicht beliebig vermehren. Dabei ist eine Erhöhung der Sozialrenten unbedingt notwendig, ebenso sind zur Erhaltung der Volksgesundheit große Summen für Bekämpfung der Tuberkulose, des Kinderelends, für Einrichtung von Spielplätzen und Erholungsstätten erforderlich, und die Arbeitslosenunterstützung verschlingt ebenfalls Milliarden! Das wichtigste ist eben immer wieder die Arbeitsbeschaffung und der Ausbau einer produktiven Erwerbslosenfürsorge[111]. Denn wie soll es für die Arbeitslosen bei den niedrigen Unterstützungssätzen möglich sein, ihr Leben

---

108. Spaa-Abkommen, 16. Juli 1920.
109. Pariser Beschlüsse, 29. Januar 1921.
110. Vorwärts vom 1. 2. 1921.
111. Abgeordneter Simon, 68. Sitzung vom 24. 2. 21.

auch nur notdürftig zu fristen, wenn schon das Arbeitseinkomme der Arbeitenden durchschnittlich um $^1/_4$ unter dem Existenzmin mum liegt?[112] Und dabei ist an eine Besserung der Arbeit marktlage vorläufig nicht zu denken, da die hochvalutarische Länder sich durch Schutzzölle gegen die billige Einfuhr au Deutschland zu schützen und dadurch den deutschen Import z erschweren versuchen. Aber Deutschland selbst ist Schuld a der immer tiefer gehenden Zerrüttung seiner Wirtschaft un Valuta, denn durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist d Warenspekulation Tür und Tor geöffnet, und diese wird in neg tivem Sinne ergänzt durch eine wilde Devisenspekulation, d die Auslandvaluten und Inlandpreise noch künstlich in die Höh treibt. Die vermehrte Arbeit und die erhöhte Produktion komme zwar der Privatwirtschaft zu Gute, aber der Gegenwert für expo tierte Waren wird im Ausland angelegt, um ihn vor Entwertung z schützen, und das Reich, mit ihm das Proletariat, verarmt mel und mehr. Die Arbeiter haben als Dank für ihre Mehrarbe den ganzen Jammer der Valutanot zu tragen, der Abstand zw schen Bedarf und Dekungsmöglichkeit erweitert sich bei ihn von Monat zu Monat; Gesundung ist für sie nur möglich durc eine Neuordnung der Reichsfinanzen.[113] Dabei ist noch imm von den „hohen Löhnen" die Rede und die Versuche zu ihr Senkung hören nicht auf, da angeblich nur dadurch eine Senkun der Preise möglich ist. Aber das Märchen von den hohen Löhn hält nicht Stand, denn: „das absolute Sinken der Lebenshaltun unter das Existenzminimum ist schon Beweis genug für das Si ken der Reallöhne!"[114] Durch ein Sinken der Löhne würd aber der Inlandsmarkt nur noch mehr leiden, denn die Unte konsumption der Massen würde noch zunehmen, und die Unte nehmer würden den Preisabbau wahrscheinlich doch zu umgeh wissen, wie sie es ja bisher bei steigender Mark auch geta haben. Wenn die Preise steigen, müssen die Löhne ihnen folge ohne daß die Arbeiter den geringsten Vorteil davon haben, den „solange das Kapital die Preisschraube dreht, kann keine Loh erhöhung eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeit bringen!"[115] Und die Preisschraube steht niemals still; na einer kurzen Zeit der Markstabilität folgt ein neuer Markstu hervorgerufen durch erhöhten Zahlungsmittelbedarf, als Fol

---

112. Abgeordneter Simon, 68. Sitzung vom 24. 2. 21.

113. S. Aufhäuser: Um die Goldwerte. Betriebsrätezeitung, Nr. vom 6. 12. 21.

114. F. Petzsch: Existenzminimum, Lebenshaltung, u. Reallohn, d Nr. 9 vom 26. 4.

115. M. Bachert: Lohnerhöhung und Preisabbau, Betriebsrätezeitu Nr. 24 vom 22. 11. 21.

der erhöhten Beamtengehälter, der wiederum ein starkes Anwachsen der Papiergeldflut verursacht. Gleichzeitig ist das Reich gezwungen, zur Deckung der ersten Reparationsrate in Höhe von einer Milliarde Goldmark als Käufer am Devisenmarkt aufzutreten, wodurch die Kurse der Auslanddevisen sprunghaft steigen, mit ihnen die schwebende Schuld des Reiches und der Notenumlauf; das heißt, der Kreislauf der Markentwertung, Devisenhausse, Papiergeldmenge, Preis- und Lohnsteigerung wird immer schneller.[116] Die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für deutsche Mark ist erschöpft, die Passivität der Zahlungsbilanz wird erschreckend, es setzt eine nie dagewesene Devisen- und Effektenhasse an der Börse ein, denn die Furcht vor der Markentwertung wächst in allen Volkskreisen, man flüchtet vor ihr in die Sachwerte; die erhöhte Nachfrage führt zu neuen Preissteigerungen, auch das Ausland beteiligt sich an diesem „Ausverkauf" und bringt für billiges Geld deutsche Waren und Aktien an sich, sodaß die Gefahr einer Ueberfremdung des Kapitals besteht. In der Industrie macht sich die Entwicklung der Devisenkurse durch verstärkte Beschäftigung bemerkbar, die Arbeitslosigkeit geht von Woche zu Woche zurück.

So erfreulich diese Tatsache ist, so unerfreulich ist es, daß sie hauptsächlich auf den Tiefstand der Mark im Verhältnis zu Auslandswährungen zurückzuführen ist, und daß durch die Devisenspekulation die Differenz zwischen Mark- und Edelvalutakurs noch erhöht wird, ohne daß die Reichsbank dagegen einzuschreiten vermag. Sie benötigt Devisen für Reparationen, Besatzungskosten u. s. w. und muß sich die Preise vom Markt vorschreiben lassen, statt sie ihm vorzuschreiben. Die künstliche Verteurung der Devisen müßte mit aller Energie verhindert werden, denn dafür und den dadurch auftretenden Marksturz ist allein die Spekulation verantwortlich. Wenn aber die Mark in dem begonnenen Tempo weiter fällt, so bedeutet das die Katastrophe für die deutsche Wirtschaft; wenn die Mark zusammenbricht, kommt Deutschland in eine Revolutionierung des Geldwertes hinein, deren Folgen garnicht abzusehen sind.[117] Aufzuhalten wäre die Katastrophe vielleicht durch eine Intervention der Reichsbank; in einem so verzweifelten Fall ist jedes Mittel recht, evtl. muß das vorhandene Gold geopfert werden, da sonst die Industrie in die furchtbare Lage kommt, keine Rohstoffe

---

116. A. Heichen: Neue Zeit Nr. 2. vom 7. 10. 21: Reparation und der neue Niederbruch der Mark.

derselbe Neue Zeit Nr. 5 vom 28. 10. 21, Spekulation und Börsenhasse.

117. Dr. Braun, 141. Reichstagssitzg. vom 7. 11. 21.

mehr einkaufen zu können. Das bedeutet aber den Hungertod für Millionen von Menschen, die heute schon einen verzweifelten Kampf um ihren Lebensunterhalt führen. Gehalts- und Lohnempfänger einschließlich der Beamten und Sozial- sowie Kleinrentner stehen den gewaltigen Preissteigerungen hilflos gegenüber, und alle Lohnforderungen und -Erhöhungen vermögen nicht das Sinken des Realeinkommens und der Lebenshaltung zu verhindern. Die Lohnsteigerung entspricht niemals voll der Geldentwertung, das heißt, diese bedeutet völlige Verarmung der um Geldlohn arbeitenden Massen.[118] Natürlich wiederholt sich auch das Spiel des deutschen Ausverkaufs, Deutschland wird von Fremden überschwemmt, die mit geringen Mitteln bei dem hohen Stand ihrer Valuta ein Herrenleben führen können und die geringen, noch vorhandenen Warenmengen der einheimischen Bevölkerung wegnehmen. Der inländische Verbrauch wird allerdings schon durch die niedrigen Löhne gedrosselt, und so streicht das Privatkapital und die Spekulation die Gewinne ein, während inzwischen die Reichsschulden steigen, die Notenpresse in verschärftem Tempo arbeitet, das Geld sich weiter entwertet, und die Lebenshaltung sich verteuert." — — —[119] „So geht es nicht weiter "! heißt es wieder und wieder — — — aber vorläufig bleibt es noch bei dieser Entwicklung, und die jetzt regelmäßig wöchentlich veröffentlichten Indexzahlen für Lebenshaltung steigen und steigen. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft wächst, veranlaßt durch die Enttäuschung, daß auch unter der Republik die Sozialisierung der Betriebe nicht fortschreitet, und die Forderung nach Sozialisierung, als einzigem Hilfsmittel für die zusammengebrochene Staats- und Privatwirtschaft von Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie und Kommunisten ertönt im Reichstag immer lauter. Aber die Zeit für die Sozialisierung erscheint den gemäßigten Sozialdemokraten selbst noch nicht gekommen, in einer, wirtschaftlich derartig gefährlichen Lage kann eine solche Umwälzung nur neue Schwierigkeiten bringen. Dagegen beschäftigt man sich in wachsendem Maße mit der Möglichkeit einer Stabilisierung und Besserung der Valuta und sieht diese vor allem wieder in einer Aktivierung der Handelsbilanz, für die allerdings die Aussichten gering erscheinen, denn seit dem Kriege steht einer abnehmenden Ausfuhr eine stetig wachsende Einfuhr gegenüber.[120] Dazu kommt noch, daß die Ausfuhrpreise nicht mit dem Dollar Schritt halten, sodaß ein „Schleuderausverkauf" stattfindet, der vermittels Kontrolle durch die Außenhandelsstellen

---

118. M. Schippel, Soziale Wirkung des Valutaelends, Sozialistische Monatshefte vom 11. 4. 21.

119. Vorwärts vom 9. 10. 21.

120. Vorwärts vom 23. 11. 21.

und durch Vorschrift von Mindestpreisen unterbunden werden muß. Allerdings beruht die Möglichkeit der Ausfuhr hauptsächlich auf dieser Valutadifferenz, durch deren Fortfall sie erheblich erschwert würde. Dieser Fortfall könnte erreicht werden durch Beseitigung der Valutaschwankungen, die sich bei einem, Deutschland gewährten Moratorium trotz Arbeit der Notenpresse erreichen ließe. Zwar würde diese Arbeit der Stabilisierung, wenn man sie so bezeichnen will, das ganze Gebäude der Scheinkonjunktur, das sich auf der schwankenden Valuta aufaufbaut, vernichten, eine dadurch bedingte zunehmende Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Lebenshaltung würde wachsende soziale Kämpfe ergeben, aber mittels dieses Konjunkturrückschlages ließe sich schließlich und endlich eine Preissenkung, daß heißt eine allmähliche Gesundung der Wirtschaft erreichen, die dann die Massen für alles ausgestandene Elend entschädigen würde[121]

Die Zustände sind jetzt schon fast unerträglich, und dabei steigen die Lebensmittelpreise weiter, ohne daß die Régierung dagegen einschreitet. Aber sie ist eben selber machtlos, denn wenn sie durch Zuschüsse die Lebensmittel für die Minderbemittelten verbilligt, so muß sie sich die Mittel dazu durch die Notenpresse verschaffen, d. h. sie muß den Notenumlauf und dadurch die Geldentwertung vermehren, das bedeutet wieder ein Steigen der Preise, und die beabsichtigte Hilfe wird illusorisch. Durch Zunahme der Inflation wird eine Verschlechterung der Valuta herbeigeführt, die wiederum eine Zunahme der Inflation zur Folge haben kann, so daß es anscheinend keinen Ausweg aus dem Dilemma gibt. Es erscheint aber ungerecht, daß die Sozialrentner und Arbeiter allein oder doch wenigstens hauptsächlich die Träger des Inflationselends sind, es muß daher versucht werden, die Löhne wenigstens einigermaßen der Preisgestaltung anzupassen. Denn die Währungskatastrophe im Herbst des Jahres 1922 überrascht sogar die ärgsten Pessimisten, und selbst die überzeugtesten Optimisten glauben nicht mehr an die Möglichkeit einer Stabilisierung durch währungstechnische und finanzpolitische Maßnahmen. Wenn man allerdings die Reichsbankausweise betrachtet, so kann diese Entwicklung der Dinge kaum in Erstaunen setzen, denn die Papiergeldflut wächst mit dem fortschreitenden Jahr immer rascher, worüber die nachstehende Tabelle Auskunft gibt[123].

---

121. A. Haichen: Ein Moratorium für Deutschland, Neue Zeit, Nr. 13/23.
122. Dr. M. Sachs: Valuta und Inflation, Neue Zeit Nr. 6 vom 4. 12. 21.
123. Vorwärts vom 1. 11. 22,

31. 12. 21	104,6	4,0	1,4	116,5
23. 9. 22	290,7	27,3	43,1	228,6
30. 9. 22	316,9	21,8	50,2	349,8
7. 10. 22	344,2	22,8	54,0	345,6
14. 10. 22	374,5	31,4	63,6	349,7
23. 10. 22	409,9	39,3	76,5	405,8

Daß die Preise sich dieser Entwicklung so rasch wie möglich anpassen, ist ebenso selbstverständlich, wie daß die Löhne und Gehälter weit dahinter zurückbleiben. Das Einkommen der Klein- und Sozialrentner wird immer unzureichender, und jede Lohnerhöhung für die Arbeiter ist bei der Auszahlung bereits von den Preisen weit überholt. „Keine Steuer ist für die Masse so gefährlich wie diese heimtückischste und scheinbar unabwendbare der Geldentwertung!“[125] Sie macht sich jetzt auch den Unternehmern bemerkbar. Sie haben Waren in großen Mengen zu niedrigen Preisen, teilweise unter Gestehungspreis, an das Ausland verschleudert, und waren infolgedessen nicht in der Lage, Kapital zu akkumulieren. Jetzt fehlen ihnen nun die Mittel, die Betriebe technisch auf der Höhe zu halten, und die Produktionskosten sind dadurch trotz der niedrigen Löhne so hoch, daß sie eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt fast unmöglich machen, d. h. aber, daß jede Währungsstabilisierungspolitik von vorn herein zum Scheitern verurteilt ist, denn mit einer konkurenzunfähigen Industrie ist eine aktive Produktionspolitik die die Grundlage jedes Stabilisierungsversuches ist, unmöglich[126].

Zugleich ist diese Konkurrenzunfähigkeit auch ein stark hinderndes Moment für eine neue, den Verhältnissen angepaßte Form der Lohnfestsetzungen, denn bei Zurückbleiben der Betriebseinrichtungen hinter den technischen Fortschritten des Auslandes läßt auch die Leistung der Arbeiter nach, und der Widerstand der Unternehmer den Lohnforderungen gegenüber wächst. Die dauernden Reibungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern infolge der fortgesetzt notwendigen Lohnerhöhungen müssen auf irgend eine Art beseitigt werden. In der gesamten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse taucht das Problem der reibungslosen Lohnfestsetzung auf, und als einziger Ausweg ergibt sich immer wieder die gleitende Lohnskala, um die sich aber ein heftiger Kampf entspinnt, weil es an einer brauchbaren und einheitlichen Grundlage für ihre Berechnung mangelt.

---

124. in Milliarden Mark.

125. B. Asch: Bemerkungen zu Wirtschafts- und Finanzfragen, Betriebsrätezeitung Nr. 15./15. 7. 22.

126. M. Schippel: Markstabilisierung und Produktionssteigerung; Sozialistische Monatshefte vom 12. 12. 1922.

Denn natürlich wird die Brauchbarkeit des Systems unbedingt abhängen von der Grundziffer, von der ausgegangen wird, und darüber eine Einigung zu erzielen, scheint unmöglich, denn es ergeben sich immer wieder Härten, Ungerechtigkeiten und Ungenauigkeiten, trotz der verschiedensten Indexziffern, die man der Skala zu Grunde legt. Vor allem wird wieder und wieder betont, daß die gleitenden Löhne eine Besserung in der Lage der Arbeiter und Angestellten nicht bringen können, denn die Entscheidung über vorhandene Preissteigerungen würde immer zu Gunsten der Arbeitgeber ausfallen.[127]. Es wird sogar bezweifelt, daß die gleitenden Löhne die Lohnverhandlungen ersetzen können, denn sie gestatten keine Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sachlichen und örtlichen Verhältnisse, sondern würden sich lediglich nach den Lebensmittelpreisen richten, die aber kein zuverlässiger Maßstab für die Höhe der ganzen Lebenshaltungskosten bilden. Außerdem läßt sich ein Normalmaß für die Lebenshaltung kaum aufstellen, sondern sie variiert, ebenso wie die Lohnhöhe, die nicht nur von wirtschaftlichem und sozialem Können und Müssen, sondern auch von den Arbeitern selbst abhängt. Jedenfalls wäre die Lage der Arbeiter statt durch gleitende Löhne viel eher durch energische Bekämpfung des Lebensmittelwuchers zu verbessern, denn an Arbeitsmöglichkeit ist zur Zeit kein Mangel, und die Gewerkschaften haben nur einen ganz geringen Prozentsatz von Arbeitslosen zu verzeichnen. Man rechnet jedoch mit einer neuen Absatzkrise, die durch die „unsinnige Preispolitik von Industrie und Landwirtschaft" heraufbeschworen wird;[128] denn sie verringern die Spanne zwischen innerem und äußerem Wert der Mark immer mehr und bringen dadurch den Export in Gefahr. Sie beschleunigen also die Valutakatastrophe, und es muß alles getan werden, um sie aufzuhalten. Deutschland darf sie nicht resigniert als etwas Gegebenes hinnehmen, sondern muß sich dagegen zur Wehr setzen; das kann wirksam durch vier Maßnahmen geschehen.[129] 1. Es darf der Notendruck ohne Deckung nicht ins Ungemessene gesteigert werden; 2. die Einfuhr von Luxusgütern für teures Geld muß auf die Hälfte herabgesetzt werden, um eine aktive Zahlungsbilanz zu erzielen. Es ist besser, den durch Abrosselung der Einfuhr arbeitslos Werdenden eine stattliche Unterstützung zu zahlen, als „diese unsinnige Vergeudung eines halbverhungerten Volkes" fortzusetzen. Sodann muß 3. die Kohlenförderung in Deutschland, evtl. sogar mit Hilfe von Ueberschüssen, auf das höchstmögliche Maß gesteigert und 4. überhaupt eine zielbewußte Produktionspolitik getrieben werden. Da-

127. Korrespondenzblatt Nr. 11 vom 18. 3. 22.
128. Korrespondenzblatt Nr. 25 vom 24. 6. 1922.
129. Korrespondenzblatt Nr. 26 vom 1. 7. 1922.

zu gehört vor allem eine Bewirtschaftung des einheimischen Holzes, der Kohle, des Eisens, denn die Preiserhöhungen der Industrieprodukte gehen nicht aus von den hohen Bergarbeiterlöhnen und Kohlenpreisen, sondern sie sind[130] „bedingt von der Anarchie der freien, ungebundenen Wirtschaft — — —!"

Inzwischen ist die Mark durch die verschiedensten Gründe im Laufe des Jahres 1922 immer weiter gesunken. Eine Devisenverordnung[131] über den Verkehr mit Devisen besteht zwar, wird aber mit Leichtigkeit umgangen, sodaß durch die starke Nachfrage und die Flucht aus der Mark die außerdeutschen Valuten im Verhältnis zur Mark dauernd steigen, dazu kommen als währungszerrüttende Elemente die inneren politischen Unruhen (Rathenaumord),[132] die versäumte Stützungsaktion der Reichsbank sowie als besonders schwerwiegend die Reparationspolitik der Entente, die die deutschen Finanzen unerträglich belastet. Durch eine Tabelle über die wechselnde Höhe des Goldzollaufgeldes[133] soll ein anschauliches Bild der immer schneller zunehmenden Markentwertung gegeben werden:

1920	1. Januar	10		6. September	290
	25. Mai	8		13. September	340
	10. Oktober	10		20. September	360
1921	20. Oktober	20		27. September	345
	23. November	40		11. Oktober	370
1922	1. März	45		18. Oktober	440
	21. April	60		25. Oktober	540
	25. Juli	65		1. November	705
	11. Juli	80		8. November	855
	19. Juli	95		15. November	1125
	26. Juli	105		22. November	1460
	9. August	120		6. Dezember	1780
	16. August	145		13. Dezember	1790
	23. August	175		20. Dezember	1900
	30. August	220		27. Dezember	1870

In einem Artikel: Ursachen der Markzerrüttung[134] versucht Dr. A. Heichen sich mit den Gründen für die Markentwertung auseinanderzusetzen und kommt dabei zu folgendem Resultat: Selbst durch eine Stillegung der Notenpresse ist eine Marksta-

130. Korrespondenzblatt Nr. 41. vom 21. 10. 1922.

131. Devisenverordnung vom 18. 2. 1922. RGBl. S. 214. Nachtrag S. 222.

132. Vorwärts vom 29. 12. 1922.

133. Juni 1922.

134. Die Zeit Nr. 17 vom 21. 7. 1922.

bilisierung nicht möglich, solange die Passivität der Zahlungsbilanz besteht. Verminderung des inneren Defizits wäre nur möglich, wenn ein größeres Quantum Waren exportiert wird, nämlich 75 % mehr als der bisherige Export beträgt. Das Ausland ist aber für einen so starken Import nicht aufnahmefähig, es fehlt an Absatzgebieten für diese gesteigerte Ausfuhr. D. h. also, daß die Passivität der Handelsbilanz sich vorläufig nicht mildern läßt; die Passivität steigert das Angebot an Reichsmark und die Nachfrage nach Devisen, und dadurch sinkt die Mark weiter. Die Erklärung der „Freiheit", daß die Markentwertung eine Machenschaft der deutschen Hochfinanz sei, führt Heichen ad absurdum, denn sie gerade leidet stark unter der Markentwertung und „wird nicht den Ast absägen, auf dem sie sitzt." Die Valuta ist nicht einmal abhängig von den Staatsfinanzen, und dem Defizit im Budget, oder der Inflation, denn sie eilt dieser weit voraus, sondern das deutsche Preisniveau ist proportional der Passivität der Handelsbilanz. Als Beweis für diese Theorie soll die nachstehende Tabelle dienen, die die Valuta-, Preis-, und Inflationskurve, auf den Dollar-Stand bezogen, miteinander vergleicht, ausgehend von dem Stand des April 1921, der gleich 100 gesetzt ist.

Datum	Valutakurve	Preiskurve	Inflationskurve
1921			
Mai	97,8	98,5	104,9
Juni	108,9	101,8	112,9
Juli	120,4	107,6	115,5
August	132,4	133,3	115,4
September	164,7	140,1	120,5
Oktober	235,8	162,3	122,8
November	412,8	216,6	127,5
Dezember	301,3	236,7	139,5
1922			
Januar	301,1	238,7	142,4
Februar	326,3	274,1	146,1
März	446,2	348,1	148,2
April	456,9	428,9	152,5

Es folgt nun die Zeit der täglich fortschreitenden Geldentwertung, in der die Notenpresse trotz ununterbrochener Arbeit den Bedarf an Zahlungsmitteln nicht im entferntesten mehr zu decken vermag und häufig in den Betrieben nicht einmal die Mittel zur wöchentlichen Löhnung aufzubringen sind, trotz vorhandener Guthaben bei Postscheckämtern und Banken. Die Industrie und der Handel versuchen sich gegen die Entwertung der Papiermark

zu schützen durch Berechnung der Preise nach Dollar = oder Feingoldmark. Wertbeständige Roggen- und Kohlenanleihen werden ausgegeben, es folgt endlich die Ausgabe der Dollarschatzanweisungen und der Dollargoldanleihe[135] durch Reich und Länder, um das Interesse von den Devisen abzulenken und eine wertbeständige Anlagemöglichkeit für Kapitalisten in Inlandswerten zu ermöglichen. Diese Umstellung erleichtert das Wirtschaftsleben insofern, als sich dadurch eine tägliche Umkalkulation der Preise erübrigt, die sich sowohl dem steigenden als auch dem fallenden Dollar-Kurs automatisch anpassen. Nachteilig aber sind die Goldmarkpreise unzweifelhaft für die Lohn- und Gehaltsempfänger, deren in Papiermark gezahlte Löhne zwar bei sinkendem Dollarkurs stehenbleiben, aber bei steigendem Dollar-Kurs, also dem im Jahre 1923 viel häufigeren Vorkommnis, sich der Schnelligkeit der Steigerung niemals anschließen und dadurch immer weiter hinter den Preisen zurückbleiben; selbst bei wöchentlich zweimaliger oder noch häufigerer Lohnzahlung ist außerdem die Differenz zwischen der Kaufkraft des Lohnes am Tage der Errechnung und Festsetzung und dem Tage der Auszahlung so groß, daß kaum die notwendigsten Lebensmittel dafür zu haben sind, kommt es doch bei den Riesensprüngen des Dollarkurses häufig genug vor, daß die Papiermarkpreise sich innerhalb von Stunden verdoppeln. Um sich davor nach Möglichkeit zu schützen, sucht man den erhaltenen Lohn nach Möglichkeit „wertbeständig", d. h. in Form von Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen usw. anzulegen, ein Moment, das natürlich wieder preissteigernd wirkt, und häufig genug sogar zur Heraufsetzung der Goldmarkpreise führt. Erschwerend fällt für die Nachteiligkeit der Papiermarkentlohnung noch ins Gewicht, daß die Händler, trotz Annahmezwang von Papiergeld,[136] die Warenabgabe gegen Zahlung in Papiermark verweigern, und sie lieber mit erheblichen Preisnachlaß gegen „wertbeständiges" Geld, d. h. Dollar-Goldanleihe oder auch gegen Devisen, trotz des gesetzlichen Verbots,[137] abgeben. Daß sich Lohn- und Gehaltsempfänger gegen diese allgemeine Benachteiligung sträuben, ist verständlich, doch zeigt es sich in der Presse der Sozialdemokratie, vor allem in den Gewerkschaftsblättern, daß man sich durchaus nicht einig ist über den Vor- und Nachteil von Papiermark-, Goldmark-, Festmark- oder einfach „wertbeständigen" Löhnen. Es erhebt sich überall ein lebhaftes Für und Wider, das in seinen Begründungen weit auseinander gehende Meinungen zeigt.

135. Verordnung vom 20. 10. 23 / RGBl. I S. 985

136. Verordnung vom 7. 11. 23 / RGBl. I S. 1081.

137. Verordnung des RWM. auf Grund des Notgesetzes vom 8. 5. 1923. RGBl. I. S. 275.

Schon des Ende des Jahres 1922 bringt einen erneuten starken Rückgang der Reallöhne, der in Berlin durchschnittlich allein in der Zeit vom September bis November 1922 ca. 33 % beträgt,[138] dabei steigen die Lebenshaltungskosten im Laufe des Jahres ungefähr auf das Zwanzigfache. Es ergibt sich also, da selbstverständlich das Einkommen der Kleinrentner noch stärker rückgängig ist, eine fortschreitende Verarmung des Proletariats. Einen Beweis für die Abnahme des Reallohnes bildet die Tatsache, daß z. B. bei der Reichsbahn die persönlichen Ausgaben (d. h. für Löhne und Gehälter) nur noch 29,67 % der Gesamtausgaben ausmachen gegen 60,87 % im Jahre 1913.[139] Es erscheint also ganz berechtigt, wenn „Maßnahmen zum Lohnausgleich“[140] verlangt werden. Gemeint sind damit unzweifelhaft Maßnahmen zur Einführung von wertbeständigen Löhnen. Zwar wird durch die Stützungsaktion der Reichsbank im Frühjahr das Finanzelend etwas aufgehalten, aber das Problem der Stabilisierung ist noch nicht gelöst, denn die Notenpresse arbeitet weiter. Der Dollar-Kurs ist künstlich auf 20 000 herabgedrückt, die Preise entsprechen ungefähr einem Kurse von 30—40 000, die Löhne dagegen einem Kursstand von 10 000. Es ist also noch nicht die Zeit gekommen für die Parole der Arbeitgeber: „Keine Lohnerhöhungen mehr!“[141], sondern die Löhne müssen im Gegenteil so gestaltet werden, daß sie ebenso beweglich werden wie die Preise, um sich dem wechselnden Dollar-Kurs anpassen zu können. Schon im Januar 1923 ergehen an die Gewerkschaften Aufforderungen der Genossen, für Goldlöhne einzutreten, da ja fast alle Preise bereits auf Goldmarkbasis kalkuliert werden. Aber die Gewerkschaften vertreten zum Teil vorläufig noch die Ansicht, daß den Arbeitern mit Goldlöhnen nicht geholfen werden kann[142] Durch die Inflation herrscht starke Vermehrung der Zahlungsmittel und Verminderung der Produktion, d. h. es stehen nur noch ca. die Hälfte der Konsumgüter von vor dem Kriege zum Verbrauch bereit, die sich durch Goldlöhne nicht vermehren würden. Goldlohn ohne vermehrte Produktion ist also zwecklos. Dem wird entgegengehalten, daß es sich nicht um eine Rückkehr zum Vorkriegslohn handeln könne, sondern lediglich darum, dem Lohn seine hauptsächlichste Eigenschaft, nämlich Repräsentierung einer bestimmten Menge Kaufkraft, wiederzugewinnen[143]. Da tatsäch-

138. Abgeordneter Jäckle, 289. Reichstagssitzung vom 17. 1. 23.

139. Abgeordneter Brunner, 332. Reichstagssitzung vom 13. 4. 23.

140. Abgeordneter Aufhäuser, 359. Reichstagssitzung vom 7. 6. 23.

141. Metallarbeiterzeitung vom 17. 2. 23 Nr. 7.

142. Dr. W. Schöttler: „Ueber Goldlöhne“, Neue Zeit Nr. 14 vom 10. 1. 23.

143. F. Tarnow: Noch etwas über „Goldlöhne“, Neue Zeit Nr. 16 vom 10. 2. 23.

lich nicht mehr die Papiermark, sondern der Dollar als Wertmesser dient, wäre es angebracht, die Dollar-Goldmark für alle Geldleistungen, auch für die Ware „Arbeitskraft", einzuführen. Dadurch würde die inflationistische Gefahr nicht verstärkt, denn praktisch besteht ja die Goldmark-Rechnung bereits in allen Wirtschaftsgebieten, und die Preise würden insofern sogar günstig beeinflußt, als sie sich nicht mehr nur dem steigenden, sondern auch dem fallenden Kurs anpassen würden. Dadurch würde auch den Riesengewinnen der Industrie auf Kosten der Arbeiter infolge der entwerteten Lohnzahlungen ein Riegel vorgeschoben, und das ist absolut notwendig, denn die Reallöhne lassen sich nicht unbegrenzt vermindern. — Doch gehen durchaus nicht alle Forderungen auf direkte Goldmark-Löhne, ein anderer Vorschlag geht dahin, auf Grund von Indices den Wochendurchschnitt für die Lebenshaltung zu bestimmen, und darauf die Lohnhöhe zu errechnen. Als geeignete Grundzahl erscheint das Mittel zwischen Großhandels- und Lebenshaltungskostenindex; die Differenz zwischen den Indices des Rechnungs- und des Zahltages wäre am folgenden Tage nachzuzahlen. Aber man hält diese Form der Lohnberechnung nur dann für nutzbringend, wenn das Reich zur Deckung seines Bedarfes nicht mehr die Notenpresse benutzt, sondern wieder Einnahmen und Ausgaben balanciert werden[144]. Es wäre das eine Form des Gleitlohnes, die nach erfolgter Stabilisierung in Friedenslohn hinüberführen müßte. Im Juli werden auf dieser Grundlage die ersten wertbeständigen Löhne in Berlin bezahlt, doch muß die Zeitspanne zwischen Festsetzung und Auszahlung noch verkürzt und der Grundlohn noch erhöht werden, um ein günstiges Resultat für die Arbeietr zu ergeben. Aber die Hoffnung auf eine Besserung der Lage für die Lohnempfänger erweist sich wiederum auch bei der neuen Form der Lohnberechnung als trügerisch, denn einmal differieren die Löhne in den verschiedenen Gewerben bis zu 100 %, zum anderen schreitet die Geldentwertung so rapide vorwärts, daß selbst bei zweimaliger wöchentlicher Lohnberechnung und -Zahlung dieses Tempo nicht erreicht werden kann. Es ergibt sich infolgedessen nicht nur von einer Woche zur anderen, sondern vom Anfang bis zum Ende jeder Woche ein starkes Schwanken des Reallohnes, das die nachstehende Tabelle aufzeigt:[145]

144. Korrespondenzblatt Nr. 25 und 26 vom 23. und 30. 6. 1923.
145. Korrespondenzblatt Nr. 38 vom 22. 9. 1923.
146. Abgeordneter Wissel, 377. Sitzung vom 7. 7. 23.

Reallöhne in der Woche von: (Stundenlöhne))

	Juli 1924	6.—11. 8. 23		20.—25. 8. 23		3.- 8. 9. 23	
		Anfang	Ende	Anfang	Ende	Anfang	Ende
Metallarbeiter	0,70	0,39	0,13	0,41	0,25	0,46	0,17
Maurer	0,84	0,20	0,07	0,30	0,19	0,58	0,21
Tischler	0,70	0,30	0,10	0,35	0,22	0,41	0,15
Buchdrucker	0,65	0,20	0,07	0,36	0,22	0,59	0,22
Schneider	0,70	0,24	0,08	0,33	0,21	0,38	0,14
Bäcker	0,56	0,17	0,06	0,34	0,21	0,63	0,23

„Diese Zahlen decken das ganze furchtbare Elend auf, das die Teuerung über die Arbeiter gebracht hat!" Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt ebenfalls die Berechtigung einer Forderung nach wertbeständigen Löhnen an, besonders, da man von den Arbeitern bisher immer Hintansetzung des eigenen gegenüber dem Staatsinteresse gefordert hat, während die Industrie „durch Hunger-Dumping gegen die Arbeiter sich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten hat."[146] — Das wachsende Elend bringt eine immer größere Erbitterung gegen die Kapitalisten, denn man kann sich nicht vorstellen, daß auch sie großenteils unter der Valutakatastrophe leiden: „Der Elendszustand Europas ist der Glückszustand seiner kapitalistischen Oberschichten!"[147] Zwar bringt die Rentenmark endlich eine Besserung, aber zuerst fehlt noch das rechte Vertrauen, sie bildet ja nur eine vorläufige Lösung des Währungsproblems, und es fragt sich, ob sie stabil bleibt. Dagegen bringt sie bereits eine wirkliche Lösung der Lohnfrage. „Es erhebt sich als selbstverständliche Forderung die Festsetzung der Löhne in Goldwährung[148], die sich jedoch durch die feste Relation der Papiermark zur Rentenmark bald als überflüssig erweist. Aber nun zeigt sich erst, wie weit man noch vom Vorkriegslohn entfernt ist, denn dieser wird nicht einmal zahlenmäßig erreicht. Außerdem ist aber auch noch eine Verminderung der Realgrundlöhne festzustellen, denn in der ganzen Welt besteht infolge des Krieges eine Goldmarkteuerung. Es bedeuten also die festen Goldlöhne noch keine Sicherung für die Arbeitnehmer, sondern reine Goldlöhne können erst festgesetzt werden, wenn die Warenpreise sich als annähernd stabil erweisen. Die Arbeitgeber erklären es für notwendig, daß die Löhne vorläufig unter den Friedenslöhnen bleiben, denn Deutschland müsse billiger produzieren als das Ausland, um exportieren zu können; sie versuchen darum, den Arbeiter im Lohn zu drücken und zum Armen zu erniedrigen;[149] die Arbeiter wissen selbst, daß der Weg zur wirtschaftlichen Besserung durch eine Krise führt,

147. Metallarbeiterzeitung vom 18. 8. 23 Nr. 32/33.
148. Metallarbeiterzeitung vom 10. 11. 23 Nr. 44/45.
149. Korrespondenzblatt vom 15. 12. Nr. 49.

mit Produktions- und Absatzstockung, Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen[150]; sie wird überwunden werden, aber nicht dadurch, daß die Arbeitgeber ihre Produktionskosten durch niedrige Löhne herabzusetzen versuchen, denn nicht das Land mit den niedrigsten, sondern das mit den höchsten Löhnen erreicht die höchste und billigste Produktion, sobald wieder geordnete Verhältnisse herrschen und dadurch der Weltmarkt wieder aufnahmefähig ist. Denn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter wächst mit erhöhter Lebenshaltung und darum: „Zahlt hohe Löhne, wenn Euer Geschäft blühen soll!"[151]

12a. Arbeitsloses Einkommen und Preiswucher.

Das wachsende Elend und die sinkende Lebenshaltung weiter Volkskreise während des Krieges und noch mehr nach seiner Beendigung verschärfen selbstverständlich den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Die luxuriöse Lebensführung eines großen Teiles der Unternehmerschaft, die in Genußmitteln schwelgt, während der Arbeiterschaft oft der notwendigste Lebensunterhalt fehlt, wecken Neid und Haß, die sich in steigendem Maße in der sozialdemokratischen Presse bemerkbar machen.

Schon im August 1914 beschäftigt man sich mit der Frage, wem der im Kriege durch Heer und Flotte gesteigerte Bedarf Vorteil bringt und kommt zu dem Resultat, daß nicht, wie Ricardo behauptet, der Arbeiter, sondern lediglich der Unternehmer, der Kriegslieferant Nutzen daraus zieht.[1] Denn schon 14 Tage vor der Mobilmachung, das heißt zu einer Zeit, wo die Heeresverwaltung in Erwartung eines kommenden Krieges Vorräte an Mehl, Lebensmitteln, Kriegsmaterial anzuhäufen beginnt, tritt ein Preisaufschlag für alle diese Artikel im Großhandel ein, der Preiswucher beginnt, der sich in der folgenden Zeit vor allem bei den kriegswichtigen Unternehmern ununterbrochen fortsetzt. Die Heeresverwaltung zahlt ungewöhnlich hohe Preise für Kriegslieferungen, und den Unternehmern kommt durch den glänzenden Geschäftsgang vorläufig der Ernst der Lage noch nicht recht zum Bewußtsein. Allerdings leidet auch eine Reihe von Unternehmungen unter dem Kriege, infolge Einziehung des Unternehmers zum Militär, durch Unterbindung des Außenhandels, aber sie scheinen doch in der Minderzahl zu sein gegen die durch den

150. Neue Zeit vom 10. 1. 23 Nr. 14; H. Cunow: •Markkurs u. Wirtschaftkrise (S. 120).

151. Metallarbeiterzeitung Nr. 50 v. 15. 12. 23.

1. Art.: Krieg u. Kapitalismus, Vorwärts vom 24. 8. 14; s. a. S, 8,

Krieg begünstigten. Der Gewinn wird noch gesteigert durch eine fast allgemeine Lohndrückerei, die Aussichten besonders für die Waffen und Munition herstellenden Unternehmungen sind glänzend, und die Börse quittiert darüber durch eine erhebliche Steigerung der Aktienwerte aller Kriegsbedarf herstellenden Gesellschaften, die den Nutznießern des Krieges[2] Dividenden bis zu 32 % zahlen. Das ist der Anfang der Kriegsgewinne dieser Betriebe, die in den folgenden Jahren dauernd wachsen, denn die gesamte Industrie ist ausreichend beschäftigt. Auch die Banken haben den Rückgang des Geschäftes durch Fortfall des Außenhandels bereits überwunden, und die Großbanken schließen das Jahr 1914 mit starken Ueberschüssen. Der Stand der Reichsbank stellt sich sogar so günstig dar, daß eine Diskontherabsetzung erfolgt. Im Gegensatz zum Kriegsbeginn macht sich in Berlin im April 1915 schon Arbeitermangel bemerkbar„ ein Beweis für die glänzende Lage der Industrie, die sich aber ‚an den eingeheimsten Gewinnen nicht genügen läßt, sondern eine Preissteigerung auf die andere folgen läßt. Die Folgen des Krieges sind überhaupt in finanzieller Beziehung bereits zu spüren,[3] denn in allen Ländern ist ein verstärkter Notenumlauf festzustellen (nur in England zirkuliert noch Gold), und natürlich wirkt diese Tatsache auch noch preissteigernd und dient dem Unternehmertum als Entschuldigung bei seinen dauernd erhöhten Preisforderungen. Die Kriegsgewinne sind keine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt, sondern sie zeigen sich auch in allen anderen Ländern, besonders in Amerika, wo sie gerade eine phantastische Höhe annehmen. Sie sind eben „eine durch die heutigen Verhältnisse bestimmte Begleiterscheinung!“[4] Sie beschränken sich auch durchaus nicht auf die Kriegsmaterial herstellenden Betriebe, sondern die Tabakfabriken z. B. stehen diesen darin kaum nach, und auch die Landwirtschaft versteht es, durch den Krieg einen reichlichen Gewinn beim Absatz ihrer Produkte zu erzielen. — Es ist jedenfalls ein starkes Interesse der sozialdemokratischen Presse an den Kriegsgewinnen der großen Unternehmungen vorhanden, denn der Vorwärts gibt fortlaufend Bericht über ihre Reingewinne und Dividenden: Er schilt auf die Kapitalisten, die aus der Not des Volkes Gewinn ziehen, den ‚Lohn- und Gehaltsempfängern nach Möglichkeit ihre Bezüge zu verkürzen suchen, und durch ‚ihre Profitgier die Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel in die Höhe treiben[5]. Selbst die eingeführten Höchstpreise ändern daran nichts, denn sie sind so gestellt, daß

2. Vorwärts vom 13. 11. 14,
3. Vorwärts vom 28. 4. 15.
4. Vorwärts vom 22. 5. 15.
5. Vorwärts vom 5. 11. 15.

den Unternehmern ein hoher Gewinn dabei garantiert ist. Wo aber keine Höchstpreise festgesetzt sind, tritt in allen Industrie- und Handelszweigen ein Preiswucher ein, der den Arbeitern ein Auskommen mit den gezahlten Löhnen unmöglich macht und sie immer mehr gegen die Arbeitgeber erbittert. Diese Tatsache wird natürlich von gewissenlosen Hetzern ausgenutzt und der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Besitzenden und Besitzlosen immer mehr verschärft. Dabei wird, was ja allerdings gegenüber diesen Feststellungen merkwürdig erscheint, vorläufig noch eine dauernde Zunahme der Spareinlagen der Städtischen Sparkassen festgestellt, was in diesem Zusammenhang doch eher auf eine Verbesserung als eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung schließen lassen müßte.

Es wird zwar wiederholt darauf hingewiesen, daß auch in England eine erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, daß auch neutrale Länder unter Preiserhöhungen und Kriegsgewinnen der Unternehmer leiden, aber der Unwille der Arbeiter über die hohen Unternehmergewinne und niedrigen Löhne wird dadurch selbstverständlich nicht beschwichtigt; besonders, da angeblich hohe Löhne den Grund zu den Preiserhöhungen bilden sollen. Das trifft aber absolut nicht zu, denn die Löhne sind niedriger als vor dem Kriege; dagegen sind die Rohstoffe im Preis stark gestiegen, denn die Devisenkurse zeigen eine stark steigende Tendenz, und ihnen folgen natürlich die Preise der Auslandwaren. Die Aktienkurse bleiben vorläufig zurück außer denen der Rüstungsindustrie, während sich die Kriegsanleihen gut halten. In allen am Kriege beteiligten Ländern ist bereits ein Sinken der Valuten gegenüber dem Schweizer Franken erfolgt, was sich jedoch vorläufig für diese Länder als günstiger Umstand erweist, denn die Schweiz deckt sich jetzt billiger im Ausland als im Inland ein, sodaß sie ein gutes Absatzgebiet auch der deutschen Industrie wird. Inzwischen werden aber die Lebensmittel in Deutschland immer knapper, die Preise steigen, und die „Landwirtschaft füllt sich auf Kosten der Bevölkerung die Taschen!“[6] Aber nicht sie allein, denn während es den Arbeitnehmern unmöglich ist, mit ihrem Einkommen auch bei äußerster Sparsamkeit zu wirtschaften, ziehen die Unternehmer aus ihrer Arbeit einen mehr als reichlichen Gewinn, denn in allen Unternehmungen „wird glänzend weiterverdient!“[7] Nur eins hat sich inzwischen geändert: Die Reichsbank hat ihre günstige Lage schon längst verloren, der andauernde große Geldbedarf hat sie zu einer starken Vermehrung des Notenumlaufs gezwungen, die

6. Vorwärts vom 14. 2. 17.
7. Vorwärts vom 13. 3. 17.

Golddeckung hat im gleichen Maße prozentual abgenommen, der Präsident wendet sich jetzt an die Einsicht der Besitzenden und fordert von ihnen Ausnutzung des bargeldlosen Verkehrs sowie Abgabe von Gold und Juwelen zur Stärkung des Reichsbankschatzes, denn der deutschen Währung droht Gefahr, die Mark sinkt und zum erstenmal macht sich eine Geldknappheit trotz des gestiegenen Banknotenumlaufs fühlbar; erhöhte Preise, erhöhte Löhne, erhöhte Verkehrstarife erhöhen den Geldbedarf. Und nun beginnen auch die Aktien zu steigen, deren Kurse allerdings nicht mehr veröffentlicht werden dürfen; gleichzeitig ergibt sich ein völliges Fiasko des Sparzwangerlasses für Jugendliche, der darum wieder aufgehoben wird.[8].

Während für die Arbeiterschaft und für die Angestellten nun die Zeit der dauernden Kämpfe für den notwendigsten Lebensunterhalt einsetzen, nehmen die Riesengewinne der Großunternehmungen noch zu, Kapitalserhöhungen der großen Aktiengesellschaften sind an der Tagesordnung, durch die man den Aktionären ihre Gewinne in Form von jungen Aktien zuteilt, um die Dividenden nicht gar zu hoch erscheinen zu lassen. Während die Mark weiter sinkt, steigen die Effektenkurse, die „Ewige Börsenhausse"[9] setzt ein. Oesterreich geht sowohl im Tiefstand der Krone als auch in der Ausbildung der „märchenhaft gestiegenen" Effektenkurse, die sehr häufig im Verhältnis zum Ertragswert der Unternehmungen übersteigert sind, mit wenig nachahmenswertem Beispiel voran, aber Deutschland folgt leider recht schnell auf diesem Wege. Zwar haben auch England und Amerika eine Währungsminderung aufzuweisen, aber sie ist ungleich geringer als in Deutschland, wo sich der Rohstoff- und Kohlenmangel durch dauernde Preiserhöhungen und (in die Lebensgewohnheiten der Masse tief einschneidende) Sparmaßnahmen[10] immer stärker geltend macht, während: „an der Börse die Kurse wieder schwindelndhoch getrieben werden!"[11] Andererseits machen sich die hohen Rohstoffpreise bemerkbar in einem großen Kreditbedürfnis der Industrie, sodaß die Reichsbank nicht mehr in der Lage ist, allen Kreditanforderungen zu genügen.[12] Aber sie hat die ungesunde Entwicklung der Wirtschaft zum Teil selbst verschuldet, indem sie die teilweise ganz ungerechtfertigten Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften sowie die Kurssteigerungen an der Börse duldete und die reine Spiel- und Spekulationslust, statt sie zu bekämpfen, dadurch noch förderte. Zwar gibt es vorübergehend

8. Erlaß vom 10. 12. 1918. Preuß. Staatsanzeiger Nr 291.
9. Vorwärts vom 27. 7. 17.
10. Gas- Licht-Verkehrsmittelbeschränkungen.
11. Vorwärts vom 16. 8. 17.
12. Vorwärts vom 4. 9. 17.

auch einmal eine Senkung der Börsenkurse, „schwarze Tage" unterbrechen die Börsenhausse, aber trotz allem wird „glänzend weiter verdient", und die Sozialdemokratie glaubt sich dadurch zu der Forderung berechtigt: „daß die Regierung jedem kapitalischen Mißbrauch steuern müsse"[13], daß Maßnahmen gegen die Effektenspekulation getroffen und die allzu hohen Gewinne der Industrie- und Handelsunternehmungen auf Kosten der Bevölkerung beschnitten werden. Denn alle Berliner Unternehmungen zeigen äußerst günstige Jahresabschlüsse durch die hohen Preise und zum Teil recht minderwertige Leistungen; so ist z. B. der Wahlspruch der Bierbrauereien jetzt: „Hohe Preise, schlechtes Bier — — gute Dividenden!"[14] Jedenfalls ist festzustellen, daß das Unternehmertum durch den Krieg noch nicht gelitten hat, sondern im Gegenteil nur Vorteil davon hattte, denn die Zahl der Millionäre hat sich seit Kriegsbeginn verdoppelt, bis verdreifacht,[15] während der Lebensstandard der Massen sich im dritten Kriegsjahr wieder erheblich verschlechtert hat und die Kriegsmüdigkeit auch der Nichtkämpfer im Wachsen begriffen ist. Es besteht nicht nur ein ewiger Kampf um den Lebensunterhalt, sondern selbst wenn das notwendige Geld vorhanden ist, so entgeht man doch nicht dem Streit mit den Händlern, die es den Unternehmern nach Möglichkeit nachtun und die Preise bis über die Grenzen des Erträglichen hinaus aufschlagen.

Inzwischen ist der Geschäftsgang z. B. der Montanindustrie noch immer glänzend, aber die Dividenden wachsen doch wohl nicht mehr im gleichen Maße wie in den vergangenen Jahren, und es machen sich in den Generalversammlungen Bestrebungen der Aktionäre auf Festsetzung höherer Dividenden bemerkbar. Die Folge davon sind natürlich wieder Preiserhöhungen, die aber nicht auf die erhöhten Dividenden, sondern auf die angeblich zu hohen Löhne zurückgeführt werden. Dabei nehmen die Kapitalserhöhungen weiter ihren Fortgang, es herrscht schon jetzt eine allgemeine Verwässerung des Aktienkapitals, die in die Milliarden geht; aber fortgesetzt werden enorme Gewinnsummen der Gesellschaften registriert, es wird eben noch immer „glänzend verdient." Diese glänzenden Gewinne sichern zwar vorläufig noch den Erfolg der Kriegsanleihen, die allerdings in Form erhöhter Preise für Heeresbedarf an die Industrie zurückfließen, aber die schwebende Schuld des Reiches vergrößert sich immer mehr, da die Finanzpolitik des Reiches völlig versagt hat. Ein weiteres Sinken der Mark treibt immer größere Kreise der Bevölkerung in die Spekulation hinein, um den knappen Einkommen auf diese Weise etwas aufzuhelfen, und tritt dann statt der er-

13. Vorwärts vom 14. 10. 17.
14. Vorwärts vom 5. 12. 17.
15. Vorwärts vom 7. 3. 18.

warteten Kurssteigerungen ein Kurssturz ein, so sucht man die Schuld natürlich nicht bei sich selbst, sondern die ganze Wut der enttäuschten Spekulanten richtet sich gegen die Unternehmer, denen anscheinend jeder Coup gelingt, während man selbst hineingefallen ist.

Noch schlimmer fast als die Spekulation wirkt aber die Bankpotenhamsterei auf die Wirtschaft ein, denn sie erzeugt künstliche Zahlungsmittelknappheit und veranlaßt dadurch fortgesetzte Vermehrung des Notendruckes, da die deutsche Wirtschaft für ihre Arbeit Geld braucht; wer es ihr entzieht, lähmt ihre Arbeitsmöglichkeit und schädigt die Allgemeinheit, denn sie hat die Nachteile einer verminderten Produktion zu tragen, während die Kapitalisten immer noch Mittel zur Verfügung haben, mit denen sie sich verschaffen können, was sie brauchen. In Zeiten der Absatzstockung schränken sie ihre Betriebe ein oder legen sie still, dadurch verhindern sie die Produktion so lange, bis wieder die Nachfrage das Angebot übersteigt und sie für ihre Produkte erhöhte Preise verlangen können; sie ziehen also letzten Endes selbst aus Absatzkrisen Vorteile, während die Arbeitnehmer arbeitslos werden und mit ihren Familien ins Elend geraten. „Massenarbeitslosigkeit ist das Uebel, das die gegenwärtige, kapitalistische Wirtschaft zeitigt, ohne den aller Subsistenzmittel Beraubten ausreichende, soziale Hilfe angedeihen lassen zu können."[16]

12b. Nach kurzer Unterbrechung der Börsenhasse und nach einer Zeit der Kursschwankungen infolge der Revolution und anschließender Streiks in den verschiedenen Gewerben beginnt im April 1919 „ein neuer Börsenfrühling".[17] Aber die Börse ist kein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftslage mehr, denn je tiefer Deutschland in Not und Elend gerät, um so höher steigen die Kurse, um so wilder wird der Tanz um das goldne Kalb. Vor allem herrscht stürmische Nachfrage nach ausländischen und Kolonialwerten an den Effektenbörsen, die sich um so mehr steigert, je schneller die Zersetzung der deutschen Währung fortschreitet, und je tiefer das Vertrauen der Kapitalisten zur Zukunft der Mark sinkt. Die Riesenspekulationsvermögen haben also ihren Ursprung in der Not des Vaterlandes, und die Regierung sieht untätig zu und macht nicht einmal den Versuch, diesen Zuständen Einhalt zu gebieten. Sie läßt es zu, daß das deutsche Kapital ins Ausland flüchtet, daß Deutschland selbst seine Wirtschaft von allen Hilfsmitteln entblößt und seine Effekten, also sein Vermögen ins Ausland wandern läßt und durch den Ankauf ausländischer Papiere das Angebot an Mark im Ausland dauernd vermehrt, d. h. selbst seine Währung untergraben hilft. Die Behauptung, daß die

---

16. R. Goldscheid: Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankerott Kap. 14.

17. Vorwärts vom 29. 4. 19.

deutschen Besitzer ausländischer Wertpapiere keinen Gewinn erzielen, sondern sich lediglich vor Verlusten geschützt haben ist absolut nicht stichhaltig, denn sie haben nicht das Recht, sich selbst zu sichern und den anderen allein die aus der Geldentwertung resultierenden Lasten aufzubürden,[18] und sie noch dadurch zu erschweren, daß die durch die Kapitalflucht im Ausland umlaufenden Marknoten weiter auf den Markkurs drücken. Aber nicht nur die Mark sinkt, sondern auch die Kriegsanleihen zeigen fallende Tendenz, und wieder sind es die Arbeiter und der kleine Mittelstand, die darunter leiden, denn die Kapitalisten haben die in ihrem Besitz befindlichen Anteile der Kriegsanleihen selbstverständlich bei den ersten Anzeichen des Sinkens abgestoßen, während die anderen dem Börsenverkehr viel zu fern stehen, um zu wissen, wie man sich in diesem Falle verhält und durch die Kurseinbußen also ihre mühsam ersparten Groschen verlieren. — Bemerkenswert erscheint es, daß in dem folgenden Monat der Vorwärts täglich einen kurzen Börsenbericht gibt, in dem Steigen und Fallen der Industriepapier- und Anleihekurse mit innen- und außenpolitischen Ereignissen in Verbindung gebracht wird. Wenn z. B. festgestellt wird, daß „die Börse trotz aller Streikbewegungen fest" ist, so zeigt das eine wachsende Erkenntnis für die Folgen der Streiks auf die allgemeine Wirtschaftslage insofern, als sie im Stande sind, das Vertrauen des Auslands zur deutschen Wirtschaft und ihrem Wiederaufbau immer von Neuem zu erschüttern und den Währungsverfall zu beschleunigen.

Die Sozialdemokratie verschließt sich auch nicht der Einsicht, daß die Industrie im Augenblick mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Zwar reizt der Warenmangel des Auslands zur Ausfuhrproduktion an, aber die Ausnutzung dieser Chance durch die deutsche Wirtschaft bietet insofern Schwierigkeiten, als erstens die Produktion gehemmt wird durch die häufigen inneren Unruhen und zweitens der Einkauf von Rohstoffen sich durch den Tiefstand der Mark äußerst schwierig gestaltet. Die einzige Möglichkeit wäre, die Hälfte der Rohstoffe in Form von Fertigfabrikaten im Tausch gegen eben diese Rohstoffe an das Ausland zu geben und die zweite Hälfte für das Inland zu verwenden. Doch ist auch hierbei eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft nicht ausgeschlossen, denn infolge der Differenz zwischen Außen- und Innenwert der Mark werden die Waren von den Fabrikanten zu billig an das Ausland abgegeben, und sie würden durch die Ausfuhr nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar Schaden haben. Außerdem würden die ausländischen Industrien sich aber die Schleuderpreise der deutschen Ausfuhr auf keinen Fall bieten lassen und von ihren Regierungen Schutzmaßnahmen gegen den

---

[18] Art. „Kapitalflucht und Auslandswerte", Vorwärts vom 4. 5. 1

Schleuderimport fordern, sodaß die deutsche Industrie also zu ihrem eigenen Vorteil die Konjunktur ungenützt vorüber gehen lassen muß.[19]

Während hier vorübergehend der Vorwurf übermäßigen Gewinns der Industrie gegenüber eingestellt wird, erhebt er sich um so schärfer gegen die Landwirte, die andauernd Preiserhöhungen für ihre Produkte fordern, trotzdem es ihnen fast allgemein nicht nur gelungen ist, seit 1914 ihren Besitz schuldenfrei zu machen, sondern sogar noch Land zu ungeheueren Preisen aus ihren Kriegsgewinnen zuzukaufen und zu bewirtschaften.[20] Mit ihnen braucht man also kein Mitleid zu haben, wohl aber wäre Hilfe für die kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden angebracht. Aber auch das ist nicht möglich, denn dem Rohstoffmangel ist vorläufig nicht abzuhelfen, und finanzielle Unterstützung allein genügt nicht. „Der Untergang des Mittelstandes ist eben eine durch keine wohlwollende Maßnahmen aufzuhaltende Tatsache," und je mehr die Massen ins Elend geraten, um so stärker konzentrieren sich die Mittel in den Händen einiger weniger Großunternehmer, wenn auch behaptet wird, daß „ein so armes Volk wie Deutschland sich nicht den Luxus erlauben darf, den Ertrag seiner Arbeit nach dem Reichtum zu verteilen, so daß der Reiche immer mehr erhält, und der Arme verschwindend wenig!"[21] Deutschland leistet sich diesen „Luxus" trotzdem, und zwar je intensiever, desto mehr die Mark „durch Ueberführung der mobilen Werte ins Ausland"[22] sinkt. Die Sozialdemokratie verlangt daher in Erkenntnis der Gefährlichkeit der Kapitalflucht ins Ausland Maßnahmen gegen diese und Sicherung der einheimischen Werte gegen die gefahrbringende Baissespekulation. Auf der anderen Seite aber verhindert sie wiederum selbst eine Besserung durch Streiks in den wichtigsten Betrieben, in der Metallindustrie, in den oberschlesischen Kohlengruben und Eisenwerken, und trägt dadurch ihrerseits zur Marksenkung bei. Natürlich bleibt es trotz aller Forderungen bei der Bevorzugung von Auslandswerten an der Börse, Valutapapiere sind stark begehrt und auch nach halbvalutarischen Papieren (d. h. Aktien deutscher Unternehmungen, die Niederlassungen im valutastarken Ausbesitzen) besteht rege Nachfrage. Merkwürdigerweise hört hier sogar die abschwächende Wirkung ungünsti ger innen- und außenpolitischer Ereignisse auf, während die teilweise ungünstigen Bilanzen deutscher Unternehmungen auf die Aktienkurse und

19. Korrespondenzblatt Nr. 44 vom 1. 11. 19.
20. Abgeordn. Sollmann, Sitzg. der Nationalversommlung vom 10. 3. 19.
21. Abgeordn. Wurm; Sitzung der Nationalversammlung v. 26. 3. 19.
22. Abgeordn. Braun; 81. Sitzung d. Nationalversammlung v. 16. 8. 19,

die Börse sehr verstimmend wirken. Aber das Unternehmertum hilft sich über eventuelle Kursverluste durch erneute Preiserhöhungen hinweg, die sich nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für eine Reihe lebensnotwendiger Waren leicht erreichen lassen. Während eine Verbesserung des Brotes für unangängig erklärt wird, weil dann die einheimische Produktion nicht ausreichen würde und ausländisches Getreide zu hohen Preisen eingeführt werden müßte, wird Hafer und Heu ans Ausland verkauft und im Inland stattdessen Brotgetreide verfüttert; d. h. die Händler stecken die Gewinne ein, und das Volk muß darben; die Händler verlangen die Einfuhr von Luxuswaren, um ihren Gewinn anzulegen, die Valuta sinkt, die Preise steigen, die Kaufleute verdienen und das Proletariat hungert,[23] der Valutasturz in den letzten Monaten ist beispiellos und läßt noch schlimmeres erwarten. Eine Auslandanleihe wäre das einzige, was Deutschland helfen könnte, aber es hat sich durch seine falsche Finanzpolitik selbst der Kreditmöglichkeiten beraubt und darf auf eine Hilfe von außen in absehbarer Zeit nicht rechnen[24]. Eine Hilfe von innen ist aber kaum möglich, denn durch die Deckung aller Ausgaben durch die Notenpresse und durch Anleihen sind die Finanzen vollkommen zerrüttet, und die Wirtschaft ist auf dem Wege, ihnen darin zu folgen. Sie verlangt völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft und Angleichung der deutschen an die Weltmarktpreise, aber das würde vielleicht, nach einer kurzen Periode erhöhten Gewinns für die Unternehmer, ihren völligen Zusammenbruch bedeuten. Es bleibt also vorläufig bei einer teilweisen Zwangswirtschaft und einem Preisniveau, das unter dem des Weltmarktes liegt. Trotz der vorübergehenden Absatzstockungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheinen es die Unternehmer doch verstanden zu haben, sich einen reichlichen Gewinn zu sichern, denn die Reichsbankkonten zeigen am Jahresschluß[25] eine ungeheuere Anschwellung.

Da aber die Mark weiter sinkt, ergibt sich eine stürmische Kauflust an der Börse. Dividendenpapiere werden förmlich gehamstert, denn man will sich einen Gewinn sichern; die Flucht aus der Mark nimmt täglich zu. Auch das Ausland beteiligt sich an der Börsenspekulation, denn es kann trotz der gewaltig gestiegenen Kurse infolge der Markentwertung für verhältnismäßig billiges Geld Anteile der deutschen Industrie an sich bringen. Die Flucht aus der Mark kommt schon einer Panik der Kapitalisten gleich; sie nimmt derartig groteske Formen an, daß die Börsen für einige Tage wegen Arbeitsüberhäufung der Banken geschlossen

23. Vorwärts vom 25. 2. 19; Artikel: „Valutasturz".
24. Abgeordn. Braun: 88. Sitzung vom 1. 10. 19.
25. 1919.

werden müssen, der Kapitalist sichert sein Vermögen und überläßt es den Massen, die furchtbaren Folgen der Inflation zu tragen, die nicht nur in dauernden Preiserhöhungen bestehen, sondern auch den „deutschen Ausverkauf" bringen, d. h. eine Verschleuderung deutscher Produkte ins Ausland, während die einheimische Bevölkerung unter Warenmangel leidet. Aber durch den Verkauf an das Ausland haben die Unternehmer die Möglichkeit, sich Konten in fremder Währung an ausländische Banken zu verschaffen, d. h. Deutschland erhält nicht einmal für seine Schleuderausfuhr die ihm zum Ankauf neuer Rohstoffe erforderlichen Devisen, die Kapitalisten retten ihr Vermögen vor dem Staatskankerott auf Kosten des Proletariats ins Ausland. Da dieser Export auch noch zu viel zu niedrigen Preisen erfolgt, denn die Valutaaufschläge sind zu gering, um die Differenz zwischen der deutschen und ausländischen Währung auszugleichen, so heißt das nichts anderes als „Deutschland exportiert unbezahlte Arbeit, und der Mehrwert kommt zum kleinen Teil den Deutschen, zum größeren Teil aber den Unternehmern der valutastarken Länder zu gute[26].

Während der Zustand der Staatsfinanzen bereits alle Zeichen des Bankerotts trägt, nämlich: nicht aufzuhaltende Geldentwertung, sinkende Anleihekurse, Zinszahlung in entwertetem Geld, entwertete Beamtengehälter, minderwertige Verkehrsmittel, ergibt sich eine Anhäufung des Privatreichtums durch die öffentlichen Körperschaften, es ist also bereits ein versteckter Staatsbankerott vorhanden, und daran hat einen großen Teil der Schuld das Kapital durch seine Flucht aus der Mark und den Verkauf von Liegenschaften an Ausländer gegen Devisen, denn um ihr Vermögen zu retten, vergrößern die Kapitalisten noch die Ueberschwemmung des Auslandes mit Papiermark und erzielen Gewinne auf Kosten der deutschen Währung. Man kann nun allerdings nicht ohne weiteres behaupten, daß das bewußt geschieht, oder ob sie zu diesem Mittel der Vermögensrettung greifen, ohne sich über die Verantwortlichkeit und die Folgen der Allgemeinheit gegenüber klar zu werden.

Schon der Krieg ist von den Unternehmern in seiner Bedeutung als „Opfer forderndes Ereignis" verkannt worden. „Sie nahmen ihn als günstige Gelegenheit, um Geld zu verdienen."[28] Darin wurden sie noch von der Militärverwaltung bestärkt, die zwar die Produktion regelte, aber das Preisproblem zu Gunsten

---

26. G. Cunow: Valutaelend und planmäßige Wirtschaftsorganisation, Neue Zeit Nr. 17/123. 1. 1920.

27. Dr. O. Stillich: Staatsbankerott und Vermögensrettung.

28. Nach Dr. O. Stillich: Die wahren Ursachen unserer Wirtschafts- und Finanznot. Kapitel III.

loses Einkommen. Die Höhe der Dividenden fällt kaum noch ins Gewicht, da die Kurssteigerungen einen viel höheren Gewinn versprechen als selbst die höchsten Dividenden, die absolut kein Beweis mehr sind für die Rentabilität eines Unternehmens.[34] Das Ende des Jahres 1920 bringt statt Besserung noch erhöhte Schwierigkeiten in der Wirtschaftslage infolge Aufhebung der Zwangswirtschaft in einem Augenblick, wo alle Voraussetzungen dafür, vor allem ausreichende landwirtschaftliche Produktion, fehlen. Es ist zwar anzunehmen, daß infolge der freien Wirtschaft die Produktion auf einigen Gebieten steigen wird, aber nicht da, wo es besonders notwendig erscheint, sondern auf den Gebieten, die den Unternehmern den meisten Gewinn versprechen. Dafür wird die Produktion anderer, notwendigerer Waren, deren Herstellung weniger lukrativ ist, zurückgehen, und es wird wiederum eine Erhöhung des Unternehmergewinns und ein Rückgang in der Lebenshaltung der Massen eintreten[35].

Dies wird um so mehr der Fall sein, als die Mark zwar langsam aber stetig sinkt, und zu fürchten ist, daß diese Bewegung sich mit beschleunigter Geschwindigkeit fortsetzen wird. Eine Vermögensumschichtung bahnt sich an, indem die Besitzer der sogenannten „mündelsicheren" Papieren infolge Kursrückganges ihrer Anleihen immer mehr an Substanz einbüßen, während die Besitzer von Sachwerten und Aktien im Gewinn bleiben, denn „der Erwerb von Aktien und Devisen ist ein bequemes Mittel zur Erzielung von Inflationsgewinnen." Aber nicht nur die Kapitalisten sind daran beteiligt, sondern auch der kleine Mittelstand, vor allem die Bankangestellten. Zwar ist an und für sich die Effektenspekulation nicht gefährlich, sie ist sogar in gewissem Sinne ein Schutz gegen eine zu starke Kapitalsüberfremdung, denn sie treibt die Kurse in die Höhe und verhindert dadurch eine überhandnehmende Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen. Bedauerlich ist aber die Tatsache daß das arbeitslose Einkommen nicht mehr, wie früher, auf die Kapitalisten beschränkt bleibt, sondern sich auch auf die arbeitende Bevölkerung ausdehnt und oft genug ihr Arbeitseinkommen übersteigt[36]. Für die Arbeiter liegt in dieser Erweiterung des arbeitslosen Einkommens insofern ein Nachteil, als für sie eine Verminderung desselben ebenso erstrebenswert ist wie eine Heraufsetzung der Löhne, denn durch die Steigerung der Renten müssen notwendig auch die Preise steigen, sodaß die Arbeiter direkt die erhöhten Renten bezahlen müssen[37].

---

34. Abgeordn. Jäckel, 39. Reichstagssitzung vom 30. 11. 1920.
35. Abgeordn. Hertz, 43. Reichstagssitzung vom 7. 12. 1920.
36. Metallarbeiterzeitung Nr. 5 vom 31. 1. 1921.
37. Dr. Potthoff Korrespondenzblatt Nr. 43 vom 22. 10. 21.

Viel gefährlicher ist jedoch die wilde Devisenspekulation, die neben der freien Wirtschaft die Valuta völlig zerrüttet. Zwar hat man die Mahnung: „Mehr Arbeit und mehr Produktion" befolgt, aber den Gewinn hat allein die Privatwirtschaft davon gehabt, während das Reich immer mehr verarmt. Die Regierung setzt die falsche Methode der Anreizung zur Produktionssteigerung durch Geldpramien, die, im Kriege geübt, zum Zusammenbruch führte, fort, anstatt die Landwirtschaft und die Industrie einfach zur Pflichterfüllung zu zwingen, und die Börsenhausse, die trotz des ungünstigen Wirtschaftresultats des Vorjahres 1919 sich fortsetzt, erklärt sich nicht mehr durch die Markentwertung, sondern ist einfach eine Katastrophenhausse, die durch die falschen Regierungsmaßnahmen noch verstärkt wird. In einer Zeit, wo nur eine straffe Organisation der Wirtschaft der Bevölkerung eine annähernd ausreichende Versorgung mit lebensnotwendigen Waren verschaffen könnte, duldet die Regierung noch immer die allein im Interesse der Unternehmer geführte Konkurrenzproduktion, statt diese durch eine gesetzmäßige Kontrolle in eine Planproduktion umzuwandeln.[38] Durch diese Kontrolle ließe sich auch verhindern, daß trotz ungeheurer Gewinne und riesenhafter Dividenden gewisser Unternehmungen die Preise dauernd heraufgesetzt werden, wie es jetzt z. B. in den Papierfabriken der Fall ist.[39] Dadurch entstehen nicht nur wirtschaftliche Schäden, sondern auch die politische Unabhängigkeit der Presse wird gefährdet, denn die finanziell weniger gutgestellten Organe sind kaum noch in der Lage, die Mittel für das notwendige Druckpapier aufzubringen. Ein „großes Zeitungssterben" setzt ein. — Allein die Staatszuschüsse haben ihnen bisher die Möglichkeit ihres Weiterbestehens gegeben, wenn sie aufhören, bedeutet das den Untergang zahlreicher Zeitungen. Diese Zuschüsse würden sich überhaupt erübrigt haben, wenn die Unternehmer ihre Profitgier etwas gezügelt und Preise und Gewinne in erträglichen Grenzen gehalten hätten.. Wie verfehlt überhaupt die Zuschuß- und Prämien-Praxis den Produzentenpreisen gegenüber ist, geht daraus hervor, daß für Ablieferung von 100 000 to. Brotgetreide an das Reich ca. 1,3 Milliarden M. Prämien an die Landwirtschaft gezahlt werden mußten, während bei Einführung der gleichen Menge aus dem Ausland nur ca. 400 Milliarden Mark notwendig gewesen wären trotz der Differenz zwischen Innen- und Außenwert der Mark.[40] Wie stark im Gegensatz zu den Riesengewinnen die Verelendung des Proletariats zunimmt, zeigt sich im Mai dieses Jahres, wo zum erstenmal trotz

38. Metallarbeiterzeitung Nr. 34 vom 20. 8. 21.
39. Abgeordneter Brandes 109. Reichstagssitzung vom 11. 5. 21.
40. Abgeordneter Dr. Hertz, 129. Sitzg. vom 2. 7. 21.

der Geldentwertung ein Rückgang der nominellen Sparkasseneinlagen festgestellt wird. Dabei fällt die Mark weiter, ohne daß besondere Gründe dafür festzustellen sind. D. h. das starke Moment der fortgesetzten Inflation scheint man zeitweise ganz zu vergessen, denn sonst wären Äußerungen wie:[41] „Viel mehr müssen hier wieder Kräfte am Spiel sein, die ein Interesse an der Schwächung unserer Valuta haben", nicht möglich. Allerdings mag die Linkspresse in ihrer Ansicht dadurch bestärkt werden, daß jeder Verlust des Reiches als ein Gewinn der Börse erscheint; die Annahme, daß der Marksturz durch die der Börse nahestehenden Kreise künstlich hervorgerufen wird, liegt also immerhin nahe; es ist jedenfalls verständlich, daß energische Maßnahmen gegen das Spekulantentum und gegen die „Valutafledderer" verlangt werden.[42] Aber man sieht auch ein, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter nur „erfassen und raffen" wollen, und daß keiner mehr bereit ist, zu Gunsten der Allgemeinheit Opfer zu bringen[43], das Wort „Eigentum verpflichtet", ist anscheinend nicht mehr gebräuchlich. Unter diesen Umständen hat auch das Ausland den Eindruck, daß die Finanznot vielen erwünscht ist; es hat daher kein Zutrauen zu dem guten Willen Deutschlands, mit allen Kräften eine Besserung herbeizuführen, und infolgedessen fällt die Mark weiter. So ergibt sich das Resultat, daß die Finanzlage des Reiches trotz besserer Wirtschaftsaussichten sich gegen das Vorjahr noch verschlechtert hat.[44] Wie stark der Einfluß der Devisenspekulation auf den Stand der Valuta und damit der Reichsfinanzen ist, geht schlagend daraus hervor, daß Berlin die Mark niedriger notiert als New-York, d. h. daß das Inland den Währungsverfall beschleunigt, anstatt ihn aufzuhalten, und zwar aus reiner Furcht vor der Entwertung und die dadurch veranlaßte „Flucht aus der Mark". Merkwürdigerweise wird in der folgenden Zeit aber auch das Schwanken der Devisenkurse, ihr kurzfristiges Steigen und Fallen mit „Spekulativen Machenschaften" erklärt,[45] was aber wohl kaum zutreffen dürfte. Es ist im Gegenteil infolge Marksteigerung und Effektenkursrückgang zu Ende des Jahres 1921 eher ein Rückgang in der Spekulation zu verzeichnen, denn man fürchtet die bisherigen Gewinne durch einen Rückschlag wieder zu verlieren und schreitet daher lieber zur Realisierung der noch vorhandenen Gewinne. Im übrigen sorgen die großen Aktiengesellschaften gut für ihre Aktio-

41. Vorwärts vom 24. 7. 21.
42. Vorwärts vom 19. 8. 21.
43. Sozial. Monatshefte v. 29. 8. 21; I. Kaliski: Deutsche Steuer- und Wirtschaftspolitik.
44. Vorwärts vom 15. 9. 21.
45. Vorwärts vom 10. 11. 21.

näre. Sie machen die Politik der Geldaufblähung, zu denen ihnen das Reich das Vorbild liefert, mit, und schlagen den Aktionären nach wie vor dadurch Riesengewinne zu.[46]

Die Konferenz in Cannes[50] bringt wieder eine Markbesserung, aber sie hält nicht an, denn man glaubt nicht an Frankreichs guten Willen gegenüber Deutschland, und die Börse reagiert wieder prompt mit einer starken Steigerung der Effektenkurse; auch das Ausland tritt wieder als Käufer auf, eine erneute Börsenhausse setzt ein mit verstärkter Flucht aus der Mark in die Sachwerte. Industrie und Handel müßten sich erneut gegen weitere Verschlechterung der Mark zur Wehr setzen, aber nichts dergleichen geschieht. Statt dessen soll eine neue Devisenverordnung[47] wenigstens eine Behinderung und Erfassung der Spekulationsgewinne bringen. Aber die Mark rast trotzdem abwärts, die „kranke Konjunktur setzt sich fort, es blüht das Elendsgeschäft[48], die Messen zeitigen große Erfolge, die deutschen Fabrikanten sind wieder teilweise „ausverkauft", das Preisfieber nimmt natürlich wieder zu und mit ihm der Unternehmergewinn; während die erneute Preissteigerung das Elend der Massen noch verstärkt. „Abgesehen von Schiebern und Kriegsgewinnlern leidet das ganze Volk Not! — —[49], während die Besitzer von Substanzwerten um so reicher werden, je mehr die Sachwerte im Verhältnis zur sinkenden Mark steigen. Sozialisierung oder aber wenigstens Beteiligung der Allgemeinheit an den Sachwerten wäre volkswirtschaftlich ungefährlich und dabei finanzpolitisch sehr zweckmäßig, denn dadurch würde eine Deckung für die Staatsschulden geschaffen, und wahrscheinlich ein Stillstand in der Markentwertung erreicht werden können.[51] Man hätte damit aber gleichzeitig die Möglichkeit einer Konrolle über die Preisfestsetzung, während die jetzige Preissteigerung dem Wucher schon bedenklich nahe kommt, und die Preise sich absolut nicht nach den Produktionskosten richten, sondern von den Kapitalisten nach dem Valutastand festgesetzt werden. Sie eilen sogar für lebensnotwendige Waren der Markentwertung noch voraus und beschleunigen diese dadurch noch mehr. Ebenso könnten die teilweise ganz unnötigen Kapitalserhöhungen und Neuausgaben von Aktien überwacht und evtl. verhindert werden, denn sie dienen nicht der Produktionserweiterung, sondern verwässern das Aktienkapital und wirken dadurch ebenfalls inflationistisch.

---

46. Vorwärts vom 5. 1. 22.
47. In Kraft tretend am 1. 3. 22.
48. Vorwärts vom 6. 3. 22.
49. Abgeord. Scheidemann, 163. Reichstagssitzung vom 30. 1. 22.
50. Januar 1922.
51. Abgeordn. Bernstein, 188. Reichstagssitzg. v. 16. 3. 22.

Besitz von Aktien bedeutet nicht mehr Geldmacht, denn auch sie haben durch die Marksenkung an Wert eingebüßt, trotz der ziffermäßig hohen Kurse, sondern lediglich Mittel zu Spekulationszwecken. An bedeutenden Unternehmungen haben die deutschen Aktionären ihren Einfluß zu Gunsten von Ausländern schon fast völlig verloren, die mit verhältnismäßig geringen Mitteln infolge ihrer Valutaüberlegenheit leicht ganze Aktienmajoritäten erwerben können.[52] Ganze Kohlengruben sind auf diese Weise bereits in ausländische Hände gelangt, wieder ein Zeichen für Deutschlands zunehmende Verarmung, und trotzdem werden durch die Reparationen Leistungen verlangt, die garnicht erfüllt werden können bei der starken Verminderung des Volkseinkommens. Noch mehr aber drücken die Sachleistungen, denn Deutschland produziert schon sowieso weniger, als es selbst braucht, und es ist fast undenkbar, daß es die Massenablieferung von Produkten und Kohlen an die Entente ertragen soll.[53] Es ist garnicht möglich, die Produktion zu erhöhen, denn infolge des niedrigen Valutastandes ist an eine größere Rohstoffeinfuhr nicht zu denken, besonders da trotz dauernder Arbeit der Notenpresse Kapitalmangel herrscht und eine Auslandanleihe bei dem berechtigten Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht zustande kommen kann. Nun ist zwar die Lage der Industrie insofern nicht ungünstig, als sie infolge sinkender Mark voll beschäftigt ist, sodaß im Sommer 1922 die Gewerkschaften einen seltenen Tiefstand der Arbeitslosigkeit aufzuweisen, aber die Gefahr einer Absatzkrise tritt ein, sobald durch irgend ein Ereignis ein Steigen der Mark erfolgt. Das Eintreten dieser Krise aber wird beschleunigt durch die „unsinnige Preispolitik"[54] in Industrie und Landwirtschaft, die die Kaufkraft des Inlands lähmt und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erschwert, denn die Ursache der Teurung ist nicht die Inflation, sondern „die ungeheure Vermehrung der Kapitalprofite seit Krieg und Revolution!"[55] Jedenfalls ist es danach klar, daß weder die Industrie noch die Kapitalisten überhaupt ein Interesse an der Markbesserung haben, vor allem nicht die Unternehmer mit großem Auslandsexport. Denn sie ziehen den Vorteil aus der Kursdifferenz und hätten bei steigender Mark wieder die Konkurrenz des Auslands zu fürchten, da sich bei steigendem Markkurs die Produktionskosten erhöhen würden und vielleicht Waren zu niedrigeren Preisen importiert als im Inland hergestellt werden

52. Vorwärts vom 18. 5. 22.

53. Metallarbeiterzeitung Nr. 30 vom 29. 7. 22.

54. Korrespondenzblatt Nr. 25 vom 24. 6. 22.

55. I. Borchardt: Haben wir noch Inflation? Betriebsrätezeitung Nr. 23 vom 8. 10. 1922.

könnten. Denn die Produktionsmittel haben unter dem Raubbau der letzten Jahre gelitten und lassen sich in Bezug auf technische Durchbildung mit denen des Auslandes nicht vergleichen. Die Geldentwertung ist kein Zufall, sondern sie ist in Deutschland die einzige Methode, womit das Kapital in seiner heutigen Verfassung sein Bedürfnis nach Steigerung der Produktion befriedigen kann.[56]

Dagegen wird von anderer Seite[57] behauptet, daß die täglich neufließenden Papiergeldmengen zum Stillstand gebracht werden müssen, um die Preisschraube stillzulegen, denn nur so könne Deutschland wieder Herr seiner Finanzen werden. Danach würden sich also die Interessen des Reiches und der Privatwirtschaft als Gegensätze gegenüberstehen, was eigentlich nicht recht zu verstehen ist. Ebenso erscheint es unverständlich, daß ein Moratorium zur Durchführung der Stillegung evtl. mit Beteiligung französischen Kapitals an der deutschen Industrie gefördert wird, nachdem vorher gegen die „Ueberfremdung" durch ausländische Kapitalbeteiligung an einheimischen Unternehmungen ziemlich scharf polemisiert worden ist. Das Moratorium wird Deutschland, wie ziemlich sicher erwartet, nicht gewährt, die Inflation wird fortgesetzt, die Mark sinkt, und „die Katastrophe des Währungsverfalls wird mit überraschender Geschwindigkeit auf die breite Masse abgewälzt"[58]. Zwar erhebt sich überall Protest gegen Wucher und Teurung, und Kundgebungen dagegen finden statt, aber selbstverständlich mit negativem Erfolg. Nicht Preisherabsetzungen, sondern Betriebseinschränkungen infolge mangelnder Kaufkraft des Inlands treten ein, da die Unternehmer glauben, sich dadurch am besten gegen Verluste schützen zu können. Dazu herrscht bei angestrengtester Arbeit der Notenpresse auch noch Zahlungsmittelknappheit, und trotzdem erneute Börsenhausse, die wieder, wie immer in Zeiten des Markrückganges, erhebliche Kurssteigerungen zur Folge hat."[59] Es ist klar, daß die äußerst gesteigerte Notenproduktion der Reichsbank in weiten Kreisen das Mißtrauen gegen die Mark verstärkt und zur Valutahamsterei angeregt hat," und auch die Kurssteigerungen erstrecken sich hauptsächlich auf Valutapapiere, während der Inlandsaktienmarkt infolge der Zahlungsmittelknappheit verhältnismäßig ruhig bleibt. Aber trotz der Kapitalknappheit setzt sich die Verwässerung des Aktienkapitals fort, um den Aktionären Gewinn in verstärkter Form zu gewähren. Die Großhandelspreise halten mit der Dollarsteigerung Schritt, und der Gewinn der Un-

56. s. Borchardt: Wer hat ein Interesse an der Hebung des Markkurses? Betriebsrätezeitung.

57. Vorwärts vom 16. 2. 22.

58. Vorwärts vom 22. 8. 22.

59. Vorwärts vom 7. 10. 22.

ternehmer wächst derartig, daß der Ausfall an Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger durch das Anwachsen der ihrigen vollkommen ausgeglichen wird.[60]

Die Anpassung der Preise an die Kurssteigerungen der hochwertigen Valuten wird durch die Goldkalkulation der Privatwirtschaft erreicht, d. h. sie wälzt, da die Löhne weiter in Papiermark berechnet und bezahlt werden, alle durch die Geldentwertung entstehenden Verluste von den Produzenten auf die Konsumenten ab.

Die Preise rasen mit den Devisen aufwärts, und die Aktienkurse schließen sich trotz pessimistischer Stimmung der Börse infolge der Ruhrbesetzung an. Riesengewinne werden eingeheimst, die Vermögensumschichtung ist in vollem Gange. Der Industrie gelingt es dieses mal nicht mehr, Vorteil aus der Markentwertung zu ziehen. der Beschäftigungsgrad bewegt sich in absteigender Linie, und die Arbeitslosigkeit nimmt dementsprechend in den letzten Monaten[61] dauernd zu. Durch Markstützungsversuche der Reichsbank und Krediteinschränkung gelingt es, den Markkurs vorübergehend zu heben, und die Großhandels- und Aktienkrise zu senken, aber ehe die Kleinhandelspreise sich in der gleichen Richtung zu bewegen beginnen, setzt schon eine neue Steigerung ein, denn gleichzeitig mit ihren Markstützungsversuchen emittiert die Reichsbank unausgesetzt Riesenmengen von Banknoten und arbeitet dadurch ihren eigenen Maßnahmen entgegen. Jetzt sind sogar diejenigen Kreise, die früher ein Interesse am Rückgang der Mark hatten, eifrige Verfechter einer Markstützungsaktion, denn der Warenabsatz sinkt dauernd und Elend und Arbeitslosigkeit steigen. Noch wollen die Unternehmer nicht einsehen, daß nur ein Preisabbau der Wirtschaftsstagnation ein Ende machen kann, „Nur um Gotteswillen kein Preisabbau –"[62] ist noch immer ihre Devise. Vor die Wahl gestellt, ziehen sie Betriebseinschränkungen dem Preisabbau vor und vermindern dadurch die Kaufkraft der Massen und das Arbeitseinkommen weiter. Es gibt eben nur zwei Möglichkeiten: Entweder bei steigendem Dollarkurs erhöhte Preise, Löhne und Gehälter, oder bei steigender Mark rücksichtslosen Preisabbau, um den Konsum zu steigern und die Betriebe rentabel zu erhalten. Die Betriebseinschränkungen sind an sich ein Mittel, diesen Preisabbau zu umgehen, denn ihre Begründung durch Kapitalmangel ist unzutreffend, da überall für Aktienankäufe fremder Unternehmungen genügend Mittel vorhanden sind. Ein Vergleich zwischen der prozentualen Steigerung der Aktien und der Arbeiterlöhne zeigt,

60. Vorwärts vom 14. 12. 22.
61. Ende 1922 bis Anfang 1923.
62. Vorwärts vom 29. 3. 1923.

die letzteren hinter den ersteren weit zurückbleiben. Dage-
ist der Realwert der Dividenden und ihr Anteil an den Ge-
tausgaben der Unternehmungen ungefähr im gleichen Pro-
satz gesunken wie der der Löhne, ein weiteres Anzeichen,
ir, daß die Gesellschaften, um ihren Gewinn zu verheimlichen,
„übersteigerte Sachwertbeschaffung" betreiben,[63] d. h. es
delt sich offenbar bei der Veröffentlichung um „frisierte Divi-
den".[64] Die Erbitterung über die „Nutznießer der Notlage"
Inland ist naturgemäß groß. Die Wirtschaft treibt bewußt
nsive Produktionspolitik nach dem Grundsatz: „Wie kann
die Markentwertung am besten für mich ausnützen?"[65] statt
h intensive Produktion ihrerseits an der Markstützung mitzu-
en. Das wäre wohl möglich, da trotz Zerrüttung der Staats-
nzen der Wirtschaftapparat an und für sich intakt ist; er
nte reibungslos arbeiten, wenn nicht Industrie, Handel, Ban-
und Landwirtschaft, statt sich zu gemeinsamer, planvoller
eit zusammenzuschließen, nur den eigenen Vorteil suchen wür-
[66]. Dadurch wird eine allgemeine Produktionssteigerung nicht
erschwert, sondern direkt verhindert, und die werkschaffenden
ssen müssen aus Mangel an Arbeitsmöglichkeit darben. Der
rtschaft kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich
sismus betreffend die Währungs- und Wirtschaftsfragen viel
früh widerstandslos hingegeben und sich der Not des Reiches
der Massen gegenüber vollkommen passiv verhält. „Aber mit
sivität bekämpft man keine Not, sondern steigert man die Not
Verzweiflung!"[67] Sie versucht nicht einmal, von sich aus
Finanzlage des Reiches aufzuhelfen, trotzdem sie im Durch-
nitt mit Geldmitteln außerordentlich flüssig ist und starke Ex-
sivpolitik treiben kann, während das Reich dauernd unter
schlimmsten Geldknappheit leidet. Die Industrie erklärt sich
r zum Schein einmal bereit,[68] dem Reiche einen größeren Kre-
einzuräumen, aber sie stattet dieses Angebot mit derartigen
ingungen aus, daß es für das Reich unannehmbar ist. Die
vatwirtschaft kommt nicht einmal ihren Verpflichtungen als
uerzahler nach, sondern sie schädigt durch Kapitalflucht ins
sland, Verschleierung von Gewinnen und verspätete Steuer-
lung den Staat um große Summen. Sie zeigt für das Elend
Massen kein Verständnis, und treibt auf Kosten der Arbeiter

63. Vorwärts vom 16. 5. 23.
64. Metallarbeiterzeitung vom 26. 5. 23. Nr. 21.
65. Abgeordneter Aufhäuser, 350. Reichstagssitzung vom 7. 6. 23
66. Betriebsrätezeitung Nr. 19 v. 15. 9. Sonder: „Das Ende der Mark."
67. Dr. R. Solmann: Großstadtnot u. Großstadtfinanzen, Neue Zeit
5 vom 10. 6. 23.
68. Kreditangebot der Industrie v. Juni 1923.

durch Hungerlöhne eine Exportpolitik, die ihr große Gewinne bringt, das Inland von den lebensnotwendigen Waren entblößt, die Preise bis zur Sinnlosigkeit hinauftreibt, die Mark immer von neuem bedroht und stürzt und dadurch das Zentralinstitut zur weiteren Inflationspolitik treibt, während die Industrie allein $^1/_4$ der gesamten Staatsausgaben ohne Gefahr für ihre Rentabilität tragen könnte und müßte.[69]

Ueberleitung zum 2 Hauptteil.

Die Vorwürfe der Sozialdemokratie richten sich aber nicht ausschließlich gegen die Privatwirtschaft, sondern gelten im gleichen Maße dem Tun, und vielleicht noch mehr dem Lassen, der Regierungen unter dem alten und neuen Regime. Sie sieht die erste Veranlassung zur Inflation einmal in der Aufhebung des Banknotengesetzes, der Dritteldeckung und des Einlösungszwanges,[70] zum andern in der falschen Finanzpolitik des Krieges, den wachsenden Bedarf des Reiches statt durch erhöhte und vermehrte Steuern durch langfristige Anleihen zu decken, d. h. die schwebende Schuld des Reiches ohne Berücksichtigung der Folgen dauernd zu steigern, und die daraus resultierenden Schäden noch durch eine, wenn auch nur langsam steigende Notenvermehrung zu verstärken. In dieser Form der Bedarfsdeckung ist nach dem Sturz der Regierung und Aufrichtung der Republik nicht nur keine Aenderung eingetreten, sondern man hat diese falsche Finanz- und Steuerpolitik in verstärktem Maße fortgesetzt und dadurch Inflation in einer Ausdehnung betrieben, wie sie nicht einmal die französische Republik in der Zeit der berüchtigten Assignaten und der Mandats Territoriaux gekannt hat. Dazu kommt noch, daß die Reichsbank durch ihre Kreditpolitik die Spekulation auf den Marksturz fördert,[71] statt sie zu hemmen und daß die Zwangsablieferung und Erfassung der Auslandsdevisen viel zu spät einsetzte und infolge mangelhafter Kontrolle dann auch noch völlig versagte. Diese Vorwürfe faßt Dr. Hertz[72] folgendermaßen zusammen: „Die Zerrüttung der deutschen Finanzen hat im Krieg begonnen. - - — Aber die Entwicklung der letzten Wochen ist eine schwere Anklage gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung — !" Vor allem ist es aber die Steuerpolitik, die die Unzu-

---

69. Dr. A. Heichen: Staatsfinanzen und Privatwirtschaft im Ruhrkampf, Neue Zeit Nr. 7 vom 10. 7. 23.

70. 4. 8. 1914. RGBl. I. Nr. 53 S, 327/1919

71. Durch Gewährung von langfristigen Papiermarkkrediten.

72 Reichstagssitzung Nr. 337 vom 19. 4. 23.

friedenheit und den Widerspruch der Sozialdemokratie immer und immer wieder hervorruft, ihre Presse beschäftigt sich eingehend damit, einen großen Teil der Reichstags- und Nationalversammlungssitzungen füllen Steuerdebatten und Kämpfe für und gegen direkte und indirekte Steuern aus, die doch schließlich alle vergeblich sind und an dem Währungsniedergang nichts mehr zu ändern vermögen. Es bleibt aber noch festzustellen, inwieweit die Sozialdemokratie dem Niedergang der Mark durch ihre Einstellung zu den Steuerfragen entgegengearbeitet hat oder entgegenarbeiten wollte, ob sie ihn hat beschleunigen helfen, und inwieweit sich daraus eine Berechtigung für die erhobenen Vorwürfe herleiten läßt.

II. Steuerpolitik und Steuerungerechtigkeit.

1. Preissteigernde Steuern.

II 1a) Bereits im Januar 1915 wird bei Aufstellung der ersten „Kriegsrechnung" festgestellt, daß infolge des Mehraufwandes für Heer und Marine die Ausgaben des Reiches die Einnahmen überschreiten.[1] Doch ändert sich trotzdem vorläufig an der Steuererhebung nichts, die Veranlagung geschieht ganz allgemein nach den Friedenseinkommen auch für Kriegsteilnehmer; aber schon im Februar 1915 wendet sich eine sozialdemokratische Versammlung in Braunschweig an die Reichstagsfraktion und stellt unter anderem die Forderung nach Einführung einer Reichseinkommens- und Vermögenssteuer auf, um den dauernd wachsenden Staatsausgaben das Gleichgewicht zu halten.[2] Allerdings ist man andererseits im allgemeinen mit den erhöhten Steuerzuschlägen der Gemeinden absolut nicht einverstanden, denn sie bedeuten für die Lohn- und Gehaltsempfänger eine nicht gern getragene Last, die zudem noch zu wachsen droht, denn: „Die Steigerung der Schuldenlast des Reiches durch den Krieg erscheint trotz Deutschlands Reichtum verhängnisvoll, und der Steuer-druck wird wahrscheinlich noch zunehmen".[3] Dagegen findet sich schon sehr bald der Vorschlag einer Kriegsgewinnsteuer, um die „Riesenverdienste in Industrie und Handel"[4] zu erfassen, und der Einführung einer progressiven Junggesellensteuer, wie sie in einzelnen Städten Sachsens[5] als Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer bereits be-

1. Vorwärts vom 3. 1. 1915.
2. Vorwärts vom 1. 3. 1915.
3. Vorwärts vom 2om 28. 3. 1915.
4. Vorwärts vom 2. 5. 1915.
5. Z. B. Reichenbach.

steht, wird ebenfalls zugestimmt. Im übrigen sucht man sich damit ein wenig zu trösten, daß auch in den übrigen am Kriege beteiligten Ländern die Steuerschraube angezogen wird; so verweist der Vorwärts auf einen Apell an den englischen Steuerzahler, daß schließlich jeder die Hälfte seines Einkommens dem Staat würde opfern müssen, während an eine Steuer in solcher Höhe in Deutschland überhaupt nicht gedacht werden kann. Vorläufig beschränkt sich die Erhöhung der Steuern noch auf geringe prozentuale Erhöhung der Einkommenssteuer der Länder, die natürlich uneinheitlich sind, sowie auf erhöhte Zuschläge seitens der Gemeinden, die ebenfalls, wie auch bereits vor dem Kriege, ja nach dem Umfange des Stadtsäckels und der an ihn gestellten Ansprüche differieren. Schon zu Beginn des Jahres 1916 stehen jedoch neue Steuern in Aussicht, deren Einführung unliebsam bemerkt wird. So verspricht sich der Vorwärts von einer Förderungssteuer für Bergwerksprodukte zwar eine Einnahme für den Staat, aber auch eine Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kohlensyndikat, d. h. Abwälzung der Steuern auf die Verbraucher durch diese „einfachste Methode der Steuerabschüttelung!“[6] Er teilt diesen Standpunkt merkwürdigerweise mit den Industriellen in Rußland, die eine Kriegsgewinnsteuer vermieden sehen wollen, da diese „nur einen neuen Antrieb zur Erhöhung der Preise bei Kriegslieferungen bilden würde!“[6]

Inzwischen wird jedoch bereits ein Rückgang der Steuereinkünfte gegen 1914 konstatiert, denen von Seiten der Gemeinden durch erhöhte Steuerzuschläge Rechnung getragen wird. Nun sind es aber nicht mehr allein die Massen, die dagegen murren, sondern auch die großen Steuerzahler zeigen sich nicht erbaut über die Erhöhungen speziell der Vermögenssteuern. Eine Vereinheitlichung der Einkommensteuer, die einen Ausgleich der Höhendifferenzen bringen würde, scheitert vorläufig an dem Widerstand der einzelnen Staaten, denen man in Ansehung ihrer Verdienste dem Reich gegenüber diese Einnahmequelle nicht nehmen will.

Die geplanten indirekten Steuern, vor allem die Tabaksteuer,[7] würden viel schwerer auf den breiten Massen lasten als auf den Besitzenden, während die ebenfalls neu einzuführende Kriegsgewinnsteuer[8] völlig ungenügend ist und auf 75 % erhöht werden müßte. Protestkundgebungen von seiten der Sozialdemokratie sowie der Unternehmer- und Händlerverbände gegen die erhöhte Tabaksteuer haben insofern Erfolg, ebenso wie die Proteste der

6. Vorwärts vom 14. 1. 1916.

7. Tabaksteuer-Gesetzänderung vom Februar 1916. RGBl. S. 793.

8. Kriegsgewinnsteuergesetz RGBl. I. S. 136/561. Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Sozialdemokratie gegen „neue indirekte Steuern", als sie vom Steuerausschuß des Reichstages abgelehnt werden. Statt dessen beantragt die Einführung einer Erbschaftssteuer und stimmt einer Kriegseinkommenszuwachssteuer, die von der Rechtspresse bekämpft werden, zu, wendet sich aber gegen eine geplante Umsatzsteuer, „da diese die Tendenz habe, die Warenpreise zu steigern!"[9] Dagegen nimmt die Sozialdemokratie Stellung gegen den statt der Kriegsgewinnsteuer erhobenen Wehrbeitrag, der statt der Besitzenden die kleinen Sparer und Gewerbetreibenden trifft, und verlangt eine schärfere Besteuerung der physischen Personen. Im ganzen vertritt sie den Standpunkt Haases, daß für sie „nicht nur die Art der Steuererhebung, sondern ihr Verwendungszweck bei Bewilligung oder Ablehnung maßgebend sei."[10] Uebrigens wird immer wieder auf England verwiesen, wo sich die progressive Einkommensteuer bis zu 60 % steigert und trotzdem kein Hindernis für die Entwicklung der Industrie zu sein scheint. Die Klagen der deutschen Industriellen über die hemmenden Wirkungen einer hohen Einkommensteuer können also wohl kaum zutreffen. Hohe Steuern sind solange ungefährlich für Kapitalbildung und Produktion, wie sie nicht das Interesse an der Unternehmung durch Verschlingen des ganzen Reingewinnes töten, und davon kann in Deutschland überhaupt noch keine Rede sein; sondern die Produktion kann eine Erhöhung der Steuern ohne Schwierigekiten tragen,[11] besonders da sie einen erheblichen Teil derselben mit Leichtigkeit auf die Konsumenten abwälzt. Diese Abwälzung wird zwar auch eine Steigerung der Preise hervorrufen, aber sie würde sich wahrscheinlich in erträglichen Grenzen halten, während die fortwährend erhöhten und neueingeführten indirekten Steuern eine unerträgliche Belastung für die Massen darstellen. —

Schon im November 1917 wird dann in einem Artikel des „Vorwärts" dargelegt, daß es zwar rühmlich für die Kriegsfinanzierung sei, daß die Anleihen in ewigen oder wenigstens langfristigen Renten begeben werden konnten, daß aber die Höhe und Anzahl der Anleihen gleichzeitig einen Beweis bilden für das völlige Versagen der auf indirekten Steuern beruhenden Finanzwirtschaft des Reiches im Kriege. Es ist also unbedingt notwendig, von dieser Form der Besteuerung ab, und zu vermehrten, direkten Steuern überzugehen, wozu eine Besteuerung der Industrie, wie sie bereits im Steuerausschuß des Reichstages vorgeschlagen ist, recht geeignet erscheint.[12] Zum ersten Male

9. Vorwärts vom 17. 4. 1916.
10. Vorwärts vom 30. 5. 1916.
11. Vorwärts vom 13. 8. 16.
12. Februar 1918.

taucht auch der Plan einer Vermögensabgabe jetzt auf, um di
der Kampf sich jahrelang hinzieht und die von den Sozialdemokra
ten ebenso lebhaft befürwortet, wie von den Besitzenden verur
teilt wird. — Von dem „Steuerbukett" des Jahres 1913 ist di
wichtigste die Umsatzsteuer, die in Höhe von 5 % auf alle ge
gen Entgelt ausgeführten Leistungen und Lieferungen gelegt
werden soll und mit recht gemischten Gefühlen angesehen wird.
Allgemeine Freude erweckt dagegen in den linksgerichteten Kr
sen die Börsensteuer von 3 %, die insofern als besonders gerech
begrüßt wird, weil das Proletariat absolut nichts damit zu tun ha
und sie lediglich den Kapitalisten auferlegt wird.[13] Indes werden
die neugeplanten, indirekten Steuern jetzt auch von der rechts
gerichteten Presse verurteilt, da man sie für unergiebig hält u
durch sie eine starke Belastung der Minderbemittelten fürchte
während sofort wirksame, ertragreiche und gerechtere Besteue
rungsmöglichkeiten, wie z. B. Erbschafts- und Dividendensteuer
wiederum unbenutzt bleiben soll.[14] Die Vorbereitung eines Ge
setzes gegen die Steuerflucht in Verbindung mit der Ausarbeitung
der neuen Steuergesetze ist eine Notwendigkeit und wird wahr
scheinlich ebenfalls zu einer Erhöhung der Staatseinnahmen füh
ren helfen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die vorgesehenen
Steuern zur Deckung der schwebenden Schuld in Höhe von 3
Milliarden ausreichen werden. Zur Ergänzung sowie zur Effek
tivverminderung der Anleihen, durch die die Reichsbank wieder
diskontfähig gemacht werden kann, ist eine Vermögensabgabe
nach dem Kriege unbedingt erforderlich.[15] — Der 9. November
bringt den Umsturz eine neue Regierung, aber der Finanzbe
darf bleibt nicht nur bestehen, sondern wächst infolge zunehmen
der Inflation, Preiserhöhungen und vermehrter Staatsausgaben
für Reparationen, erhöhte Beamtengehälter, Pensionen, Renten
und Zahlungen von Arbeitslosenunterstützungen ungeheuerlich
an; und so kann der Vorwärts nach wenigen Tagen feststellen,[16]
daß „der Vorschlag einer achtzigprozentigen Steuerabgabe einen
Vorgeschmack künftigen Steuerfreuden gibt!". Der Dezember
bringt bereits neue Steuerprojekte, deren Ziel der Ausbau der
direkten Steuern bildet.

Es ist auffallend, daß die Sozialdemokratie sich leichter zu
Steuerzahlung- und -Bewilligung bereit findet, als Angehörige
anderer Parteirichtungen, trotzdem das Proletariat im Allgemeinen
viel härter von den Steuern bedrückt wird, als die Kapitalisten

13. Vorwärts vom 18. 4. 18.
14. Vorwärts vom 20. 4. 1918.
15. Vorwärts vom 6. Juli 1918.
16. Vorwärts vom 16. November 1918.

Nur gegen die Form der Steuererhebung wehrt sie sich in jedem Fall[17]. „Der verhaßte, fiskalische Steuerdruck ist nur die notwendige Folge der ungesunden und heuchlerischen Methoden, Ordnung in die Finanzen zu bringen. Weil man nicht genügend nimmt, nimmt man zu viel, weil man Vorrechte schonen will, geht man an falscher Stelle übertrieben und rücksichtslos vor, dagegen entzieht sich das Großkapital unauffällig seinen Pflichten!" Das heißt, daß die Sozialdemokratie sich nicht gegen die Steuererhebung überhaupt wenden, sondern daß sie lediglich eine gerechte Verteilung der Steuern anstreben will, die jeden Einzelnen im Verhältnis seiner Zahlungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit trifft, statt den Besitzlosen die schlimmsten Lasten aufzubürden und die Besitzenden nach Möglichkeit zu schonen. Dieses Bestreben nach Steuergerechtigkeit findet sich ausgedrückt in allen Steuerdebatten der Inflationszeit und ist an sich entschieden zu billigen, wenn man es ab und zu auch übertreibt oder sich in der Wahl der Mittel zur Erreichung des Zieles manchmal vergreift. Daß der Staat erhöhte Beamtengehälter, Arbeitslosenunterstützungen, Rentenerhöhungen, nicht ohne Vermehrung der Einnahmen zahlen kann, ist klar, ebenso, daß eine Deckung des verstärkten Bedarfs durch die Notenpresse allein die Finanzen immer stärker zerrütten und schließlich zum Bankrott führen muß, denn[18] „Der verschuldete Steuerstaat wird nie ordentlich wirtschaften lernen." Die Einnahmen des Staates müssen also, um ihn lebensfähig zu halten, erhöht werden; da in einem Staate, dessen Wirtschaft durch einen Krieg ungünstig beeinflußt ist, eine Erhöhung der Zölle kaum einen nennenswerten Betrag bringen dürfte, bleibt als einzige Hilfsquelle Neuerhebung bezw. Ausbau bereits bestehender Steuern. Eine rechtzeitig zufassende Kriegsgewinnsteuer hätte dem Reiche manche später unumgängliche und viel schwerer drückende Steuer ersparen können, doch läßt sich die Unterlassungssünde nicht wieder gutmachen und die notwendigen Steuern müssen getragen werden. Selbst bei äußerster Sparsamkeit aller Ausgaben ist eine scharfe Steuergesetzgebung nicht mehr zu umgehen, angesichts der nicht zu leugnenden Finanznot Deutschlands. Ob allerdings die schärfste Anziehung der Steuerschraube genügen wird zur Deckung des Etats, bleibt fraglich, denn: „Deutschland steht bereits in einem Finanzwirrwarr, der hoffnungslos aussieht, und die Aufbringung der notwendigen

---

17. d. h. sie steht nicht allen Steuerarten mit der gleichen Bereitwilligkeit gegenüber, sondern scheidet dabei scharf zwischen direkten und indirekten Steuern.

18. R. Goldscheid, Sozialis. der Wirtschaft oder Staatsbankrott, Einleit.

19. dto. Kap. 12.

Einnahmen ist ziemlich ausgeschlossen."[20] Allein aus dem F
densvertrag erwachsen für das Steuerjahr 1919 Unkosten im Betr
von 17 Milliarden, von denen 12 Milliarden aus Steuern zu dec
sind, und zwar beabsichtigt die Regierung unter anderem eine An
indirekter Steuern, nämlich Roggen, Tabak- Zucker- Vergnügu
Kohlensteuer, das heißt, statt die Besitzenden zur Deckung die
Betrages in erhöhtem Maße heranzuziehen, werden wieder
Preise infolge dieser Steuern erhöht und die Lebenshaltu
kosten für die Massen weitergesteigert. Vor allem erscheint
Zuckersteuer undurchführbar. Diese neuen Steuern kommen au
dem viel zu spät, zudem ist ihre Durchführung mangelhaft. Be
rung verspräche die Einführung einer Reichsabgabenordnung
Stelle der noch bestehenden Landessteuern,[21] vor allem bei
direkten Steuern, die bei straffer Durchführung größeren Er
in Aussicht stellen und weniger schädlich wirken, als die ges
ten Verbrauchssteuern, die das Volk für künftige Leistun
schwächen. Es ist ein untragbarer Zustand, daß der Ertrag de
direkten, den der direkten Steuern übersteigt.[22] Jede Steuer,
die Besitzenden belastet, stellt eine Maßnahme zur Entlast
der Massen dar und ist ein Schritt auf dem Wege zur Steue
rechtigkeit, dazu gehört z. B. die Luxussteuer, die ebenfalls r
das Jahr 1919 bringt.

Es werden jedoch auch Steuern eingeführt, die die Bevö
rung belasten, ohne dem Staate überhaupt zu nutzen, und
gehört die Kohlensteuer.[23] Verbrauchssteuern pflegen ganz a
mein von den Unternehmern auf die Konsumenten abgewälz
werden, und so geschieht das auch hier. Die Massen müssen
durch höhere Preise für Hausbrand sowie für produzierte G
die Steuer anstelle der Grubenbesitzer tragen. In diesem
gehört auch der Staat zu den Konsumenten, und zwar ben
er für Reichsbahnen allein ca. $^1/_6$ der gesamten deuts
Kohlenförderung. Da die Kohlenpreiserhöhungen zur Höhe
Steuer sich verhalten wie 6:1, stellt es sich heraus, daß
Reich den Gesamtbetrag der Kohlensteuer den Unternehmer
Gestalt der höheren Preise wieder zurückzahlt, das heißt, das
gebnis dieser indirekten Steuern ist einerseits für den Staat g
Null und besteht andererseits darin, daß die Unternehmer da
eine Berechtigung zu einem Preisaufschlag herleiten, der
Lebenshaltungskosten für die Bevölkerung erhöht.

---

20 Abgeordn. Wurm, Sitz. d. Nationalversammlung vom 11. 1. 19.
21. Abgeordn. Keil, 50. Sitz. d. Nationalversammlung vom 8. 1.
22 Abgeordn. Wurm, 78. Sitzung d. Nationalversamml. vom 13.
23. Metallarbeiterzeitung vom 10. 5. 20 Nr. 15.

Es zeigt sich, daß die Einnahmen, trotz aller neuen Steuern noch immer von den Ausgaben überstiegen werden, der versteckte Staatsbankrott ist bereits da, aber auch die Länder und Gemeinden werden nun mit hineingerissen infolge der Steuerzentralisation, denn sie sind vom Reich abhängig und fast gänzlich auf seine Steuerzuweisungen[24] angewiesen. Es werden also immer wieder neue Verbrauchsteuern erhoben, um das Loch zu stopfen, aber alles vergeblich, denn die Verschuldung des Reiches nimmt zu, das Defizit im Haushalt läßt sich nicht ausgleichen trotz aller Steuern, und die Notenpresse als einziges Hilfsmittel druckt weiter. Die „allgemeinen Verfallserscheinungen" mehren sich, und die Arbeiterschichten sollen durch weiter erhöhte Steuern das ersetzen, was durch Schiebung und Kapitalflucht ins Ausland von Steuern verloren geht. Während es gelingt, den ordentlichen Etat ungefähr zu balancieren, bleibt der außerordentliche Etat ungedeckt, ebenso der Haushaltsplan der Reichsbetriebe; es ergeben sich an Fehlbeträgen: 16 Milliarden für den ordentlichen Etat, 50 Milliarden für den außerordentlichen, 18 Milliarden für den Etat der Verkehrsbetriebe; d. h. entweder: der Notenumlauf muß wiederum um 78 Milliarden M. erhöht werden, da auf eine andere Deckungsmöglichkeit (durch Steuern) kaum zu rechnen ist, oder aber „Eisenbahn und Post müssen saniert und Deutschland durch alleräußerste Sparsamkeit vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden."[25] Wie man sich diese Sparmaßnahmen vorstellt, ist nicht weiter ausgeführt, und die Regierung zieht es schließlich vor, zu dem bequemen Mittel der Notenvermehrung zu greifen, da die Aufbringung des Betrages durch Steuern aussichtslos erscheint und „es auf ein paar Milliarden mehr oder weniger nicht mehr ankommt." Zwar erkennt man bereits, „daß die Finanzlage des Reiches trostlos ist und eine Besserung nur durch äußerste Anspannung der Steuern erreicht werden kann,"[26] aber man fürchtet die Mißstimmung aller Bevölkerungskreise, und wagt noch nicht, wirklich zuzufassen, sondern sucht immer wieder Zuflucht bei unlohnenden Verbrauchssteuern, die mehr Unkosten als Einkünfte bringen und auf eine Belastung der Massen hinauslaufen. „Die ganze Steuergesetzgebung ist bisher weiter nichts als eine Belastung der arbeitenden Schichten innerhalb der Gesellschaft!"[27]

---

24. Abgeordn. Puckta, Sitzg. vom 22. 10. 20. Nr. 32
25. Steuerzentralisation, ein gef. am 13. 12. 19. RGBl. I. Nr, 242 S. 1993, Reichsabgabenordnung.
26. Vorwärts vom 28. 10. 20.
27. Abgeordneter Müller, 32. Sitzung vom 22. 11. 20.
28. Abgeordneter Höllen, 32. Sitzung vom 22. 11. 20.

Die Aussichten, im kommenden Jahr das Defizit im Reichshaushalt decken zu können, sind so minimal, daß niemand mehr darauf rechnet. Denn die indirekten Steuern lassen sich nicht mehr beliebig vermehren, und gegen die direkten besteht eine „unüberwindliche aktive und passive Resistenz.“[29] Dazu wird die Finanznot des Reiches noch erhöht durch die fällig werdende erste Reparationszahlung in Höhe von 1 Milliarde Goldmark, die ebenfalls irgendwie gedeckt werden muß. Die bereits vorhandenen Steuern gehen infolge der Geldentwertung im Ertrage zurück, trotz nomineller Steigerung. Es bleibt also wiederum als einziger Ausweg die Einführung einer Anzahl neuer Steuern, die genau wie die früheren auf die Konsumenten abgewälzt werden.[30] Zwar ist die schlimmste, indirekte Steuer die Notenpresse,[31] aber mit verschärften Verbrauchssteuern kann man ihr nicht Einhalt tun, sondern nur mit Erfassung der vor der Steuer versteckten Milliarden![32] Außerdem scheut sich die Regierung viel zu sehr, scharf zuzufassen, und ist besonders bei der Erhebung der Luxussteuer von einer direkt gefährlichen Milde. Anstatt diese z. B. von jedem Autobesitzer einfach zu verlangen, wird diesem die Haltung eines Wagens für Geschäftszwecke ohne weiteres geglaubt, und die Steuerzahlung unterbleibt. Dagegen werden die Verbrauchssteuern viel schärfer gehandhabt und wirken auf das Proletariat durch ihre Anzahl und Höhe geradezu erdrückend[33] und die Erfassung der Sachwerte, die eine Erleichterung bringen könnte, ist noch Plan und noch garnicht in Angriff genommen. „Das Steuerproblem wird zum allgemeinen sozialen Problem der Lohnempfänger,“[33] denn jedes Anziehen der Steuerschraube bedeutet eine Verschlechterung des Arbeiterhaushalts,[34] da nicht nur die „Unkosten“, sondern auch Abgaben und Steuern von den Unternehmern auf die Preise aufgeschlagen werden. Aber es wird zugegeben, daß indirekte Steuern zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Entente notwendig sind, da die direkten zur Befriedigung der gestellten Anforderungen allein nicht genügen. Außerdem bleibt es im Grunde genommen gleich, womit man den Arbeitern das Geld abnimmt, denn „Was wir jetzt an Verbrauchssteuern sparen, wird den Massen doch auf dem Umwege über die Notenpresse abgenommen, dieser brutalsten und rücksichtslose-

29. A. Heichen, Reparationen und der Niederbruch der Mark. Neue Zeit Nr. 2/7. 10. 21.
30. s. S. 49.
31. Abgeordneter Keil, 72. Sitzung vom 1. 3. 21.
32. Vorwärts vom 8. und 20. 8. 1921.
33. L. Aufhäuser, Um die Geldwerte. Betriebsrätezeitg. Nr. 25/6. 12. 21,
34. Metallarbeiterzeitung Nr. 34 / 20 S. 21.

sten aller Steuern.“[35] Zwar zeigt es sich, daß die Steuereinnahmen des ersten Quartals 1922 noch die Summen des Voranschlages überschreiten, aber trotzdem reichen sie zur Deckung des Budgets nicht aus, denn dieses wird immer wieder in aller kürzester Zeit durch die Geldentwertung gesprengt, und die alten Nöte beginnen von neuem. „So ist es kein Wunder, daß an eine Stillegung der Notenpresse vorläufig nicht gedacht werden kann.“[36]

Das Steuerkompromiß bringt zwar Verminderung der Staatsausgaben durch Aufhebung von Reichszuschüssen (z. B. für Verbilligung des Brotes) aber außerdem eine Erhöhung zahlreicher indirekter Steuern (Kohlen, Kaffee, Bier etc.), die in der Hauptsache wieder der Arbeiter aufbringen muß, d. h. es bedeutet wieder eine Verschlechterung in der Lebenshaltung des Proletariats.[37] Es wird von Seiten der Unternehmer zwar gegen die Konsumsteuer Front gemacht, weil sie zu einer Preiserhöhung der Produkte führt, die Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in Frage gestellt, doch wird dem von sozialdemokratischer Seite entgegengehalten, daß dies nicht zutrifft: die Preise würden wahrscheinlich ohne Erhöhung der Konsumsteuer genau die gleiche Höhe erreicht haben. „Trotz aller Steuererhöhungen: „gleitet das Reich immer tiefer in das Finanzelend hinein, und die Notenpresse deckt das Defizit mit der Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse. Das ist unerträglich.“[38]

Da im folgenden Jahre[39] sich in den Finanzen auch noch die Folgen der Ruhrbesetzung bemerkbar machen, so kann keine Besserung, sondern nur eine Verschlechterung eintreten. Zwar werden die Kosten der Besetzung von vornherein durch die Notenpresse allein gedeckt, aber durch die Besatzungskosten sowie die gesteigerte Inflation durch Raub der Franzosen tritt wiederum eine starke Markentwertung ein, sodaß die Steuereinkünfte immer weniger ausreichen und das Defizit im Haushalt sich bereits auf Billionen beläuft.

Aus dieser Defizitwirtschaft kann Deutschland nicht eher herauskommen, als bis es gelingt, den Bedarf durch Steuern und Ueberschüsse anstatt durch die Tätigkeit der Notenpresse zu decken, und die Jagd nach Devisen einzudämmen. Beides wäre durch ein Mittel zu erreichen: nämlich durch Verbesserung der Produktionsleistung, die allein einen Aufbau der deutschen Wirtschaft bringen kann. Dazu gehört aber Opferwilligkeit der Arbeitgeber und -nehmer, die ersteren müssen ihre Betriebe möglichst rationell gestalten, und die letzteren mehr als 8 Stunden täglich

35. Metallarbeiterzeitung vom 29. 1. 22; s. auch S. 49.
36. Vorwärts vom 18. 5. 22.
37. Metallarbeiterzeitung Nr. 6 vom 11. 2. 22.
38. Vorwärts vom 23. 10. 22.
39. 1923.

Die Aussichten, im kommenden Jahr das Defizit im Reichshaushalt decken zu können, sind so minimal, daß niemand mehr darauf rechnet. Denn die indirekten Steuern lassen sich nicht mehr beliebig vermehren, und gegen die direkten besteht eine „unüberwindliche aktive und passive Resistenz.“ Dazu wird die Finanznot des Reiches noch erhöht durch die fällig werdende erste Reparationszahlung in Höhe von 1 Milliarde Goldmark, die ebenfalls irgendwie gedeckt werden muß. Die bereits vorhandenen Steuern gehen infolge der Geldentwertung im Ertrage zurück, trotz nomineller Steigerung. Es bleibt also wiederum als einziger Ausweg die Einführung einer Anzahl neuer Steuern, die genau wie die früheren auf die Konsumenten abgewälzt werden.[29] Zwar ist die schlimmste, indirekte Steuer die Notenpresse,[30] aber mit verschärften Verbrauchssteuern kann man ihr nicht Einhalt tun, sondern nur mit Erfassung der vor der Steuer versteckten Milliarden![31] Außerdem scheut sich die Regierung viel zu sehr, scharf zuzufassen, und ist besonders bei der Erhebung der Luxussteuer von einer direkt gefährlichen Milde. Anstatt diese z. B. von jedem Autobesitzer einfach zu verlangen, wird diesem die Haltung eines Wagens für Geschäftszwecke ohne weiteres geglaubt, und die Steuerzahlung unterbleibt. Dagegen werden die Verbrauchssteuern viel schärfer gehandhabt und wirken auf das Proletariat durch ihre Anzahl und Höhe geradezu erdrückend,[32] und die Erfassung der Sachwerte, die eine Erleichterung bringen könnte, ist noch Plan und noch garnicht in Angriff genommen. „Das Steuerproblem wird zum allgemeinen sozialen Problem der Lohnempfänger,“[33] denn jedes Anziehen der Steuerschraube bedeutet eine Verschlechterung des Arbeiterhaushalts,[34] da nicht nur die „Unkosten“, sondern auch Abgaben und Steuern von den Unternehmern auf die Preise aufgeschlagen werden. Aber es wird zugegeben, daß indirekte Steuern zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Entente notwendig sind, da die direkten zur Befriedigung der gestellten Anforderungen allein nicht genügen. Außerdem bleibt es im Grunde genommen gleich, womit man den Arbeitern das Geld abnimmt, denn „Was wir jetzt an Verbrauchssteuern sparen, wird den Massen doch auf dem Umwege über die Notenpresse abgenommen, dieser brutalsten und rücksichtslose-

29. A. Heichen, Reparationen und der Niederbruch der Mark. Neue Zeit Nr. 2/7. 10. 21.

30. s. S. 49.

31. Abgeordneter Keil, 72. Sitzung vom 1. 3. 21.

32. Vorwärts vom 8. und 20. 8. 1921.

33. L. Aufhäuser, Um die Geldwerte. Betriebsrätezeitg. Nr. 25/6. 12. 21,

34. Metallarbeiterzeitung Nr. 34 / 20 S. 21.

sten aller Steuern."[35] Zwar zeigt es sich, daß die Steuereinnahmen des ersten Quartals 1922 noch die Summen des Voranschlages übersteigen, aber trotzdem reichen sie zur Deckung des Budgets nicht aus, denn dieses wird immer wieder in aller kürzester Zeit durch die Geldentwertung gesprengt, und die alten Note beginnen von neuem. „So ist es kein Wunder, daß an eine Stilllegung der Notenpresse vorläufig nicht gedacht werden kann!"[36]

Das Steuerkompromiß bringt zwar Verminderung der Staatsausgaben durch Aufhebung von Reichszuschüssen (z. B. für Verbilligung des Brotes), aber außerdem eine Erhöhung zahlreicher indirekter Steuern (Kohlen, Kaffee, Bier etc.), die in der Hauptsache wieder der Arbeiter aufbringen muß, d. h. es bedeutet wieder eine Verschlechterung in der Lebenshaltung des Proletariats.[37] Es wird von Seiten der Unternehmer zwar gegen die Kohlensteuer Front gemacht, weil sie zu einer Preiserhöhung der Produkte führe, die deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in Frage gestelle, doch wird dem von sozialdemokratischer Seite entgegengehalten, daß dies nicht zutrifft: die Preise würden wahrscheinlich ohne Erhöhung der Kohlensteuer genau die gleiche Höhe erreicht haben. Trotz aller Steuererhöhungen: „gleitet das Reich immer tiefer in das Finanzelend hinein, und die Notenpresse deckt das Defizit mit der Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse. Das ist unerträglich."[38]

Da im folgenden Jahr[39] sich in den Finanzen auch noch die Folgen der Ruhrbesetzung bemerkbar machen, so kann keine Besserung, sondern nur eine Verschlechterung eintreten. Zwar werden die Kosten der Besetzung von vorn herein durch die Notenpresse allein gedeckt, aber durch die Besatzungskosten sowie die gesteigerte Inflation durch Raub der Franzosen tritt wiederum eine starke Markentwertung ein, sodaß die Steuereinkünfte immer weniger ausreichen und das Defizit im Haushalt sich bereits auf Billionen beläuft.

Aus dieser Defizitwirtschaft kann Deutschland nicht eher herauskommen als bis es gelingt, den Bedarf durch Steuern und Ueberschüsse anstatt durch die Tätigkeit der Notenpresse zu decken, und die Jagd nach Devisen einzudämmen. Beides wäre durch ein Mittel zu erreichen: nämlich durch Verbesserung der Produktionsleistung, die allein einen Aufbau der deutschen Wirtschaft bringen kann. Dazu gehört aber Opferwilligkeit der Arbeitgeber und -nehmer, die ersteren müssen ihre Betriebe möglichst rationell gestalten, und die letzteren mehr als 8 Stunden täglich

35. Metallarbeiterzeitung vom 29. 1. 22; s. auch S. 49.
36. Vorwärts vom 18. 5. 22.
37. Metallarbeiterzeitung Nr. 6 vov 11. 2. 22.
38. Vorwärts vom 23. 10. 22.
39. 1923.

arbeiten; aber solange keine Seite bereit ist, in irgend einer Form ein Opfer zu bringen, ist eine Besserung unmöglich, das ist aus der Einstellung den Steuern gegenüber klar zu erkennen: die Unternehmer wollen keine Besitzsteuern, sondern lieber indirekte, die sie auf die Konsumenten abwälzen können, aber die Arbeiter fühlen sich dadurch benachteiligt und wollen das Opfer in Form von direkten Steuern den Unternehmern allein zuschieben. Daraus ergibt sich schließlich, daß garnichts getan wird und sich eben die wirtschaftliche Lage dauernd verschlechtert.[40] Nicht ganz unberechtigt ist dabei vielleicht die Klage der Lohn- und Gehaltsempfänger, daß die Besitzenden sich durch Erwerb von Sachwerten gegen die Geldentwertung schützen können, während dem Arbeiter dazu die Möglichkeiten fehlen und „er allein die gesamte Inflationssteuer tragen muß."[41]

Zwar wird die Kohlensteuer zur Erzielung eines Preisabbaus herabgesetzt, aber das Loch im Etat muß auf andere Art wieder gestopft werden, und die Last fällt, ganz gleich, auf welche Art dies geschieht, doch wieder der großen Masse zu.[42] Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß es ohne Steuern nicht geht und ist bereit, für ihre Bewilligung zu stimmen, macht aber ihren Entschluß betreffend die neuen Verbrauchssteuern abhängig von einer Garantie für Abstoppung der Inflation sowie von dem Ausfall der ebenfalls neu eingebrachten Besitzsteuervorlagen, um nicht selbst noch zu einer ungerechten Verteilung der Steuern auf Besitzende und Besitzlose beizutragen.[43] „Verbrauchssteuern sind leider bei der heutigen Wirtschaftslage nicht zu entbehren, aber die Vorschläge sind zwecklos, denn ihr Ertrag ist bei dem heutigen Billionenbedarf wirkungslos. — — Wenn aber Gewähr geboten wird, daß die Inflation aufhört, wäre die SPD. zwecks Stabilisierung der Finanzen nicht grundsätzlich gegen Verbrauchssteuern.[44] — — — Sie lehnt die Verbrauchssteuern ab, weil diese Gewähr nicht gegeben werden kann, und weil eine Fristgewährung der Zahlungen bis zu 75 Tagen eine Bevorzugung des Unternehmers gegen den Verbraucher bedeutet, der die Steuer in Gestalt erhöhter Preise sofort zahlen muß, und dadurch dem Unternehmer auch noch der Zinsgewinn bis zum Ablauf der Frist in den Schoß fällt.

---

40. Sozial. Monatshefte Nr. 7/24. 7. 23; Schippel: Devisenpolizei und Produktionspolitik.

41. Korrespondenzblatt Nr. 26. vom 30. 6. 23.

42. Metallarbeiterzeitung Nr. 14 vom 7. 4. 23.

43. Abgeordn. Simon/Schwaben, 364. Sitzung vom 13. 6. 23.

44. Abgeordn. Dr. Hertz, 376. Sitzung vom 6. 7. 23.

Eine der „indirekten" Steuern ist es vor allem, die dauernd den Widerspruch der Sozialdemokratie erregt und zu der sie sich auf keinen Fall bekennen will, nämlich die Umsatzsteuer. Schon anläßlich der Steuerdebatte 1918 nennt Dr. David die Umsatzsteuer „eine Gewerbesteuer rohester Art", deren Einführung sowohl die kleinen Betriebe wie die Konsumenten schwer belastet und Brühne behauptet[45] daß die „drückende Warenumsatzsteuer" hätte vermieden werden müssen und können, wenn eine Kriegsgewinnsteuer rechtzeitig und in ausreichender Höhe erhoben worden wäre, durch die das Reich Millionen hätte herausholen können. An anderer Stelle wird die Umsatzsteuer eine „Lawinensteuer" genannt, da sie sich automatisch der Erhöhung der Preise anpaßt und infolgedessen mit der Schnelligkeit einer Lawine sich vergrößert und ihrerseits preissteigernd wirkt. „Sie ist eine der Steuern, die durch ihren Umfang und ihre Höhe die zukünftige, steuerliche Leistungsfähigkeit des Volkes schwächt, und darum ist sie unbedingt zu bekämpfen und ihr Ertrag durch direkte Steuern zu ersetzen."[46] Sie belegt allein das Brot mit 6 bis 7 fachen Steuern und erhöht infolge der Zirkulation alle Waren den Steuerdurchschnitt pro Kopf auf 20-25 %. „Die Umsatzsteuer ist absolut roh und muß wieder beseitigt werden, sobald die Finanzlage des Reiches es zuläßt, vor allem müssen die Genossenschaften von ihren Lasten möglichst befreit werden", heißt es später in einer Rede Kahmanns[48] und Reimes[49] meint, daß anläßlich der Steuerdebatte 1923 eine Steuerreform die nicht die Besitzsteuern an Stelle der Verbrauchssteuern zur Grundlage der Finanzwirtschaft macht, zwecklos ist, denn: „man kann ein Steuerdefizit nicht allein durch Verbrauchssteuern, besonders eine Warenumsatzsteuer, decken." Vor allem erscheint es unerträglich, daß noch immer keine Milderung oder Befreiung von der Umsatzsteuer für die Genossenschaften erreicht worden ist, denn sie müssen sie doppelt, nämlich beim Ein- und Verkauf ihrer Waren tragen und tatsächlich den vollen Umsatz versteuern, während die übrigen Unternehmungen es verstehen, sich um die Zahlung eines Teilbetrages von 40—50 % herumzudrücken.[50] Die Höhe der gezahlten Umsatzsteuern bei den Genossenschaften, die im Geschäftsbericht genau angegeben werden muß, wirkt aufreizend auf die Mitglieder, die genau wissen, daß der Handel die Hälfte der Umsatzsteuer in die eigenen Taschen steckt, doppelt auf-

45. Reichstagssitzung vom 25. 3. 1919.
46. Abgeordneter Braun, 78. Sitzung vom 13. 8. 1919.
47. Abgeordneter Wurm, 78. Sitzung vom 13. 8. 1919.
48. 269. Sitzung vom 17. 11. 1922.
49. 369. Sitzung vom 18. 6. 1923.
50. Abgeordn. Paul, 370. Sitzung vom 19. 6. 23, 371. Sitzg. v. 26, 6, 23,

reizend, weil die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre letzte Mark versteuern müssen, während die Erzeuger und Händler ihre Steuern mit entwertetem Gelde bezahlen." Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die SPD. in ihrer Polemik gegen die Umsatzsteuer nicht für die Genossenschaften allein eintritt, „sondern für 6 Millionen Verbraucher, deren Interesse geschützt zu werden verdient."[51]

Trotz dieser Abneigung gegen die Verbrauchssteuern im allgemeinen und die Umsatzsteuer im Besonderen stimmt aber die S. P. D., sowohl im August 1923 den Steuervorschlägen der Regierung, als auch im Dezember des gleichen Jahres dem Ermächtigungsgesetz zu, weil „im Finanzproblem die Frage um Sein oder Nichtsein des Deutschen Volkes liegt und die Lösung keinen Aufschub mehr verträgt — —!"[52] Trägt doch der Zustand der deutschen Finanzen bereits alle Anzeichen eines verschleierten Staatsbankerotts, der sich in einen öffentlichen Bankerott verwandeln würde, wenn das Volk nicht einsieht, daß er nur zu vermeiden ist, wenn der Steuerbedarf des Reiches wirklich aufgebracht wird. „Jeder, der seine Steuern gewissenhaft bezahlt hilft dabei mit, und wer nicht hilft, der schadet sich selbst am meisten, denn bei einem öffentlichen Staatsbankerott geht auch das Privatvermögen zum größten Teil verloren!"[53] Von diesem Gesichtspunkt aus ist das Verhalten der Sozialdemokratie den „direkten Steuern" d. h. Einkommen- Vermögens- Kapitalflucht aussteuern, Zwangsanleihe, RheinRuhrabgabe etc. gegenüber zu betrachten und zu beurteilen.

II. 2: Einkommensteuer und Vermögensabgaben.

II 2a) Vor allem ist es die „Steuerungerechtigkeit" gegen gewisse Bevölkerungskreise, die von der Sozialdemokratie wiederholt gerügt wird. Schon die Steuerveranlagungen des Jahres 1915 rufen ihren Widerspruch dadurch hervor, daß auch die Kriegsteilnehmer nach ihrem Friedenseinkommen eingeschätzt werden, obwohl dieses sehr häufig nicht erreicht wird. Die Steuererhöhungen in einzelnen Ländern (Sachsen) sowie die erhöhten Gemeindesteuerzuschläge werden vorläufig in der Presse ohne weitere Kommentare registriert, aber schon 1916 wird festgestellt, daß die drei- bis vierhundertprozentigen Zuschläge zur Einkommensteuer Mißfallen erwecken[54] „an allen Ecken und Enden hört man lebhaftes Murren über die hohen Zuschläge bei den großen Steuerzahlen, besonders gegen die Vermögenssteuer." Auch

51. Abgeordn. Feuerstein, 371. Sitzung vom 20. 6. 1923.
52. Abgeordneter Scheidemann, 359. Reichstagssitzung vom 5. 12. 23.
53. Dr. O. Stillich, Staatsbankerott u. Vermögensrettung, Kap. III.
54. Vorwärts vom 5. 1. 1916.

Mecklenburg erhöht die Einkommensteuer, während die Gemeinden trotz erhöhter Zuschläge bereits in die Defizitwirtschaft hineingeraten. So gelingt z. B. Berlin die Balancierung des Haushalts nur durch Zuhilfenahme der Abfindungssumme für die ehemals städtische Straßenbahn, die an eine Privatgesellschaft übergeht. In den folgenden Monaten erfolgen bereits Beratungen über Erbschaftssteuer, Wehrbeitrag, Kriegseinkommenszuwachssteuer. Während sich einige rechtsstehende Zeitungen gegen diese Steuern wenden, verteidigt der „Vorwärts" vor allem die Kriegsgewinnsteuer, die ausgleichend wirken soll und einen großen Ertrag verspricht; er kritisiert jedoch scharf den an Stelle der Kriegsgewinnsteuer erhobenen Wehrbeitrag, der hauptsächlich die kleinen Sparer und Gewerbetreibenden trifft und die Großkapitalisten schont. Ueberhaupt verlangt die S. P. D. eine Steuerverschärfung gegen Einzelpersonen, besonders bei großem Einkommen und Vermögen.[55] Die Einwände industrieller Kreise, daß eine zu hohe Besteuerung auf die Produktion und Kapitalbildung hemmend einwirke, wird mit einem Hinweis auf die englische, bis zu 60 % ansteigende Einkommenssteuer entkräftet, die sich bisher nicht als Hemmschuh für die industrielle Entwicklung erwiesen habe. Erst wenn die Besteuerung das Interesse an der Unternehmung tötet, ist sie gefährlich,"[56] aber diese Erscheinung ist bisher nirgends zu beachten gewesen. Trotz des Widerstandes der industriellen- und landwirtschaftlichen Kreise gegen eine Kriegsgewinnsteuer wird diese 1919 endlich im Steuerausschuß beraten und von der Sozialdemokratischen Fraktion ihre Einführung lebhaftet befürwortet. Auch der Plan einer Extrabesteuerung der Einzelindustrien wird von ihnen durchaus gebilligt, doch läßt die Erhebung der geplanten Steuern noch auf sich warten. Schon zu Beginn des Jahres 1918 zeigt es sich, daß das Gleichgewicht des Etats gestört ist und der Zinsendienst für die schwebende Reichsschuld nicht durch Ermahnen gedeckt werden kann, ein Beweis für die „verfehlte Finanzpolitik Deutschlands".[57] Dabei ist bereits die 8. Kriegsanleihe in Sicht, die die schwebende Schuld sowie die Zinsansprüche an das Reich noch vergrößern wird, und trotzdem wehrt sich der Kapitalismus dagegen, den Staat durch Steuerzahlung zu unterstützen und setzt dem Vorschlag einer Vermögensabgabe schärfsten Widerstand entgegen. Die Steuervorschläge bringen wieder eine Vermehrung der indirekten Steuern, aber Erbschafts- und Dividendensteuer, die nur die kapitalkräftigen Kreise treffen würden, ohne die Besitzlosen zu be-

55. Antrag im Mai 1916.
56. Vorwärts vom 13. 8. 16.
57. Vorwärts vom 21. 2. 18.

lasten, bleiben wieder ungenützt. Daß die Sozialdemokratie für ein Gesetz gegen die Steuerflucht,[58] das bereits in Vorbereitung ist, eintritt, erscheint selbstverständlich angesichts der Steuerhinterziehung, die besonders von „Kriegsgewinnlern" mit Erfolg angewendet wird.[59] Sie verurteilt auch die Banknotenhamsterei zu Zwecken der Steuerhinterziehung, denn einmal gehen dem Reich dadurch notwendige Einnahmen verloren, zum andern wird durch mangelnden Rückfluß die Reichsbank zur Emission neuer Banknotenmengen gezwungen, also der Inflation und Geldentwertung Vorschub geleistet.[60] Im Dezember 1918 scheint es, als sollte sich endlich das Bestreben der Sozialdemokratie erfüllen, denn die neue Regierung stellt in ihrem Steuerprogramm für das Jahr 1919 die direkten Steuern an die Spitze, um das Proletariat vor neuen Gebrauchssteuern zu schützen, und die Besitzenden stattdessen stärker zur Besteuerung heranzuziehen.

II2b. Wieder wird der „englische Steuerheroismus" als Beispiel aufgestellt und eine progressive Einkommenssteuer verlangt. Vor allem soll das Kapitaleinkommen vor dem Arbeitseinkommen besteuert werden, um einen Ausgleich herbeizuführen, überhaupt „Steuergerechtigkeit" im Gesamtsteuerwesen herrschen. Aber die Staffelung der Erbschaftssteuer erscheint der Sozialdemokratie völlig unzureichend „der Erbonkel muß der fürchterlichen Finanznot Deutschlands geopfert werden,"[61] sie fordert systematischen Abbau „aller durch den Krieg angesammelten Riesenvermögen"[62] durch Vermögenssteuern, und zwar in der Form, daß alles eine bestimmte Höhe übersteigende Privatvermögen weggesteugert wird. Denn es erscheint fraglich, ob die neuen Steuern zur Deckung des Bedarfs genügen werden, und eine derartige Vermögensabgabe ist das einzige Mittel, den Staatsbankrott zu vermeiden.[63] Diese Vermögensabgabe soll sich nicht nur auf Kapitalisten beschränken, sondern sie soll in Natura durch Beteiligung des Staates an Unternehmungen aller Art vor sich gehen, sodaß damit nicht nur eine Sanierung der Finanzen, sondern zugleich eine beginnende Sozialisierung zu erreichen wäre, und gerade diese Kombination von Vermögensabgabe und Sozialisierung verspricht Erfolg. Soweit wie Goldscheids Forderungen gehen indessen die seiner Partei- und Gesinnungsgenossen sonst nicht, sondern sie sind vorläufig beschränkt auf Einkommen-,

58. in Kraft ab 26. 7. 1918, RGBl. Nr. 100 S. 951.
59. Vorwärts vom 13. 8. 18.
60. Vorwärts vom 23. 10. 18.
61. Vorwärts vom 1. 7. 1919.
62. Vorwärts vom 13. 7. 1919.
63. R. Goldscheid: Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankerott Kapitel 1.

Kapitalgewinn- und Vermögenszuwachssteuer. Dort soll aber scharf zugefaßt werden, und von einer einmaligen Vermögensabgabe verspricht man sich auch hier große Vorteile.[64] Dagegen wird Schonung der Kriegsteilnehmer bei der Einkommensteuer verlangt, denn man empfindet es als Ungerechtigkeit, daß diese das nominell gegen den Frieden gestiegene Einkommen des laufenden Jahres versteuern sollen, während die zu Hause Gebliebenen nach ihrem letzten Friedenseinkommen veranlagt werden.

Trotz der vielen neuen Steuern ist aber zu befürchten, daß letzten Endes die „kühne Entschlußkraft zu ihrer Beitreibung" fehlen wird, und ohne Nachdrücklichkeit und Zwang ist nichts mehr zu erreichen, denn „die Steuermoral ist zu den Hunden geflohen!"[65] Keine Steuern zahlen zu wollen, ist aber jetzt ganz falsch, da der Staat notwendig Geld braucht. Es soll jeder nach seinem Vermögen und Einkommen zahlen, und darum ist die Steuerprogression, wie sie die Regierung vorschlägt, viel zu um den Armen zu entlasten, ohne dem Staat zu schaden, und zwar sollten besteuert werden[66]

Mehreinkommen von 5000 M	mit	5 %
die nächsten angefangenen oder vollen 5000 M	mit	10 %
die nächsten angefangenen oder vollen 10000 M	mit	20 %
die nächsten angefangenen oder vollen 10000 M	mit	30 %
die nächsten angefangenen oder vollen 20000 M	mit	40 %
die nächsten angefangenen oder vollen 50000 M	mit	50 %
die nächsten angefangenen oder vollen 100000 M	mit	60 %
die nächsten angefangenen oder vollen 100000 M	mit	70 %
alle weiteren Beträge	mit	80 %

Vor allem aber soll darauf bestanden werden, daß die Steuerbehörden bei allen Steuererhebungen nur in den aller dringendsten Fällen Milde walten lassen, da sonst die Erträge wieder nur auf dem Papier stehen und die Kassen leer bleiben.[67] Die Drückebergerei des Kapitals von den Steuern muß unbedingt aufhören, es darf keine Steuernachsicht mehr gewährt werden.[68] Statt dessen muß das steuerfreie Einkommen heraufgesetzt werden, denn das Proletariat leidet jetzt unter der Einkommensteuer fast ebenso wie unter den indirekten Steuern. Durch die progressive Einkommensteuer sollen aber nicht nur die Mehreinkommen getroffen, sondern auch kinderreiche Familien geschont werden;

64. Erzberger, 50. Sitzung der Nationalversammlung 8. 7. 1919.
65. Abgeordn. Keil, 50. Sitzung d. Nationalversammlung 8. 7. 1919.
66. Abgeordn. Wurm, 73. Sitzung vom 7. 8. 1919.
67. Abgeordn. Hasenzahl, 73. Sitzung vom 7. 8. 1919.
68. Abgeordn. Braun, 126. Sitzung vom 10. 12. 1919.

denn die Steuern müssen nicht allein dem Staat Einnahmen verschaffen, sondern auch ausgleichend wirken.[69] Die Neueinführung des Lohnabzuges an Stelle der Einkommensteuer für Arbeiter und Angestellte soll keinesfalls eine Benachteiligung für diese und ein Mißtrauensvotum gegen sie bedeuten, sondern ist lediglich als Erleichterung für die Steuerbeamten und als Sparmaßnahme für das Reich gedacht.

Die Kapitalertragsteuer wird im Gegensatz zur progressiven Steuer vom Mehreinkommen von der SPD. nicht völlig gebilligt. Vor allem erregt ihre Gleichförmigkeit Bedenken, denn dadurch werden die kleinen Vermögen verhältnismäßig viel stärker herangezogen als die großen, eine Härte, die sich vermeiden lassen müßte.[70] Auch die Konzentration der Besteuerung, d. h.. die Uebernahme der Einkommensteuer durch das Reich an Stelle der Länder findet nicht ihre volle Zustimmung, denn Länder und Gemeinden sind nun völlig abhängig vom Reichszuschuß. Sie haben zur eigenen Bewirtschaftung nur noch geringe Steuerquellen und werden schließlich in der Not zur Besteuerung des von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Existenzminimums schreiten müssen.[71] Was das aber für die Massen bedeutet, liegt klar auf der Hand, und darum muß diese Besteuerung mit allen Mitteln verhindert werden. Das geschieht natürlich am besten durch reichliche Zuweisungen des Reiches an die Länder, zu denen sich das Reich eben die Möglichkeit irgendwie verschaffen muß.

II 2c. Dazu scheint eine Zwangsanleihe sehr geeignet, die die SPD. schon im Februar angesichts der großen Spekulationsgewinne ins Auge gefaßt hat, und die später auch von politisch entgegengesetzten Parteien als notwendig und einträglich anerkannt wird. Vorläufig erfolgt aber ihre Durchführung noch nicht, trotzdem die Finanzlage des Reiches trostlos ist und schon für 1919 nur $^1/_9$ der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt waren; wenn es für das laufende Jahr aber wieder nicht gelingt, der Finanznot Herr zu werden, „weil ein Teil des Volkes sich an den papierenen Reichtum klammert," so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheuerer Tragweite unvermeidlich, und die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken."[72]

Während die Kapitalisten auf jede Art versuchen, sich der Steuerzahlung möglichst zu entziehen, müssen die Arbeiter sich den Lohnabzug gefallen lassen, und in der SPD. wollen die Stimmen für und wider diese Art der Steuerzahlung nicht zum Schweigen kommen. Zwar wird zugegeben, daß es dem Arbeiter leichter

69. Abgeordneter Keil, 143. Sitzung vom 28. 2. 20.
70. Abgeordneter Duwell, 143. Sitzung vom 28. 2. 20.
71. Abgeordneter Duwell, 148. Sitzung vom 4. 3. 20.
72. Vorwärts vom 31. 7. 1920.

wird, den Steuerbetrag in 52 statt in 4 Jahresraten zu bezahlen,[73] aber von anderer Seite wird diese Art der Steuererhebung als ein Mißtrauensvotum gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger angesehen und ihre sofortige Aufhebung gefordert,[74] was aber bis heute trotz beendeter Inflation und Stabilisierung der Währung noch nicht erfolgt ist. Vor allem wird verlangt, daß die Besitzsteuern ebenso rücksichtslos eingezogen werden wie der 10prozentige Steuerabzug, denn sonst gelingt es wieder den Schiebern, ihr Vermögen ins Ausland zu retten und die Arbeiterschichten müssen für die dadurch verlorenen Steuerbeträge einspringen.[75] Da eine Zwangsanleihe noch nicht durchgeführt werden soll, ist die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers zur Zeit das beste Mittel, dem Reich größere Beträge zu verschaffen, und der Zeitpunkt ist günstig, denn infolge großer Gewinne in den letzten Monaten (November 1920) erscheint der Geldmarkt fast zu flüssig und leidet an einem Ueberangebot von Kapital. Das Herausziehen größerer Markbeträge durch Steuerzahlungen würde das Angebot an Mark vermindern, dagegen die Nachfrage steigern und die Folge muß ein Steigen der Mark zumindest im Inland sein.[76] Vorläufig bleibt es jedoch bei Steuerdebatten, Steuernöten und Steuerplänen, und das Reich hat nicht nur geringe Einnahmen, sondern es erwachsen ihm auch noch große Verluste durch die Kohlenlieferungen an die Entente, die irgendwie aufgeholt werden müssen.

Infolge der wachsenden Teuerung erfolgen fortgesetzt Erhöhungen des steuerfreien Mindesteinkommens, aber trotzdem ist die Abneigung gegen den Steuerabzug noch immer nicht überwunden. Dazu trägt vor allem der Umstand bei, daß die Unternehmer noch nicht einmal die Einkommensteuerzahlungen des Vorjahres geleistet haben, während der Arbeiter bei dauernd sinkendem Reallohn sofort seine Einkommensteuer erlegen muß. „Auch die Besitzsteuern sind noch weit im Rückstand, der notwendige Nachdruck seitens der beitreibenden Steuerbeamten fehlt!“[77] Es erregt Unwillen, daß die bürgerlichen Parteien versuchen, die Einkommensteuergesetze zu ihren Gunsten zu ändern durch Steuerfreiheit für Veräußerungs- und Spekulationsgewinne, Abzug des Einkommensdefizits des vergangenen vom Einkommen des folgenden Jahres, milde Besteuerung einmaliger Einnahmen. Dagegen ist von den Arbeitern fast ohne Ausnahme die Einkommensteuer, ohne Widerspruch auch von Seiten der Gewerk-

73. Abgeordneter Braun, 9. Sitzung des Reichstages vom 6. 7. 1920.
74. Abgeordnete Eichhorn u. Ziegler, 9. Sitzung vom 6. 7. 1920.
75. Abgeordneter Puchta; 32. Sitzung vom 22. 11. 1920.
76. Korrespondenzblatt vom 27. 11. 1920.
77. Abgeordneter Keil, 54. Sitzung vom 22. 1. 1921.

schaften, geleistet und man hat sich endlich sogar mit dem Lohnabzug ausdrücklich einverstanden erklärt, „denn die Arbeiter wollen sich nicht wie die Arbeitgeber, von der Steuer drücken!“[78] Lohn- und Gehaltsempfänger werden bis zum letzten Pfennig zur Steuer herangezogen, aber für die Kapitalisten sind alle Wege für die Steuerhinterziehung offen. Ein gutes Mittel gegen diese, die auf die einfachste Weise durch Hamstern von Banknoten vor allem von der Landbevölkerung betrieben wird, wäre die Abstempelung der Banknoten unter namentlicher Anmeldung der angesammelten Bestände. Damit kann wirksam die Erhebung einer Zwangsanleihe verbunden werden, die dem Staat erhebliche Summen einbringen und alle Besitzenden in gleichem und gerechtem Maße treffen wird.[79]

Aber diese Anregung findet keinen Anklang, und so ist noch im Juli 1921 von Besitzsteuern nichts zu spüren, und der Besitz hat genügend Frist, um sich vor der drohenden Besteuerung und Entwertung in Devisen, Effekten und Sachwerte zu flüchten. „Die Heranziehung des Besitzes hat nur Zweck bei einer Neuregelung der Steuereinziehung, und die Erfassung der Sachwerte ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, aber die Industriellen verstehen, sich davon zu drücken und setzen an Stelle der Steuern eine freiwillige Kredithilfe für die Reparationszahlungen, d. h. sie nutzen die Notlage des Reiches aus und suchen ihren Gewinn, wo sie ihn finden!“[80] Selbstverständlich ist die SPD. damit nicht einverstanden, und die Gewerkschaften bekämpfen diesen Plan nach Kräften; da alle unteren und mittleren Volksschichten durch die Geldentwertung 90 % ihres Vermögens verloren haben, sollen die großen Vermögen zur Deckung der Reparationen im gleichen Prozentsatz herangezogen werden; bei der Landwirtschaft kann das durch Zwangshypotheken geschehen, d. h. eine Form der Enteignung, die im Vergleich zu den Enteignungen bei den unteren Volksschichten als durchaus gerecht und angemessen bezeichnet werden kann.[81] Besonders muß aber auf beschleunigte Einziehung der Einkommenssteuer gedrungen werden, denn durch die fortschreitende Geldentwertung entsteht eine so große Differenz zwischen Veranlagungs- und Zahlmark, daß große Steuerbeträge überhaupt uneinziehbar werden und auf diese Weise dem Staate zu Gunsten der Besitzenden verloren gehen.[82] „Es ist bedauerlich

78. Abgeordneter Dr. Hertz, 89. Sitzung vom 19. 3. 1921.

79. Dr. O. Stillich, „Abstempelung von Banknoten“, Betriebsrätezeitung Nr. 5 vom 1. 3. 1921.

80. S. Aufhäuser: „Um die Goldwerte“; Betriebsrätezeitung Nr. 25 vom 6. 12. 1921.

81. Korrespondenzblatt Nr. 30, 34 und 37 vom 23. 7., 20. 8. u. 10, 9, 21,

82. Abgeordneter Dr. Hertz, 139. Sitzung vom 3. 11. 21.

daß die Einkommensteuer bei den Steuerkräftigsten nicht durchgeführt ist, während die Gehalts- und Lohnempfänger z. T. sogar zu viel Einkommensteuer bezahlt haben, ohne bisher die überschüssigen Beträge zurückerhalten zu haben. Die Nichteinziehung von Einkommensteuern ist nicht auf technische Schwierigkeiten, sondern auf Sabotage der Steuergesetze seitens einer großen Anzahl von Besitzenden zurückzuführen!"[83] Infolge ihrer Kapital- und Steuerflucht ist die Mark noch immer im Sinken begriffen, nur eine Erfassung der Sachwerte durch die Steuer kann dem Sturz Einhalt gebieten. Während die Arbeiter und Angestellten unter Geldentwertung und Besteuerung zu leiden haben, nimmt der Reichtum der Sachwertbesitzer umgekehrt proportional der fallenden Valuta zu; „eine Beteiligung der Allgemeinheit an diesen Sachwerten wäre volkswirtschaftlich ungefährlich und finanzpolitisch zweckmäßig, denn es würde damit Deckung der Staatsschulden und Stillstand des Valutasturzes erreicht, die Grundlagen für eine wahre Finanzpolitik wären gegeben."[84] Ein Fortschritt in der Steuererhebung wird in der Forderung eines bestimmten Goldmark-Betrages für die Zwangsanleihe erblickt, doch zeigt es sich bald, daß die Forderung nicht durchgesetzt wird und lediglich ein geringer Papiermarkertrag der Zwangsanleihe aufgebracht wird. Sie deckt nur einen kleinen Teil der Reparationsabgaben, und es besteht die Gefahr, daß sie trotz ihres geringen Erfolges ihrerseits inflationsverstärkend wirkt, da sie nicht durch Konsumeinschränkung aufgebracht werden konnte.[85] „Die Zwangsanleihe ist keine Lösung des Finanzproblems, ihr einziger Vorteil wird vielleicht der sein, daß sie geldverknappend wirkt und dadurch das durch allzugroße Geldflüssigkeit entstandene Gründungsfieber aufhört!"[86] Vor allem ist eine Zwangsanleihe ebenso zwecklos wie alle anderen Steuern, wenn ihre Einziehung nicht nach Möglichkeit beschleunigt wird. Daß sich die Besitzenden auch gegen die Zwangsanleihe sträuben, ist selbstverständlich, und es gelingt ihnen, eine Herabsetzung der Leistung durchzudrücken. Aber noch schlimmer als die Verminderung durch Herabsetzung wirkt die Entwertung durch verspätete Beitreibung, besonders da „durch Verschleppung ein Anreiz zur Steuerhinterziehung gegeben wird."[87] „Die Zwangsanleihe bringt weder Sanierung der Finanzlage, noch Stillegung der Notenpresse oder Stabilisierung!"[88] Da der Staat außer der Lohnsteuer keine

83. Abgeordneter Simon, Schwaben 139. Sitzung vom 3. 11. 21.
84. Abgeordneter Bernstein; 188. Reichstagssitzung vom 10. 3. 1922.
85. Zwangsanleihegesetz vom 20. 7. 22 / RGBl. I / S. 601.
86. A. Heichen: „Zwangsanleihe", Neue Zeit Nr. 22/24, 2. 1922.
87. Abgeordneter Dr. Hertz; Sofortige Einziehung der rückständigen Besitzsteuern. Betriebsrätezeitung Nr. 4/4. 2. 22.
88. Abgeordneter Sollmann 202. Reichstagssitzung vom 4. 1. 22.

Steuer rechtzeitig eingezogen hat, ist an eine Stillegung der Notenpresse nicht zu denken. Auch die Einziehung der Zwangsanleihe ändert daran nichts, die Strafen für verspätete Einzahlungen sind derartig gering, daß sie angesichts der Gewinne, die durch spätere Einzahlung durch die Geldentwertung zu erzielen sind, völlig bedeutungslos werden.

Das Ergebnis der Zwangsanleihe ist also wiederum ein Fiasko für das Reich, die Mark sinkt in rasendem Tempo, im gleichen Tempo steigen die Ausgaben, neue Einnahmequellen müssen gefunden werden. Da sich auch jetzt wieder wie immer zu Zeiten besonders schneller Markentwertung eine riesige Börsenhausse ergibt, fordert die SPD. als unumgänglich notwendig eine scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne. Technisch ist die Durchführung leicht, da die Schlußscheine eine gute Kontrolle ermöglichen und den Banken durch Einziehung dieser Steuer in Form von Marken nur eine geringe Mehrarbeit erwachsen würde. Möglichst wäre eine progressive Steuer anzuwenden, denn „alle Steuerbeträge, um die sich die Besitzenden drücken, und das tun sie mit Virtuosität, gehen zu Lasten des Proletariats; es ist also ein Gebot der Selbsterhaltung, dieser Steuersabotage ein Ende zu machen!“[89] Die Berechtigung einer derartigen Steuer wird später auch von anderer Seite anerkannt und verwirklicht in der Börsenumsatzsteuer,[90] die jedoch ebensowenig Hilfe brachte wie alle übrigen Steuern in dieser Zeit.

II2d. Wie notwendig es ist, eine Form der Steuererhebung zu finden, die die Lasten gerecht verteilt, geht besonders aus der Tatsache hervor, daß trotz fortgesetzt sinkender Reallöhne der prozentuale Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer dauernd wächst; er betrug: (in Millionen Mk.)

Zeit	Aufkommen durch Steuerabzug	Aufkommen durch Veranlagung	Anteil d. Steuerabzugs in %
1920			20 %
1921			33 %
1922			
April—Juli	13,244	10,320	56,17 %
August	5,675	4,258	57,13 %
September	8,079	5,773	58,33 %
Oktober	15,757	6,127	71,97 %
November			ca. 80,— %

89. B. Marx: Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne; Betriebsrätezeitung Nr. 4 vom 1. 2. 22.

90. eingeführt am 8. 4. 22. RGBl. I, S. 335 u. 835 ff,

d. h. die Gehalts- und Lohnempfänger tragen zu Ende des Jahres 1922 bereits $^4/_5$ der gesamten Einkommensetuer, und trotzdem werden den Veranlagungspflichtigen noch rückwirkende Ermäßigungen gewährt.[91] „Das bedeutet eine bewußte Zurücksetzung der Lohnempfänger, da es für diese bei den alten Steuersätzen geblieben ist.“[92] Da noch zahlreiche, erhebliche Einkommen mit den Steuerzahlungen von 1920 im Rückstand sind, ermäßigt sich ihre Belastung von 60, 50 und 40 % automatisch durch die Geldentwertung bis zu ca. 10 %. Die Ansicht des Volkes ist daher folgende: „Diejenigen, die ihre Steuern sofort bezahlen, sind die Dummen, und die Lohnempfänger werden eben dazu gezwungen, die Dummen zu spielen, während die anderen sich nach Belieben drücken und ihre Zahlungen hinausschieben können.“[93] Es ist nicht mehr zu leugnen, daß die „Steuerschlamperei“ einen großen Anteil am Finanzelend und an der schlechten deutschen Valuta hat!“[94] Das Steuerunrecht ist immer wieder Gegenstand heftiger Debatten im Reichstag, und der „Skandal der Steuerkurse“ (für die Veranlagung zur Vermögenssteuer) erregt die Linkspresse aufs äußerste. „Zu einer Zeit, wo der Gehaltsempfänger jeden Pfennig versteuern muß, versteuern die Sachwertbesitzer ca. $^1/_{11}$ bis $^1/_{30}$ ihres Einkommens; und ähnlich liegt es mit der Bewertung der Wertpapiere!“[95] Die Besitzenden kümmern sich überhaupt nicht um die Gefahr, in der Deutschland schwebt, und beklagen sich dabei noch über die Härten der Steuerpolitik: „Von konfiskatorischer Steuerpolitik kann aber nicht die Rede sein in einer Zeit, wo der größte Teil der Reichsausgaben durch Havenstein und die Reichsbank bestritten wird, und in der den überwiegenden Anteil der Steuern Arbeiter und Angestellte tragen.“[96] Auch eine stark erhöhte Vorauszahlung auf die Einkommensteuer[66] bringt keine Minderung des Steuerunrechts, denn bis zum Zahlungstermin sind die verlangten Summen durch die Geldentwertung wieder auf ein Minimum gesunken und ihre Bezahlung ist eine Lappalie. Dafür müßten die Lasten des Ruhrkampfes den Kreisen auferlegt werden, die bei der Steuerzahlung infolge der Geldentwertung ganz gegen Verdienst stark geschont worden sind, aber bis jetzt ist eine Deckung dieser Ausgaben durch Erfassung des Großindustriellenkapitals versäumt werden, die Notenpresse allein muß wieder aushelfen.[97] „Man hätte

91. Vorwärts vom 12. 12. 22.
92. Abgeordneter Dr. Hertz; 285. Sitzung vom 16. 12. 22.
93. Abgeordneter Kahmann; 282. Sitzung vom 14. 12. 22.
94. Metallarbeiterzeitung Nr. 16 vom 21. 4. 23.
95. Dr. Hertz; 285. Reichstagssitzung vom 16. 12. 22.
96. Breitscheid; 336. Reichstagssitzung vom 16. 4. 23.
97. Korrespondenzblatt Nr. 27. vom 7. 7. 23.

den Ruhrkampf durch Sondersteuern finanzieren sollen, nicht aber durch die bequeme, aber schädliche Inflationssteuer!"[98]

II 2e Der Ruf nach einer Steuerreform mit schärfster Erfassung des Besitzes wird immer lauter. Trotz des Geldentwertungsgesetzes[100] und der erheblichen Erhöhungen der Vorauszahlungen auf Körperschafts- und Einkommenssteuer[99], die viel zu spät dem sinkenden Markkurs angepaßt worden sind, gelingt es im zweiten Steuerquartal 1923 nur, 24 % der Ausgaben durch Einnahmen zu decken, woran noch die in dieser Zeit fälligen Jahreseingänge für Einkommen- und Körperschaftssteuer beteiligt sind. Das neue Steuerprogramm der Regierung, das stark erhöhte Einkommens- und Vermögenssteuern, Erhöhung zahlreicher Verbrauchssteuern und Erhebung einer Rhein-Ruhrhilfe bringt, findet selbstverständlich die Zustimmung der SPD., aber es kommt zu spät. Eine sofort einzuleitende Finanzreform zur Hemmung des Verfalls der Währung und der Finanzen ist unbedingt notwendig. „Die Regierung wird ersucht, alsbald Gesetzentwürfe zur Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und zum Uebergang zu wertbeständiger Währung sowie zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Stärkung des Reichskredits einzuleiten!"[101] Durch Erfassung der Sachwerte soll das Gleichgewicht des Reichshaushalts wieder hergestellt, das ganze Finanz- und Steuersystem umgestaltet werden. Eine Weiterentwicklung auf dem bisherigen Wege ist unmöglich, denn die Deckung der Ausgaben hat in erschreckender Weise abgenommen. Der Prozentsatz betrug im:[102]

Oktober 1922	13,3 %	April 1923	6,9 %
November 1922	16,7 %	Mai 1923	44,2 %
Dezember 1922	9,5 %	1.—10 Juni 1923	12,7 %
Januar 1923	21,3 %	11.—20. Juni 1923	10 %
Februar 1923	17,2 %	21.—30. Juni 1923	2 %
März 1923	6,9 %		

Mit Verordnungen und Reden ist nichts geholfen, es muß endlich einmal etwas geschehen, denn bisher „stürzte der Wirtschaftsminister die Mark durch Verordnungen, und der Finanzminister stützte sie durch Schuldenmachen!" Der A. D. G. B. fordert daher sofortige Umgestaltung der Steuern auf wertbeständiger Grundlage, mit kurzen Einzahlungsfristen, fortlaufende Be-

98. Neue Zeit vom 25. 6. 23, Nr. 6. A. Heichen: „Markstabilisierung und Markvernichtung".

99. Gesetz vom 9. 7. 23. RGBl. I, S. 556.

100. Gesetz vom 20. 3. u. 8. 4. RGBl. I, S, 198,

101. Dr. Herz, Reichstagssitzung Nr. 382, vom 15. 8. 23.

102. Korrespondenzblatt Nr. 24, vom 21. 7. 23.

lastung des Besitzes und Deckung aller Reichsschulden durch eine Goldmarksteuer auf Grund und Boden[103]. Aber der Erfolg ist vorläufig nur „ein schüchterner Versuch der Erfassung der Sachwerte",[104] vor allem konnte die Landwirtschaft ganz anders zu einer Erneuerung der Währung herangezogen werden.

Die endliche Einführung wertbeständiger Steuern[105] wird sowohl vom Standpunkt der Arbeiter als der Allgemeinheit aus, mit Freuden begrüßt, denn man verspricht sich dadurch ein Gelingen für die neueinzuführende Währung und erwartet mit Ungeduld die Gründung der neuen Währungsbank. Die wertbeständigen Steuern bringen endlich eine wirklich angemessene Belastung des Besitzes, der jetzt erst fühlt, wie stark der Steuerdruck zu lasten vermag, während bis zum Ende des Jahres 1923 die Gehalts- und Lohnempfänger allein darunter zu leiden hatten. Dafür spricht die folgende Tabelle über den Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen recht deutlich:[106]

1923	Anteil an der Einkommensteuern	Anteil an den Gesamtsteuer
Januar	90,7	29,8
Februar	93,5	27,7
März	94,7	35,4
April	78,8	24,9
Mai	53,6	18,3
Juni	82,3	33,5
Juli	92,3	29,0
August	56,0	17,0
September	90,4	18,8
Oktober	84,5	19,4

Die „Steuerungerechtigkeit" ist demnach also nicht nur ein Schlagwort der SPD., sondern sie hat tatsächlich bestanden bis zur Einführung wertbeständiger Steuern und der darauf folgenden Stabilisierung der Mark.

---

103. Korrespondenzblatt Nr. 31, vom 4. 8. 23.
104. Vorwärts vom 26. September 1923.
105. Gesetz vom 13. 11. 23. RGBl. I, S. 1098.
106. Vorwärts vom 15. 12. 1923.

Schluß.

Es ist selbstverständlich, daß die SPD. ebensowenig wie alle übrigen Parteien eine vollkommene Vernichtung der Mark, wie sie bis zur Einführung der Rentenmark tatsächlich bestanden hat, voraussehen konnte. Tatsache ist aber, daß sie schon 1919 erkannt hat, daß ein, wenn auch versteckter, Staatsbankrott bereits vorhanden war.[1] Es handelt sich nach ihrer Meinung schon von dieser Zeit an nicht mehr um das Problem, einen Staatsbankerott überhaupt zu vermeiden, sondern lediglich darum, Deutschland nicht aus dem Stadium des geheimen in das des öffentlichen Bankerotts treten zu lassen. Aus dem Beispiel Rußlands, daß seine Auslandszahlungen offiziell einstellt, d. h. den Staatsbankerott erklärt,[2] hat man die Gefährlichkeit dieses Eingeständnisses erkannt, das für die Staatsangehörigen, und unter ihnen besonders für das Proletariat, äußerst verhängnisvoll werden kann. „Durch die Einstellung des Zahlungsdienstes des Reiches ist nichts zu bessern, sondern damit würde alles noch schlimmer werden, denn alle soziale Fürsorge, Versicherungen und Krankenkassen würden aufhören und die Sparkassen und Genossenschaften zusammenbrechen!“[3] Dieser Zusammenbruch ist zwar durch Vermeidung der öffentlichen Bankerotterklärung aufgeschoben, aber nicht verhindert worden. Es steht ganz außer Frage, daß das völlige Versagen der Alters-, Invaliden- und Krankenversicherungen während der Inflation an der Verelendung des Volkes großen Anteil hat, und zwar zum Teil durch Verschulden der Versicherungen selbst. Denn schon zu einer Zeit, in der noch genügend Mittel vorhanden waren, wurden durch falsche Sparsamkeit Heilverfahren eingeschränkt und abgebrochen und die Volksgesundheit geschädigt. Daß später infolge der ungeheuren Geldentwertung die ganze soziale Fürsorge zusammenbrach, ist ebensowenig zu leugnen wie das andauernde Sinken des Reallohns, aber dieses Versagen hat noch dazu beigetragen, dem Proletariat die Schäden der Inflation besonders deutlich zu machen. Es ist verständlich, daß die SPD. mit allen Mitteln versuchte, die sozialen Institute aufrecht zu erhalten und die Fürsorge nach Möglichkeit auszudehnen, aber es liegt auf der Hand, daß sie durch diese Forderungen die Ausgaben des Staates vermehren half, ohne gleichzeitig auf eine Deckung dieser Ausgabenvermehrung durch erhöhte Einnahmen bedacht zu sein, d. h. sie hat ikrerseits durch diese an und für sich berechtigten Forderungen zu einer vermehrten Arbeit der Notenpresse beigetragen und die Inflation

1. S. R. Goldscheid: „Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott.
2. Dezember 1917, s. a. Seite 16
3. Abgeordn. Brauns; 78. Sitzg. d. Nationalversammlg. v. 13, 8, 1919,

gesteigert. Darauf weisen die in den Reichstags- und Landtagsdebatten sich öfter wiederholenden Bemerkungen hin, daß Alters-, Invaliden-, Kriegsrenten- und Arbeitslosenversicherungen unbedingt erhöht werden müssen, und daß es bei der Defizitwirtschaft „auf ein paar Millionen (später Milliarden und Billionen) Papiermark mehr oder weniger garnicht ankomme." Diese Taktik beweist unbedingt einen Mangel an Erkenntnis für inflationistische Maßnahmen, es wird vollkommen übersehen, daß man einem Teil des Volkes auf Kosten aller Uebrigen zu helfen versucht, und dabei auch noch diesem Teil die gewährte Unterstützung durch gesteigerte Geldentwertung und erhöhte Preise wieder nimmt.

Aehnliche Vorgänge spielen sich bei den dauernden Lohnkämpfen ab,[4] doch ist es hier schon bedeutend schwieriger, festzustellen, ob die Löhne schuld sind an den Preisschwankungen oder umgekehrt. Die Meinungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die der sie vertretenden Verbände hierüber bilden natürlich einen schroffen Gegensatz, wie immer in dieser Frage. Es spricht jedoch in diesem Fall für die Arbeiter die Feststellung, daß Reallohn und Lebenshaltung während der ganzen Inflation dauernd sinken, während auf der Gegenseite eine stete Zunahme in der Konsumption von Luxuswaren zu konstatieren ist. Es dürfte also wohl stimmen, wenn von der SPD. behauptet wird, daß die ungeheuren Preissteigerungen während der Inflation nicht durch diese allein oder durch Lohnerhöhungen zu erklären sind, sondern hauptsächlich ihren Grund in übermäßigen Gewinnen der Unternehmer haben.[5] Diese Ansicht wird gerechtfertigt durch wiederholte Erklärungen des Handels und der Industrie selbst, des Inhalts, daß die nach der Stabilisierung der Mark einsetzende Absatzkrise, die nach $1\frac{1}{2}$ Jahren noch nicht überwunden ist, und sich, an- und abschwellend, aber niemals ganz aufhörend, bis in die letzten Monate erstreckt, nicht nur auf Kapitalknappheit und mangelnde Kaufkraft der Massen zurückzuführen ist, sondern daß Unternehmer und Händler selbst insofern daran die Mitschuld tragen, als sie sich noch nicht der Gewohnheit des übermäßigen Gewinns aus der Inflationszeit entschlagen können und erst wieder lernen müssen, sich bei großem Umsatz mit geringem Profit zu begnügen, anstatt bei geringem Umsatz großen Nutzen zu erzielen.

Auch die Stellung der SPD. zur Steuerfrage während der Inflation läßt sich vom menschlichen und sachlichen Standpunkt aus verteidigen. Daß indirekte Steuern den Massen verhältnismäßig viel schwerer zur Last fallen als den Besitzenden, ist offensicht-

4. S. I. Abschnitt S. 8, 49, 56 etc.

5. S. a. F. Eulenburg: Soziale Wirkungen der Währungsverhältnisse, Kap. IV², S. 773.

lich; denn es handelt sich bei den mit Verbrauchssteuern belegten Waren fast durchweg um lebensnotwendige Konsumgüter,[6] deren Anschaffungspreis im Arbeiter- oder Angestelltenhaushalt viel größeren Einfluß auf die Gesamtlebenshaltungskosten hat als im Etat der Besitzenden. Auch daß die Umsatzsteuer ein Ingredienz zur Verteuerung der Lebenshaltung ist, läßt sich nicht bestreiten, und es ist ebenso verständlich, daß Händler und Unternehmer jede Steuer in Gestalt von Preiserhöhungen auf die Konsumenten abwälzen, wie daß die Konsumenten, unter ihnen vor allem die durch die SPD. vertretenen Lohn- und Gehaltsempfänger, sich gegen diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Es ist auch begreiflich, daß sie es als Härte empfinden, z. B. für Brot und Kartoffeln, die für sie Hauptnahrungsmittel sind, täglich steigende Preise zahlen zu müssen, und daß die Besitzenden sowie die „Schieber und Spekulanten", die mühelos Einkommen ohne Arbeit beziehen, diese Nahrungsmittel zum gleichen Preise kaufen können wie sie.

Wird schon die Abwälzung der indirekten Steuern als Härte bezeichnet, gegen die man kämpfen muß, so läßt es sich begreifen, daß die Handhabung der Einkommens- und Vermögenssteuern durch ihre Ungerechtigkeit Verbitterung aufkommen läßt. Es ist an und für sich schwer, den Massen, und nicht nur diesen, begreiflich zu machen, daß Steuern nicht nur ein notwendiges Uebel, sondern daß sie die Gegenleistung des Einzelnen an den Staat für ihm gewährte Leistung sind. Es muß jedenfalls zugegeben werden, daß die SPD. sowohl als auch die Gewerkschaften es verstanden haben, ihren Mitgliedern diese Gegenleisteng zur selbstverständlichen Pflicht zu machen, und daß keinerlei Versuche von dieser Seite unternommen worden sind, die Steuerzahlungen und die Zahlung des Lohnabzuges zu hintertreiben, oder das jeweils von der Regierung aufgestellte Steuerprogramm zu bekämpfen. Es wird unter Berücksichtigung dieser Tatsachen besonders deutlich, wie stark es das Proletariat erbittern mußte, daß Kriegs-Spekulationsgewinnsteuern, Reichsnotopfer, erhöhte Einkommensteuer, Vermögensabgabe, Zwangsanleihen zwar vorgeschlagen, beraten und evtl. auch angenommen wurden, aber entweder die Durchführung solange hingezogen wurde, bis die veranschlagten Beträge infolge der Geldentwertung auf ein Minimum zusammenschrumpften, oder aber bis zur Einzahlung Fristen von einer solchen Ausdehnung gewährt wurden, daß für die Besteuerten die Zahlung nicht das geringste Opfer bedeutete und der Staat überhaupt keinen Nutzen mehr davon hatte. Es konnte auch nicht

6. Z. B. Zucker, Salz, Zündhölzer etc.

verborgen bleiben, daß sich das Kapital den Steuern einerseits durch Flucht ins Ausland[7] und andererseits durch geschickt aufgestellte Bilanzen und Steuererklärungen bis zu einem gewissen Grade zu entziehen verstand und die dann noch verbleibenden Beträge mit entwertetem Gelde bezahlte, während die Gehalts- und Lohnempfänger durch die Einkommenssteuerzahlung in Form des Lohnabzuges[8] tatsächlich ihr volles Arbeitseinkommen mit Ausnahme des gesetzlichen Existenzminimum freigelassenen Betrages versteuerten, und zwar im Augenblick der Auszahlung, also in „gutem Gelde". Welche Differenz sich aus der sofortigen und der aufgeschobenen Steuerzahlung ergeben, beweisen die Tabellen über den Anteil des Lohneinkommens am Gesamtaufkommen der Einkommensteuern.[9] Die Forderung nach Erfassung der Sachwerte" erscheint als geeignetes Mittel zum Ausgleich dieser Ungerechtigkeit; daß diese Erfassung der Sachwerte nicht nur in einer Vermögensabgabe vom Kapital, sondern auch in einer Abgabe von den Sachgütern selbst in Form einer Beteiligung des Staates an sämtlichen in Privathand befindlichen Unternehmungen stattfinden sollte, wird zugleich als „einfachstes Mittel zur Sozialisierung" begrüßt sowie als einzige Möglichkeit zur Vermeidung eines Staatsbankrotts angesehen. Daß diese Ansicht absolut nicht zutreffend war, hat sich durch die Stabilisierung der Mark mit der Zwischenlösung der Rentenmark gezeigt.

Aus der vorliegenden Untersuchung geht also hervor, daß die SPD. sich während der Inflation bemüht hat, dem durch sie vertretenen Proletariat möglichst günstige Lebensbedingungen zu schaffen; das zeigen die Kämpfe für Lohn- und Rentenerhöhungen, für Reform der Beamtenbesoldung, gegen die hohen und ausgedehnten Verbrauchssteuern, für die Vermögenssteuern in ihren verschiedenen Formen, und das erscheint von ihrem Standpunkt als vollkommen berechtigt. Daß sie dabei nicht immer das Interesse der Gesamtheit über dasjenige ihrer Partei gestellt hat, ist nicht ihr Fehler allein, sondern der allgemeine Nachteil jeder Parteipolitik. Richtig erkannt hat sie, daß während der Inflation das Proletariat und die Besitzer von Papiermarkforderungen hauptsächlich die furchtbaren Lasten der Geldentwertung getragen haben und daß dieser „Weg zur wirtschaftlichen Besserung durch eine schwere Krise führt, mit Produktionsstockung, Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen."[10] Wie schwer aber auch der Besitz und das Kapital durch die Inflation leiden mußten, hat

---

8. Gesetz vom 21. 5. 1920 RGBl. I, S. 832.

9. S. Tabelle Seite 89

10. H. Cunow: Markkurs und Wirtschaftskrise. Neue Zeit Nr. 14 vom 10. 1. 23. s. a. S. 59.

sie nicht durchschaut. Sie teilt diesen Irrtum mit zahlreichen anders Gesinnten und mit den Besitzenden und Kapitalisten selbst, denn sie haben sich durch inflatorische Scheingewinne über den Stand ihrer Unternehmungen und Vermögen ebenfalls stark getäuscht[11] Erst die Aufstellung der Goldbilanzen zu Beginn des Jahres 1924, ja teilweise erst die dauernden Absatzschwierigkeiten und Börsenverluste des letzten Jahres, haben sie die Verelendung und Verarmung durch die Inflation fühlen lassen, während das Proletariat bereits auf dem besten Wege ist,[12] nach Ueberwindung der Inflation und ihrer Folgen sich wieder ein menschenwürdigeres Dasein aufzubauen.

---

11. z. B. Besserung in den Wohnungverhältnissen, s. a. Franz Eulenburg: Soziale Wirkungen der Währungsverhältnisse, Kap. V.

12. Durch Zusammenwirken von Inflation, Kapitalmangel und Stabilisierung, s. Anm. 1, Kap. IV[5]. S. 779/780. der gl. Schrift

Literaturverzeichnis.

1. Vorwärts von August 1914 bis Februar 1924.
2. Stenographische Berichte der deutschen Nationalversammlung in Weimar 1919—1920.
3. Stenographische Berichte der Reichstagsverhandlungen 1. Wahlperiode 1920—1923.
4. Korrespondenzblatt des A.D.G.B.; 28.—33. Jahrg. 1918/23.
5. Metallarbeiterzeitung; 36.—42. Jahrgang 1918—1924.
6. Der Kampf; 12.—16. Jahrgang 1919—23.
7. Sozialistische Monatshefte; 26.—30. Jahrgang 1920—1924.
8. Soziale Praxis; 28.—32. Jahrgang; Oktober 1918 bis September 1923.
9. Die Neue Zeit; 37.—41. Jahrgang; Oktober 1918 bis August 1923.
10. Betriebsrätezeitung für die Funktionäre der Metallindustrie; 1.—4. Jahrgang; 1920—1923..
11. Dr. O. Stillich: Die wahren Ursachen unserer Wirtschafts- und Finanznot; Zentralverlag Berlin 1920.
12. Dr. O.. Stillich: Staatsbankrott und Vermögensrettung; Zeitfragenverlag Berlin 1920.
13. Rudolf Goldscheid: Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott; Anzengruber-Verlag, Wien 1919.
14. Max Sachs: Teuerung und Geldentwertung; Kaden u. Co, Dresden 1920.
15. Reichsarbeitsblatt, 1914—1923.
16. Reichsgesetzblatt, 1914—1923.
17. Grotefends Gesetzsammlung für das Deutsche Reich, 1914 bis 1923.
18. Franz Eulenburg: Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik. 122. Band, 1924 III. Folge, 67. Band, S. 748—794.

Lebenslauf.

Ich bin am 30. Juni 1896 als Tochter des Kaufmanns Josef Heymann in Magdeburg geboren, trat Ostern 1903 in die dortige Luisenschule ein und bestand an der dieser Schule angegliederten Studienanstalt der realgymnasialen Richtung Ostern 1919 die Reifeprüfung, nachdem ich krankheitshalber den Schulbesuch 3 Jahre unterbrochen hatte. Sommer- und Wintersemester 1919/20 studierte ich in Freiburg/Breisgau Medizin, mußte aber nach dem im Dezember 1920 erfolgten Tode meines Vaters aus pekuniären Gründen das Studium aufgeben. Von Juni 1920 bis zum Herbst 1921 war ich in Magdeburg als Buchhalterin und Sekretärin tätig; seit dem Wintersemester 1921 gehöre ich der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin an mit der Absicht, zum Dr. rer. pol. zu promovieren. Auf ein Gesuch im Jahre 1923 wurde mir ein medizinisches Semester auf das Triennium angerechnet.